



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Die Rolle des Treuhandrats während der britischen Verwaltung
Tanganjikas bis zur Unabhängigkeit 1961“

verfasst von / submitted by
Annleena Backhaus, B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for
the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066805

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Globalgeschichte und Global Studies UG2002

Betreut von / Supervisor:

Ass.-Prof. Dr. Elisabeth Röhrlich

Inhalt

1.	Abkürzungsverzeichnis	1
2.	Einleitung	2
3.	Die Entstehung des Treuhandrats in der neugegründeten UNO.....	9
3.1	Diplomatiegeschichte und die Gründung der ersten internationalen Organisationen	9
3.2	Gründungsgeschichte der UNO.....	11
3.3	Entstehung und Funktion des Treuhandrats	16
3.4	Internationale Beziehungen in Verbindung zur Dekolonisation	22
4.	Dekolonisation in Ostafrika.....	27
4.1	Vom Imperialismus zur Dekolonisation.....	27
4.2	Tanganjikas Kolonialgeschichte als Ausgangspunkt für die Treuhandschaft	32
4.3	Ein beschwerlicher Weg in die Unabhängigkeit	38
5.	Petitionen als Instrument gegen den Treuhänder	42
5.1	Die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Treuhänder durch Petitionen	42
5.2	Treuhanddokumente aus den Jahren 1949 bis 1951: Die Petitionen der Wa-Meru	47
5.3	Mangelnde Bildung als Hürde für den Aufbau eines Verwaltungsapparates.....	52
5.4	Das Trauma von Heimatverlust durch Zwangsmigration.....	54
5.5	Die Herausforderung des Vielvölkerstaats	60
6.	Die globale Dekolonisation im Kontext des Kalten Krieges.....	62
6.1	Der Zusammenhang des Kalten Krieges mit der sozialistischen Entwicklung Tansanias	63
6.2	Das Vereinigte Königreich als Treuhänder und das Ende des britischen Imperiums	68
6.3	Die Unabhängigkeit aus britischer Perspektive.....	75
6.4	Ausblick: Die Dekolonisation hält an - Vom <i>Empire</i> zum <i>Commonwealth</i>	78
7.	Conclusio.....	81
8.	Bibliographie	88
8.1	Quellenverzeichnis:	88
8.2	Sekundärliteratur:	88
9.	Anhang	93
9.1	Zusammenfassung	93
9.2	Abstract	94
9.3	Karte: Africa: Paths to Independence, 1965-66.....	95
9.4	Karte: East and central Africa	96

1. Abkürzungsverzeichnis

DDR	Deutsche Demokratische Republik
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization)
IOM	Internationale Organisation für Migration (International Organization for Migration)
NATO	Nordatlantikpakt-Organisation (North Atlantic Treaty Organization)
NGO	Nicht-Regierungsorganisation (Non-Governmental Organization)
OPEC	Organisation Erdölexportierender Länder (Organization of the Petroleum Exporting Countries)
OPEX	Programm für die Bereitstellung von operativem und leitendem Personal (Programme for the Provision of Operational and Executive Personnel)
TANU	Tanganjikas nationale afrikanische Union (Tanganyika African National Union)
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations International Children's Emergency Fund)
UNO	Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organization)
USA	Vereinigte Staaten von Amerika (United States of America)
WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization)

2. Einleitung

Die Handlungsweise internationaler Organisationen wird in der öffentlichen Debatte teilweise kontrovers diskutiert. Nicht nur im Kontext der Unabhängigkeitswerdung von Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern in allgemeinen internationalen Konflikt- oder Krisensituationen. Es scheint ein zeitloses Dilemma zu sein: Wie weit kann, darf oder sollte sich eine Organisation einmischen, und wie weit werden ihre Beschlüsse umgesetzt? Welches Gewicht haben international agierende Organisationen? Weil die UNO¹ ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss von heute 193 Staaten und als globale Organisation ein anerkanntes Völkerrechtssubjekt ist, soll sie hier genauer behandelt werden. Zudem spielt sie in der historischen Globalgeschichte eine erhebliche Rolle, insbesondere im Kontext der Dekolonisation. Die „Organisation der Vereinten Nationen“ stand seit ihrer Gründung 1945 immer wieder in der Kritik, zu wenig aktiv geworden zu sein. Konflikte blieben ungelöst und NATO-Einsätze gälten als ineffizient.² Obwohl der große verwaltungstechnische Apparat der UNO schwerfällig scheint, ist das Bestehen dieser internationalen Organisation für die globale Zusammenarbeit eine große Bereicherung. Die UNO besteht aus sechs Hauptorganen, eines davon ist der sogenannte Treuhandrat, um welchen es in dieser Masterarbeit gehen wird. Der Treuhandrat bestand aus fünf Mitgliedern, den USA, der russländischen Föderation, der Volksrepublik China, der französischen Republik und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland³ und hatte seinen Hauptsitz in New York.⁴ Bis 1994 bestand seine Hauptaufgabe darin, Kolonien in die Unabhängigkeit zu begleiten.⁵ Seit der Unabhängigkeit von Palau 1994 ist der Treuhandrat inaktives Hauptorgan der UNO.

Diese Masterarbeit befasst sich mit der Rolle des Treuhandrats während der britischen Treuhandverwaltung bis zur Unabhängigkeit Tanganjikas im Jahr 1961. Dabei geht es um die damaligen Wirkmöglichkeiten einer internationalen Organisation im Kontext der globalen Deko-

¹ Anmerkung: *Organisation der Vereinten Nationen*. Häufig wird nur die Bezeichnung Vereinte Nationen genutzt; engl. *United Nations Organisation*, kurz UNO. Die deutsche Abkürzung UN ist gleichbedeutend mit der Generalversammlung. In dieser Arbeit wird die Abkürzung UNO verwendet, da sie im deutschen Sprachgebrauch verankert ist und die gesamte Organisation inklusive des Treuhandrats meint.

² Dominik Peters; Marc Pitzke: Probleme bei den Vereinten Nationen, 07.06.2018, abgerufen von: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/vereinte-nationen-mit-problemen-die-vielen-krisen-der-uno-a-1211440.html>, zuletzt besucht: 14.02.2022.

³ Anmerkung: Im weiteren Verlauf der Arbeit wird die Abkürzung Vereinigtes Königreich genutzt. Großbritannien ist die geographische Bezeichnung für die Hauptinsel. In der Literatur wird häufig die Vereinfachung Großbritannien genutzt, die als Synonym gilt. Das Vereinigte Königreich schließt die Länder: England, Schottland, Wales und Nordirland zusammen und besteht in seiner heutigen Form seit 1922.

⁴ Vgl. A. Zirnig: Internationale Organisationen. UNO, Wien 1999, S. 20. [Im Folgenden zitiert als: Zirnig: 1999.]

⁵ Vgl. Zirnig: 1999, S. 48.

lonisation. Neben den Weltkriegen war die Dekolonisation eines der größten und folgenreichsten Ereignisse des letzten Jahrhunderts. Aus dem Dekolonisierungsprozess ergaben sich unterschiedlichste Herausforderungen – sowohl international als auch in den ehemals abhängigen Gebieten. Dies soll in folgender Arbeit am Beispiel von Tanganjika betrachtet werden. Tanganjika war dabei nicht ausschließlich eine Kolonie, zuerst unter deutscher Kolonialherrschaft, sondern unterstand nach dem Ersten Weltkrieg dem Völkerbund als Mandatsgebiet und nach dem Zweiten Weltkrieg der UNO als Treuhandgebiet. Diese besondere Verwaltungsform brachte einige Möglichkeiten an Mitbestimmung für die Bewohner*innen. Wie diese genau aussahen, wird in dieser Arbeit vorgestellt und deren Effizienz geprüft.

In Ostafrika gab es einige Gebiete, die dem Treuhandrat unterstanden, weshalb der geographische Fokus auf diesem Gebiet liegen wird. Tanganjika wurde außerdem gewählt, da es ähnliche geographische Voraussetzungen wie sein Nachbarland Kenia aufweist, welches eine britische Kolonie war. Andere Treuhandgebiete waren recht klein oder unterstanden weniger einflussreichen Treuhändern⁶, wie Belgien. Die internationale Perspektive auf das Vereinigte Königreich wird daher in dieser Arbeit thematisiert. Auf eine Berücksichtigung der anderen ostafrikanischen Kolonien oder einen Vergleich zu Tanganjika wird verzichtet, da dort sehr unterschiedliche Ausgangspunkte und Bedingungen vorherrschend waren.

Zu Beginn sollten einige Begriffe angesprochen werden, die für die gesamte Arbeit relevant sind. Zuerst der Name Tanganjika, für das heutige Tansania: Tanganjika (engl. Tanganyika) ist der Name für die ehemalige Kolonie Deutsch-Ostafrika, der nach dem Ersten Weltkrieg eingeführt wurde. Das Gebiet wurde nach dem Ersten Weltkrieg von Großbritannien verwaltet, die Kolonialverwaltung wählte den Namen. Im Jahr 1961 wurde Tanganjika von der Treuhandschaft des Vereinigten Königreichs unabhängig. Nach dem Zusammenschluss mit Sansibar 1964 entstand das heutige Tansania – seit dieser Zeit wird der Staatsname Tansania verwendet. Da sich diese Arbeit auf die Phase der britischen Verwaltung bis zur Unabhängigkeit im Jahr 1961 bezieht, wird im Folgenden Tanganjika verwendet.

Eine weitere Herausforderung in Bezug auf die Begrifflichkeit für diese Arbeit stellte die Zuordnung verschiedener Ethnien in Tanganjika dar. „Einheimische“ meint die afrikanische Bevölkerung, die nach unserem heutigen Verständnis Staatsbürger*innen in Tanganjika waren. Zugezogene werden nach einiger Zeit allerdings auch zur einheimischen Bevölkerung gezählt. Der Begriff der Siedler*innen meint die zugezogene europäische Bevölkerung Tanganjikas, die vornehmlich weiß war. Da es ebenso schwarze Einwander*innen und weiße Einheimische gab,

⁶ Anmerkung: Treuhänder bezieht sich auf den Staat, in diesem Fall das Vereinigte Königreich und wird daher nicht gegendert. Die Mitarbeitenden der Kolonialverwaltung werden als Personen gegendert.

kann man nicht nur in „Einheimische“ und „Siedler*innen“ unterscheiden. Teilweise ist die genaue Bestimmung der Zugehörigkeit nicht möglich oder irrelevant. Wenn es sich um eine bestimmte ethnische Gruppe handelt und dieser Aspekt für die Argumentation relevant ist, wird dies in der Ausarbeitung direkt thematisiert.

In den untersuchten Petitionen, dem Schriftverkehr zwischen Einheimischen Tanganjikas und dem Treuhandrat, sowie der englischen Literatur wird der Begriff *tribe* verwendet – zu Deutsch „Stamm“ oder „Volk“. Die simple Übersetzung ist im Deutschsprachigen aus einem evolutionstheoretischen Ansatz negativ behaftet, weshalb in dieser Arbeit von einer „ethnischen Gemeinschaft“ gesprochen wird. Im englischen Sprachgebrauch mag der Begriff *tribe* weniger problematisch gesehen werden, die modernen Kulturwissenschaften verzichten wegen einer möglichen rassistischen und diskriminierenden Auslegung der Begriffe allerdings darauf. Sprachliche Veränderungen regen im alltäglichen Gebrauch und in fachlichen Diskursen zur Reflexion an und führen bestenfalls zu gesamtgesellschaftlichem Umschwung. Besonders das sensible Thema der Dekolonisation endete nicht mit der Unabhängigkeit der Kolonien. Vielmehr geht es um Strukturen, die bis heute nachwirken, sei es im Bereich der Wirtschaft, Politik oder Kultur. Veränderungen beginnen mit Umdenken, woraus Handlungen folgen. So ist es auch mit der genderinklusiven Sprache, auf die nach den Richtlinien der Universität Wien geachtet wird. An mancher Stelle ist es historisch jedoch nicht korrekt alle Geschlechter einzubeziehen, da beispielsweise Frauen die politische Teilhabe verwehrt war. In anderen Fällen lässt es sich nicht mit Gewissheit sagen, ob diverse Geschlechter miteinbezogen oder bewusst ausgeschlossen wurden.

Im Jahr 1960 wurden einige afrikanische Staaten unabhängig: Kamerun, Togo, die Republik Dahomey (heute Benin), Niger, Obervolta (das heutige Burkina Faso), die Elfenbeinküste, Tschad, die Zentralafrikanische Republik, die Republik Kongo, Gabun, Senegal, Mali und Mauretanien von Frankreich, Britisch-Somaliland (heute Somalia) und Nigeria vom Vereinigten Königreich, die heutige demokratische Republik Kongo von Belgien und das heutige Somalia ehemals Italienisch-Somaliland von Italien.⁷ Einige Gebiete auf dem afrikanischen Kontinent waren keine Kolonien, sondern unterstanden dem Treuhandrat. Ab 1945 zählten dazu: das belgisch verwaltete Ruanda-Urundi, ein Teil Togolands unter französischer Verwaltung (der britische Teil von Togoland wurde ab 1957 Teil vom Staat Ghana), Kamerun, dessen Treuhandschaft zwischen britischer und französischer Verwaltung aufgeteilt war, Somalia, das von

⁷ Vgl. Michael Crowder (Hrsg.): The Cambridge history of Afrika, Band 8, Cambridge 1984, S. 54. [Im Folgenden zitiert als: Crowder: 1984.]

der italienischen Regierung und den britischen Entscheidungsträger*innen des Kolonialministerium verwaltet wurde und schließlich Tanganjika, das unter die Verwaltung des Vereinigten Königreichs gestellt wurde.⁸ Mit dem Treuhandstatus fielen sie unter internationales Recht. Die Hauptaufgabe des Treuhandrats bestand darin die abhängigen Territorien in die Unabhängigkeit zu begleiten. In dieser Arbeit wird am Beispiel Tanganjikas untersucht, wie effizient diese Unterstützung war. Die zugrunde liegende Forschungsfrage behandelt ebendiese Problematik: Wie erfolgreich war der Einfluss des Treuhandrats auf Tanganjikas Weg in die Unabhängigkeit?

Dabei wird auf einige Thesen eingegangen: Zum einen ist der Treuhandrat als Teil der UNO eine enorme Institution. Viele Probleme werden den Treuhandrat aus unterschiedlichen Gründen nie erreicht haben. Der bürokratische Aufwand, ein Schreiben dem Treuhandrat zukommen zu lassen, dürfte für viele Menschen aus den abhängigen Gebieten abschreckend gewirkt haben. Die geographische Distanz zum Hauptsitz in New York sowie lange Verhandlungen und schwerfällige Bürokratie verlangsamten den Austausch. Ebenso spielte der Treuhänderstaat, in diesem Fall das Vereinigte Königreich, eine Rolle. Der Treuhandrat war die endgültige Instanz für Entscheidungen um das Treuhandgebiet, jedoch spielte die britische Regierung, im Falle Tanganjikas, eine erhebliche Rolle bei der Ausführung der Verwaltung vor Ort. Wie viel Einfluss hatte der Treuhandrat gegenüber dem Treuhänder, hier das Vereinigte Königreich? Für diese Fragen wurde der Schriftverkehr zwischen Einheimischen Tanganjikas und dem Treuhandrat untersucht.

Im zweiten Teil der Arbeit wird die internationale Perspektive auf Tanganjikas Unabhängigkeit eingenommen und die sozialistische Entwicklung des Treuhandgebiets im Kontext des Kalten Krieges näher betrachtet. Inwiefern spielten Gelder für Tanganjika aus Staaten mit kapitalistischer bzw. kommunistischer Ideologie eine Rolle bei der politischen Entwicklung nach der Unabhängigkeit? Welche weiteren Aspekte beeinflussten die politische Entwicklung des jungen Staates?

Zum Schluss wird die Rolle des Vereinigten Königreichs genauer beleuchtet und der Umgang der britischen Regierung mit der Auflösung des *Empires*⁹. Welchen Nutzen brachte eine Kolonie und welche ein Treuhandgebiet? Welche Projekte zur Unterstützung der Selbständigkeit initiierte die britische Regierung in Tanganjika? Um diesen Fragen auf den Grund zu gehen,

⁸ Vgl. Bernard T.G. Chidzero: *Tanganyika and international trusteeship*, London 1961, S. 25. [Im Folgenden zitiert als: Chidzero: 1961.]

⁹ Anmerkung: Grundsätzlich wird hier mit dem Begriff *Empire* gearbeitet, da eine Übersetzung wie *Weltreich* nicht dem britischen Konzept gleichkommt. Eingeschlossen sind die Kolonien des Vereinigten Königreichs im untersuchten Zeitraum, zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Unabhängigkeit Tanganjikas 1961.

soll näher auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Kolonie eingegangen werden. Einerseits verzeichnete sie einen großen ökonomischen Nutzen für den Kolonialstaat, andererseits hatte letztere zahlreiche Kosten und Pflichten zu erfüllen. Für nahezu alle Tätigkeiten im Treuhandgebiet musste die britische Regierung Rechenschaft ablegen, Berichte verfassen über die Entwicklungen¹⁰ im Treuhandgebiet informieren sowie Inspektor*innen der UNO vor Ort unterstützen. Zudem wurde vom Vereinigten Königreich regelmäßig ein Bericht für die Menschenrechtskonvention gefordert. Einige Projekte wurden möglicherweise deswegen nicht umgesetzt, weil die britische Regierung weniger Mittel in den Staat investieren wollte. Somit steigerte sie nur den eigenen Nutzen. Die Bemühungen seitens des Vereinigten Königreichs für die Unterstützung Tanganjikas hielten sich auch deshalb im Rahmen, weil der Treuhandrat mögliche Projekte unterbinden konnte. Daher wurde von Seiten der britischen Regierung häufig gar nichts unternommen.¹¹

Die Arbeit wurde begonnen mit einer allgemeineren Einführung zur Geschichte der UNO und einer Vorstellung des Treuhandrats mit seinen Funktionen und Aufgaben. Zur Erklärung des Treuhandrates wurden Reinhard Wesel¹² und Evan Luard¹³ zitiert. Zum Verständnis, wie internationale Organisationen arbeiten und wirken, wurden Manfred Kanpp und Gert Krell¹⁴ herangezogen. Die Arbeit von A. Zirnig¹⁵ diente außerdem als eine allgemeine Grundlage. Zusätzlich wurde die Charta der Vereinten Nationen¹⁶ miteinbezogen.

In Ostafrika gab es einige Gebiete, die dem Treuhandrat unterstanden. Neben Tanganjika waren Somalia, Ruanda und Burundi in Ostafrika ebenfalls dem Treuhandrat anvertraute Gebiete.¹⁷ So wird im darauffolgenden Kapitel auf die koloniale Geschichte Tanganjikas und die Entwick-

¹⁰ Anmerkung: In dieser Arbeit wird Entwicklung, nach Burton, als geplante Intervention in gesellschaftliche Angelegenheiten verstanden, mit dem Ziel Transformation anzustoßen und Verbesserungen hervorzubringen. Dazu gehören die wirtschaftliche Produktionssteigerung sowie die Verbesserung von Lebensbedingungen. – Vgl. Eric Burton: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus. Tansania und die globale Entwicklungsarbeit der beiden deutschen Staaten, 1961-1990, Oldenburg 2021, S. 8. [Im Folgenden zitiert als: Burton: 2021.]

¹¹ Vgl. Steve Smith; Amelia Hadfield; Tim Dunne: Foreign Policy: Theories, Actors, Cases, Oxford 2012, S. 6.

¹² Reinhard Wesel: Die UNO, Aufgaben und Arbeitsweisen, Wien, Köln, Weimar u. a. 2019. [Im Folgenden zitiert als: Wesel: 2019.]

¹³ Evan Luard: A History of the United Nations, Volume 2: The Age of Decolonization, 1955-1965, Houndmills, Basingstoke, Hampshire u. a., 1989. [Im Folgenden zitiert als: Luard: 1989.]

¹⁴ Manfred Knapp; Gert Krell (Hrsg.): Einführung in die internationale Politik 2. Auflage. München, Wien, Oldenburg 1991. [Im Folgenden zitiert als: Knapp; Krell: 1991.]

¹⁵ Zirnig: 1999.

¹⁶ Die Charta der Vereinten Nationen 2020, online verfügbar unter: <https://unric.org/de/charta> zuletzt besucht: 19.02.2022. [Im Folgenden zitiert als: UNO-Charta.]

¹⁷ Vgl. Michael Levy: Trusteeship Council. UN, in: Britannica, online verfügbar unter: <https://www.britannica.com/topic/Trusteeship-Council> zuletzt besucht: 21.08.2021. [Im Folgenden zitiert als: Levy: 2021.]

lung bis zur Unabhängigkeit 1961 eingegangen. Einen chronologischen Überblick über die Geschichte Tanganjikas gab die Diplomarbeit von Alexander Halpern¹⁸ aus dem Jahr 1991. Bernard Chidzero¹⁹ geht in seiner Arbeit von 1961 noch detaillierter auf die Zwischenkriegszeit ein. Aus den 1960er Jahren finden sich einige Werke zur Geschichte und Situation Tanganjikas. Ullrich Lohrmann²⁰ konzentriert sich eher auf die Rolle des Vereinigten Königreichs und nimmt damit eine internationale Perspektive ein. Um tiefer in die historische Materie einzusteigen, wird im Hauptteil auf den Schriftverkehr zwischen Einheimischen Tanganjikas und dem Treuhandrat eingegangen. Dieser Schriftverkehr bildet den Schwerpunkt der Quellenanalyse. Hierzu werden Petitionen aus den Jahren 1951²¹, 1952²², 1953²³ und 1960²⁴ vorgestellt und mit den in ihnen behandelten Themen weitergearbeitet. Einheimische aus Tanganjika hatten die Möglichkeit schriftlich auf spezielle Missstände aufmerksam zu machen – dieser Schriftverkehr wurde als Petition klassifiziert. Besonders in den Jahren vor der Unabhängigkeit erreichten sehr viele Petitionen den Treuhandrat. Eines der am häufigsten aufgegriffenen Themen war die Verteilung von Land. In dieser Arbeit soll auf der Grundlage dieser Petitionen auf umfassendere Themen, wie der generelle Anspruch auf Besitz von Land eingegangen werden. Ebenfalls wird die Frage der Legitimation des Kolonialismus behandelt. Eine weitere Herausforderung, die aus den Petitionen hervorging, war die mangelnde Bildung für die Bevölkerung in Tanganjika. Folglich fehlten gut ausgebildete Verwaltungsmitarbeiter*innen zum Aufbau des neuen Staates nach 1961.

Im Zusammenhang mit Dekolonisation wurde der Frage nachgegangen, wer Anspruch auf Land hat, wie dieser legitimiert wird und was Heimat individuell bedeutet. Im Kontext des Kolonialismus ist eine europäische Heimatdefinition relevant, da die Kolonialisierung von Europa ausging. Für die Thematik rund um Heimat wurden Hermann Bausinger²⁵ und Konrad Köstlin²⁶

¹⁸ Alexander Halpern: Neuere Geschichte Tansanias, Diplomarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Magister Phil. An der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, 1991. [Im Folgenden zitiert als: Halpern: 1991.]

¹⁹ Chidzero: 1961.

²⁰ Ullrich Lohrmann: Voices from Tanganyika. Great Britain, the United Nations and the Decolonization of a Trust Territory, 1946-1961, Berlin 2007. [Im Folgenden zitiert als: Lohrmann: 2007.]

²¹ Anmerkung: Insgesamt werden sechs Dokumente zitiert; siehe Quellenverzeichnis.

²² T/953/11. Januar 1952, (T./Pet.2/99). [Im Folgenden zitiert als: Petition: 1952.]

²³ T/Pet.2/164/12. Oktober 1953. [Im Folgenden zitiert als: Petition: 1953.]

²⁴ Report of the United Nations Mission to Trust Territories in East Africa, 1960, on Tanganyika (T/), 31.May 1960. [Im Folgenden zitiert als: UN-Report: 1960.]

²⁵ Hermann Bausinger: Heimat und Identität, in: Köstlin, Konrad; Bausinger, Hermann (Hrsg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, S. 9-24. Neumünster 1980. [Im Folgenden zitiert als: Bausinger: 1980.] und Konrad Köstlin; Hermann Bausinger (Hrsg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur. 22. Deutscher Volkskunde-Kongress in Kiel vom 16. Bis 21. Juni 1979. Neumünster 1980. [Im Folgenden zitiert als: Köstlin; Bausinger: 1980.]

²⁶ Konrad Köstlin: Heimat denken. Zeitschriften und Perspektiven, in: Seifert, Manfred (Hrsg.): Zwischen Emotionen und Kalkül. „Heimat“ als Argument im Prozess der Moderne, S. 23-38. Leipzig 2010. [Im Folgenden zitiert als: Köstlin: 2010.]

zurate gezogen. Ihre Bücher aus den 1980er Jahren wurden ergänzt mit einem aktuellen Artikel über Heimat von Habbo Knoch²⁷. Wolfgang Mommsen²⁸, Wolfgang Reinhard²⁹ und Jürgen Osterhammel³⁰ unterstützten das generelle Verständnis von Kolonialismus und Dekolonisation. Erweitert wurde diese Thematik mit einem Artikel von Eva-Maria Muschik³¹. Sie thematisiert in ihrem Artikel die Entwicklung im Kontext des Kalten Kriegs und die Herausforderung der mangelnden Bildung.

Im letzten Kapitel wird die globale Perspektive der postkolonialen Situation Tansanias eingenommen. So wird auf die Entwicklung vom Imperialismus zur Dekolonisation eingegangen. Für die Perspektive des Globalen Kalten Krieges wurde Odd Arne Westad³² hinzugezogen. Er startet mit der ersten kapitalistischen Krise in den 1880er Jahren, gefolgt von der wachsenden Radikalisierung der Arbeiterklasse und der Expansion der transkontinentalen großen Mächte³³ USA und UdSSR. Damit holt Westad weit aus und liefert ein breites fundiertes Verständnis der politischen Entwicklungen in 20. Jahrhundert. Jost Dülffer³⁴ konzentriert sich aus britischer Sicht auf die Zeit nach 1945 und die Verbindung zwischen dem Kaltem Krieg und der Dekolonisation. Eingebettet in den Kontext des Kalten Krieges wird der Frage nachgegangen, aus wel-

²⁷ Habbo Knoch: Heimat. Konjunktoren eines politischen Konzepts, Indes 1.11.2018, Band 7 (4), online verfügbar unter: https://go-gale-com.uaccess.univie.ac.at/ps/retrieve.do?tabID=T002&resultListType=RESULT_LIST&searchResultsType=SingleTab&hitCount=1&searchType=AdvancedSearchForm¤tPosition=1&docId=GALE%7CA589377811&docType=Article&sort=RELEVANCE&contentSegment=ZONE-MOD1&prodId=AONE&pageNum=1&contentSet=GALE%7CA589377811&searchId=R1&userGroupName=43wien&inPS=true zuletzt besucht: 04.02.2021. [Im Folgenden zitiert als: Knoch: 2018.]

²⁸ Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.): Das Ende der Kolonialreiche. Dekolonisation und die Politik der Großmächte, Frankfurt am Main 1990. [Im Folgenden zitiert als: Mommsen: 1990.]

²⁹ Wolfgang Reinhard: Kleine Geschichten des Kolonialismus. Stuttgart 2. Auflage 2008. [Im Folgenden zitiert als: Reinhard: 2008.]

³⁰ Jan C. Jansen; Jürgen Osterhammel (Hrsg.): Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen, 6. Aufl. München 2009. [Im Folgenden zitiert als: Jansen; Osterhammel: 2009.] und Jan C. Jansen, Jürgen Osterhammel: Decolonization. A short history, Oxford 2017. [Im Folgenden zitiert als: Jansen; Osterhammel: 2017.]

³¹ Eva-Maria Muschik: Managing the world: the United Nations, decolonization, and the strange triumph of state sovereignty in the 1950s and 1960s, in: Journal of Global History (2018), 13. [Im Folgenden zitiert als: Muschik: 2018.]

³² Odd Arne Westad: The Cold War, New York 2017. [Im Folgenden zitiert als: Westad: 2017.]

³³ Anmerkung: Nach dem Zweiten Weltkrieg kann nicht mehr von europäischen Großmächten gesprochen werden, die den größten internationalen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Einfluss hatten. Unmittelbar nach dem Krieg war die Aufteilung in Supermächte im Kontext des Kalten Krieges zwischen den USA und UdSSR noch im Entstehen. Nicht alle Gründungsmitglieder der UNO waren einflussreiche Staaten. Kolonialstaaten waren nicht nur die Alliierten, allerdings stehen hier die großen europäischen Kolonialstaaten im Fokus. Daher sind mit der Bezeichnung der großen Mächte Staaten gemeint, die nach dem Zweiten Weltkrieg Kolonien innehalten oder eine Mandats- oder Treuhandschaft übernahmen, den Alliierten angehörten, UNO Mitglied waren und politisch, militärisch oder wirtschaftlich weiterhin für internationale Politik relevant waren. Konkret waren das: das Vereinigte Königreich, die USA, Frankreich und die UdSSR.

³⁴ Jost Dülffer: Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1991, hrsg. v. Jochen Bleicken, Lothar Gall, Karl- Joachim Hölkeskamp und Hermann Jakobs, Oldenburg Grundriss der Geschichte, Band 18, München 2004. [Im Folgenden zitiert als: Dülffer: 2004.]

cher Motivation und in welchem Maß sich Tansania nach seiner Unabhängigkeit in eine sozialistische Richtung entwickelte. Eric Burton³⁵ geht in seinem Buch aus dem Jahr 2021 auf die Verbindungen des internationalen Sozialismus und der Entwicklungspolitik zwischen der DDR, BRD und Tansania ein. Er thematisiert die Geschichte Tanganjikas sowie die Herausforderungen des Staates nach seiner Unabhängigkeit.

Zuletzt wird die Rolle des Vereinigten Königreichs als Treuhänder beleuchtet und auf das Ende des *Empires* eingegangen. Dazu wurden Sitzungsprotokolle aus dem *House of Commons*³⁶ aus den Jahren 1961 und 1962 hinzugezogen. Zudem wurde ein Artikel von Frederick Cooper³⁷ aus dem Band von Sarah Stockwell und Michael Crowders³⁸ Buch herangezogen. Aus Crowders Buch stammen auch die Karten für eine bessere geographische Orientierung, die im Anhang zu finden sind. Die erste Karte zeigt einen zeitlichen Verlauf des afrikanischen Kontinents aus der Zeit vor 1956 bis 1966. Die zweite Karte zeigt Ost- und Zentralafrika aus der Zeit nach der Unabhängigkeit 1965/66.

3. Die Entstehung des Treuhandrats in der neugegründeten UNO

3.1 Diplomatiegeschichte und die Gründung der ersten internationalen Organisationen

Um zu verdeutlichen wie zwischenstaatliche Beziehungen wirken und welchen Einfluss internationale Organisationen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hatten, wird im Folgenden auf die Anfänge dieser diplomatischen Epoche eingegangen. Im weiteren Verlauf wird der Treuhandrat im Kontext der neugegründeten UNO näher beleuchtet.

Diplomatische Beziehungen sind die politischen Kontakte zwischen Staaten.³⁹ Die politikwissenschaftliche Disziplin der internationalen Beziehungen versucht das Geflecht der politischen,

³⁵ Burton: 2021.

³⁶ UK Parliament: Tanganyika Independence Bill: HC Deb 08 November 1961 vol 648 cc986-1041, 1004, online verfügbar unter: <https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1961/nov/08/tanganyika-independence-bill> zuletzt besucht: 19.03.2022. [Im Folgenden zitiert als: UK Parliament: 1961.] und UK Parliament: Tanganyika Republic Bill: HC Deb 06 November 1962 vol 666 cc905-19, 1012, verfügbar unter: <https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1962/nov/06/tanganyika-republic-bill> zuletzt besucht: 23.03.2022. [Im Folgenden zitiert als: UK Parliament: 1962.]

³⁷ Frederick Cooper: Modernizing Bureaucrats, Backward Africans, and the Development Concept, S. 531-558, in: Sarah Stockwell (Hrsg.): The Rise and Fall of Modern Empires, Volume III, Economics and Politics, Farnham u. a. 2013. [Im Folgenden zitiert als: Cooper: 2013.]

³⁸ Crowder: 1984.

³⁹ Vgl. Zirmig: 1999, S. 4.

wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Beziehungen in der Zusammenarbeit zwischen Staaten, den staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren darzustellen.⁴⁰ Die Anfänge internationaler Beziehungen lassen sich im Grunde im Altertum verorten. Verträge wurden in erster Linie für Handelsströme genutzt sowie für die Friedenssicherung zwischen Parteien.⁴¹ Krieg und Frieden waren damit die Hauptgegenstände der Disziplin. Internationale Politik ergibt sich demnach aus der Interaktion der Akteur*innen, wobei die Konfliktbearbeitung im Vordergrund steht.⁴² Die ursprüngliche und nach wie vor effektivste Art Diplomatie zu betreiben ist im persönlichen Austausch. Tanganjika wurde vom Vereinigten Königreich in der Außenpolitik vertreten. Innenpolitisch mussten sich erst Strukturen der Mitbestimmung etablieren, um das eigene Land und die Politik bis zur Unabhängigkeit und danach gestalten zu können.

Die ersten zwischenstaatlichen Organisationen gründeten sich ausgehend von den USA Ende des 19. Jahrhunderts. Im Vordergrund stand hier die gemeinsame Koordinierung von Verwaltungsaufgaben. In diesem Zuge entstand beispielsweise 1874 der Weltpostverein, der bis heute die Zusammenarbeit der Postunternehmen und die Rahmenbedingungen des grenzüberschreitenden Postverkehrs regelt. Internationale Verwaltungsaufgaben waren wichtig, daher widmeten sich Mitglieder der neu entstehenden zwischenstaatlichen Organisationen einer Vereinheitlichung von Maßen, Größen und der Uhrzeit.⁴³ Kommunikation und Austausch auf internationaler Ebene war nicht nur für Verwaltung und Wirtschaft relevant, sondern wurde zunehmend für globale Themen wie Weltfrieden und Dekolonisation genutzt.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde auf der Pariser Friedenskonferenz im Jahr 1919 der Völkerbund gegründet. Dieser sollte die territoriale Integrität sowie die politische Unabhängigkeit seiner Mitglieder wahren.⁴⁴ Die Gründungsmitglieder waren die Verbündeten des Ersten Weltkriegs und 13 weitere Staaten. Zusätzlich wurden in der Zeit seines Bestehens 21 weitere Mitgliedstaaten aufgenommen, Österreich trat dem Völkerbund beispielsweise 1920 bei.⁴⁵ Das spätere Scheitern des Völkerbundes wurde seiner enge Kopplung mit den Versailler Friedensverträgen zugeschrieben sowie den generell ungünstigen politischen Rahmenbedingungen. Zudem traten den USA als Großmacht zu keiner Zeit dem Völkerbund bei, was den Handlungsspielraum gering hielt.⁴⁶

⁴⁰ Vgl. Knapp, Krell: 1991, S. 9.

⁴¹ Vgl. Zirnig: 1999, S. 3.

⁴² Vgl. Knapp, Krell: 1991, S. 11.

⁴³ Vgl. Zirnig: 1999, S. 3.

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 7.

⁴⁵ Vgl. ebd., S. 45.

⁴⁶ Vgl. ebd., S. 9.

3.2 Gründungsgeschichte der UNO

Am 10. Januar 2020 wäre der Völkerbund 100 Jahre alt geworden. Auf der Grundlage des Völkerrechts sollte das friedliche Miteinander der weltweiten Staatengemeinschaft durch diese zwischenstaatliche Organisation weiter gefördert werden. Der Beginn des Zweiten Weltkrieges blockierte diese Bestrebungen. Um weiteren Konflikten entgegenzuwirken, entwickelten vor allem die Alliierten des Zweiten Weltkriegs Schutzmechanismen, die international festgeschrieben werden sollten.⁴⁷ Menschenrechts- und Völkerrechtsgedanken bildeten den Kernpunkt des weit gespannten und teilweise kontroversen Zukunftsdiskurses.⁴⁸ Über den Krieg hinaus wurden die Ideen weiter verfolgt und schließlich in der Charta der Vereinten Nationen schriftlich festgelegt. Die UNO-Charta wurde zum Abschluss der Konferenz in San Franzisko am 26. Juni 1945 von 50 Gründungsstaaten unterzeichnet und trat am 24. Oktober 1945 in Kraft.⁴⁹ Weitere Staaten konnten den Wunsch auf Mitgliedschaft bei der UNO beim Generalsekretär einreichen. Österreich suchte beispielsweise im Jahr 1947 an und wurde 1955 mit Abschluss des Staatsvertrags zugelassen.⁵⁰ Die Charta ist zugleich der Gründungsvertrag der UNO und ihre universellen Ziele und Grundsätze bilden die Verfassung der Staatengemeinschaft.⁵¹ Die Generalversammlung trat in der ersten Sitzungsperiode zusammen und der britische Politiker Gladwyn Jebb wurde am 1. Februar 1946 zum ersten Generalsekretär gewählt.⁵² Die Textfassungen der Charta waren Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch und Chinesisch im Original und auf diesen Sprachen rechtsverbindlich.⁵³ Die sechste UNO Sprache Arabisch kam später hinzu, als immer mehr arabischsprachige Staaten der UNO beitraten.⁵⁴ Die Präambel enthält ideelle Wertegrundsätze, wie das Ziel der Gleichberechtigung der Geschlechter, Menschenwürde, und Ausübung von Toleranz.⁵⁵ Darin wurde bekundet sich fortan für Menschenrechte, Religionsfreiheit, ein „anständiges“ Leben, Unabhängigkeit und Gerechtigkeit in allen Ländern einzusetzen und diese Rechte zu wahren.⁵⁶ Die UNO spricht sich damit in Präambel für die Dekolonisation aus und setzt sie als globales Ziel. In der Charta der Vereinten Nationen

⁴⁷ Vgl. UNO-Charta.

⁴⁸ Vgl. Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2014, S. 47. [Im Folgenden zitiert als: Eckel: 2014.]

⁴⁹ Vgl. UNO-Charta, S. 1.

⁵⁰ Vgl. Zirnig: 1999, S. 14.

⁵¹ Vgl. UNO-Charta.

⁵² Vgl. Zirnig: 1999, S. 12.

⁵³ Vgl. ebd., S. 13.

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 19.

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 13.

⁵⁶ Vgl. Eckel: 2014, S. 56.

heißt es, das Ziel sei, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle Menschen weltweit zu fördern und zu festigen.⁵⁷

Die Generalversammlung ist die Vollversammlung aller Mitglieder und damit das wichtigste Beratungsorgan der UNO. Hier können sämtliche Grundsatzfragen der internationalen Sicherheit und Zusammenarbeit im Sinne der UNO-Charta auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Resolutionen der Generalversammlung sind jedoch nicht rechtlich bindend.⁵⁸ Rechtlich bindende Entscheidungen kann nur der UNO-Sicherheitsrat treffen. Neben zehn nicht ständigen Mitgliedern waren die fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats laut der Charta: die USA, die UdSSR bis 1991, danach die russländische Föderation, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Frankreich und die Volksrepublik China.⁵⁹ Dort kommen Entscheidungen zustande, wenn neun der 15 Mitglieder zustimmen. Im Sicherheitsrat sitzen dauerhaft fünf wichtige Atommächte, diese Staaten haben ein Veto-Recht und können damit jede Entscheidung blockieren. Niemand der fünf ständigen Mitglieder darf dabei „Nein“ stimmen.⁶⁰ Im Gegensatz zur Generalversammlung hat der Sicherheitsrat damit erhebliche Einflussmöglichkeiten. Wenn innenpolitische oder bilaterale Konflikte über die globalisierte Informationstechnik verbreitet und international diskutiert werden, entsteht häufig Kritik um die passiv wirkende Haltung der UNO. Wenn Mitgliedstaaten Konflikte haben, kann die Generalversammlung der UNO mit einer Zweidrittelmehrheit die Staaten kritisieren oder sie auffordern, ihre militärischen Konflikte zu beenden. Die Gleichberechtigung der Staaten wurde in der Präambel bekräftigt, Artikel 2 Absatz 7 untersagt, eine außerstaatliche Einmischung.⁶¹ Bürgerkriege fallen damit nicht in den Bereich der UNO. Bei der Gründung der UNO war es nicht das Ziel, eine Weltregierung zu schaffen.⁶² Der Sicherheitsrat konnte, wenn Verletzungen der Menschenrechte den Frieden gefährdeten, Gegenmaßnahmen ergreifen.

Hier stellt sich die Frage nach dem Spielraum einer zwischenstaatlichen Organisation in der internationalen Politik. Durch internationale Verhandlungen der Staaten wird einerseits Potenzial zur Veränderung freigesetzt, Potenzial wird hier mit Handlungsspielraum gleichgesetzt. Andererseits gibt es für die UNO Grenzen, die nicht oder nur sehr schwierig überwunden wer-

⁵⁷ Vgl. UNO-Charta, Artikel 1 (3).

⁵⁸ Vgl. Zirnig: 1999, S. 23.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 30.

⁶⁰ Vgl. UNO-Charta, Artikel 27.

⁶¹ Vgl. ebd., Artikel 2 (7).

⁶² Vgl. Eckel: 2014, S. 84.

den können. An die Grenzen ihrer Wirksamkeit stößt die UNO, wenn ihr institutioneller Handlungsspiel- oder Möglichkeitsraum eingeschränkt wird. Denn die UNO-Charta verbietet eine Einmischung in innerstaatliche Politik.⁶³

Die UNO ist eine internationale Organisation, die weltpolitisch Einfluss hat. Obwohl sie sich nicht direkt innenpolitisch einmischt, hat sie die Möglichkeit, durch außenpolitische Ereignisse Druck auszuüben. Wenn die klassischen Arbeitsmittel der Diplomatie, wie die Kompromissbereitschaft oder die angestrebte sogenannte Win-Win-Situation für alle verhandelnden Parteien nicht mehr wirken, müssen andere Mittel zum Erreichen von angestrebten Zielen genutzt werden. Eine Möglichkeit des Sicherheitsrats ist es Sanktionen zu verhängen. Welche Ziele die UNO verfolgt, lässt sich aus der Charta entnehmen. An erster Stelle steht das Ziel militärische Konflikte zu verhindern, die den Weltfrieden gefährden. Dies beinhaltet die Umsetzung von Grundrechten, Einhaltung des Völkerrechts sowie die Verbesserung des Lebensstandards für alle Mitglieder⁶⁴ sowie eine Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen und Zusammenarbeit. Des Weiteren geht es um die Umsetzung der Menschenrechte.⁶⁵ In Artikel 33 heißt es, dass Streitigkeiten, die den Weltfrieden gefährden könnten, durch friedliche Mittel beigelegt werden sollen. Dazu fordert der Sicherheitsrat auf und schlägt Verhandlungen, Untersuchung oder Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen vor.⁶⁶

Im Gegensatz zum Vorgänger, dem Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation mit ähnlicher Zielsetzung, kann die UNO auf das kollektive Verteidigungsbündnis der NATO zurückgreifen. Der Nordatlantikpakt oder auch Atlantisches Bündnis, kurz NATO wurde 1949 von 12 Staaten gegründet.⁶⁷ Die 12 Staaten waren: Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, das Königreich Niederlande, Norwegen, Portugal, die USA und das Vereinigte Königreich. In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg sollte die NATO den Staaten des Warschauer Pakts im Kontext des Kalten Krieges entgegenwirken. Nach der Auflösung der Sowjetunion sind einige ehemalige Ostblock-Länder Mitglieder der NATO geworden. Weitere bekundeten ihr Interesse zum Beitritt. Heute hat die NATO 28 Mitglieder, Stand Anfang März

⁶³ Vgl. UNO-Charta, Artikel 2 (7).

⁶⁴ Vgl. ebd., Präambel.

⁶⁵ Vgl. UNO-Charta, Artikel 1.

⁶⁶ Vgl. UNO-Charta, S. 8.

⁶⁷ Vgl. Florian T. Furtak: Internationale Organisationen. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen in der Weltpolitik, Wiesbaden 2015, S. 271.

2022.⁶⁸ Österreich ist kein NATO-Mitglied, ebenso ist kein afrikanischer Staat Mitglied der NATO.

Die UNO beruht auf dem Prinzip der Souveränität und Gleichheit ihrer Mitglieder.⁶⁹ Alle Mitgliedstaaten sind souverän und haben in der Organisation die gleichen Rechte und Pflichten. Nur die Atommächte haben durch ihr Veto-Recht mehr Einflussmöglichkeiten. Damit ist die UNO nicht mehr als die Summe ihrer Mitgliedsstaaten und sie kann nur so viel umsetzen, wie diese sie durchführen lassen. Die Generalversammlung ist kein Weltparlament, das für UNO-Mitglieder rechtsverbindliche Gesetze erlässt.⁷⁰

Als die UNO 1945 gegründet wurde, waren 50 Länder vertreten.⁷¹ Im gleichen Jahr gab es in Afrika nur drei unabhängige Staaten, nämlich Ägypten, Liberia und Äthiopien.⁷² Demnach war zum Ende des Zweiten Weltkrieges noch die Hälfte der weltweiten Landoberfläche von abhängigen Territorien, wie Kolonien, sogenannte Protektorate oder Treuhandgebiete eingenommen. Damit lebten zu diesem Zeitpunkt weltweit etwa 550 bis 750 Millionen Menschen in nicht-unabhängigen Staaten.⁷³ Neben der weltweiten Friedenssicherung waren Entkolonisierung, Entwicklungspolitik, Schutz der Menschenrechte sowie die Weiterentwicklung des Völkerrechts Schwerpunkte der UNO.⁷⁴ Unter Entwicklungspolitik wird hier die Formulierung von Normen und Strategien für eine neue Weltwirtschaftsordnung verstanden.⁷⁵

Die UNO wurde zwar nicht originär für die Dekolonisation geschaffen,⁷⁶ für ihren Prozess war die Gründung der internationalen Organisation allerdings wichtig. Sie bildete ein Forum für zwischenstaatliche Debatten.⁷⁷ In dieser internationalen Organisation geht es um Diplomatie. In anderen Organisationen, wie beispielsweise dem Roten Kreuz ging es um konkrete Hilfeleistungen. Damit kann eine Organisation als Akteur, Werkzeug oder Forum genutzt werden.⁷⁸

⁶⁸ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: 4. April 1949: Gründung der NATO, 02.04.2012, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/126264/4-april-1949-gruendung-der-nato/> zuletzt besucht: 04.03.2022.

⁶⁹ Vgl. Zimig: 1999, S. 3.

⁷⁰ Vgl. ebd., S. 23.

⁷¹ Vgl. ebd., S. 97.

⁷² Vgl. Andreas Eckert: Spätkoloniale Herrschaft, Dekolonisation und internationale Ordnung, S. 3-20, in: Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen 1945-1990, hrsg. v. Anja Kruke, Bonn 2009, S. 4.

⁷³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Dekolonisation im 20. Jahrhundert, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/postkolonialismus-und-globalgeschichte/219139/dekolonisation-im-20-jahrhundert/>, zuletzt besucht: 08.05.2022.

⁷⁴ Vgl. Zimig: 1999, S. 97.

⁷⁵ Vgl. ebd., S. 98.

⁷⁶ Vgl. Mark Mazower: No Enchanted palace. The End of Empire and the ideological origins on the United Nations, Princeton, NJ, u.a. 2009, S. 31. [Im Folgenden zitiert als: Mazower: 2009.]

⁷⁷ Vgl. Muschik: 2018, S. 121.

⁷⁸ Vgl. Herren-Oesch, Madeleine: Introduction: Towards a Global History of International Organization, in: Herren-Oesch, Madeleine (Hrsg.): Networking the International System. Global Histories of International Organizations, Basel 2014, S. 5. [Im Folgenden zitiert als: Herren-Oesch: 2014.]

Bereits mit dem Völkerbund wurde eine globale Plattform für die Gestaltung multilateraler Diplomatie geschaffen.⁷⁹

Internationale Organisationen stellten eine Quelle von Ideen, Rhetorik und Legitimation für Staatenbildung und -gründung dar.⁸⁰ In Verbindung mit Rechten, Frieden und Sicherheit für alle Ethnien machte die UNO, anknüpfend an den Völkerbund, die soziale Frage zur Priorität. Zur Verbesserung der Lebensqualität auf der Welt wurden die UNO Sonderorgane UNICEF, als entwicklungspolitisches Organ der Vereinten Nationen, die Sonderorganisationen FAO und beispielsweise die WHO in den ersten Jahren ihres Bestehens gegründet. Im Jahr 1952 gab es erstmals einen offiziellen Report über die soziale Situation in der Welt.⁸¹

Dag Hammarskjöld, 1953-1961 der zweite Generalsekretär der Vereinten Nationen, formulierte 1956 die wichtigsten revolutionären Entwicklungen der Zeit. Er wollte das Prinzip der Selbstbestimmung verwirklichen und die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen für die große Mehrheit der Menschheit verbessern. Dafür stellte die UNO im Jahr 1956 zur Entkolonialisierung den neuen Regierungen internationale Verwalter*innen zur Seite, um souveräne Nationalstaaten aus zerfallenden, europäischen Imperien aufzubauen und sie fest in der kapitalistischen Welt zu verankern.⁸² Zwar waren die Kolonien bereits zuvor Teil eines kapitalistischen Weltsystems, nun ging es jedoch darum, einen neuen Platz für die unabhängigen Staaten im Weltwirtschaftssystem zu finden.

Der wichtigste Aspekt der Dekolonisation war, für die Bevölkerung der jeweiligen Kolonien, Mandats- oder Treuhandgebiete⁸³, die Selbstbestimmung in Verbindung mit der Unabhängigkeit. Wie diese vonstattenging und wie Staaten unterstützt wurden, wird im Folgenden näher beleuchtet. Im internationalen Staatengeflecht gab es neben Kolonien andere Abhängigkeitsgebilde, wie beispielsweise die Mandats- und Treuhandgebiete. In der UNO gab es ein Hauptorgan, welches ausschließlich für diese Gebiete zuständig war, nämlich der Treuhandrat.

⁷⁹ Vgl. Herren-Oesch: 2014, S. 8.

⁸⁰ Vgl. Sunil Amrith; Glenda Sluga: New Histories of the United Nations, in: University Hawaii Press, Journal of world history, 1.9.2008, Band 19 (3), S. 261.

⁸⁰ Vgl. Muschik: 2018, S. 265.

⁸¹ Vgl. Amrith; Sluga: 2008, S. 261.

⁸² Vgl. Muschik: 2018, S. 121.

⁸³ Anmerkung: Während der Zeit des Völkerbundes (1920-1946) wurden unabhängige Gebiete, die keine Kolonien waren, sondern vom Völkerbund verwaltet wurden Mandatsgebiete genannt. Der Staat, der sie verwaltete, war der Mandatar. Ab dem Bestehen der UNO und des Treuhandrates 1947 wurde in Treuhandgebiet und Treuhänder unterschieden. In der Literatur wird allerdings noch nach dem Zweiten Weltkrieg von Mandatsgebiet und Mandatsmacht gesprochen, insbesondere in der englischsprachigen Literatur und Quellen aus dem *House of Commons*. In dieser Arbeit wird in die unterschiedlichen Begriffe unterteilt, damit es chronologisch übersichtlicher ist. In der Fachliteratur werden die Bezeichnungen als Synonym verwendet.

3.3 Entstehung und Funktion des Treuhandrats

Diese Arbeit legt den Fokus auf die Rolle des Treuhandrats während der britischen Verwaltung bis zur Unabhängigkeit Tanganjikas im Jahr 1961. Dabei sollen die Möglichkeiten und der Handlungsraum des Treuhandrats im Rahmen der Dekolonisation betrachtet werden. Zunächst werden die Funktionen und Aufgaben des Treuhandrats erläutert, im weiteren Verlauf wird konkreter auf seinen Handlungsspielraum eingegangen. Der Treuhandrat spielte für die Dekolonisation eine entscheidende Rolle. Um die Motivation für die Entstehung dieser Institution besser nachvollziehen zu können, wird folgend der historische Kontext miteinbezogen.

Der Erste Weltkrieg endete mit einer Niederlage für das Deutsche Reich, die Details wurden im Versailler Vertrag festgelegt. Die damaligen Regierungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges vertraten die Meinung, dass das Deutsche Reich keine Kolonien innehaben sollte, nach einem begonnenen und verlorenen Weltkrieg. Die Kolonien sollten jedoch nicht auf andere Kolonialmächte aufgeteilt werden. Neben Reparationen wurden mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags im Jahr 1920, die Kolonien des Deutschen Reichs den Staaten Frankreich und dem Vereinigten Königreich übertragen.⁸⁴ Das schloss Deutsch-Ostafrika ein, was unter Verwaltung des Völkerbunds gestellt wurde und ab 1919 britisches Mandatsgebiet war. Von der britischen Kolonialregierung wurde das Mandatsgebiet in Tanganjika umbenannt.⁸⁵ Tanganjika war ab sofort eine sogenannte Kronkolonie, was als Begriff die Bindung einer Kolonie an den Kolonialstaat unterstrich.⁸⁶ Der Gouverneur der Kolonie, des Treuhand- oder Mandatsgebiets repräsentierte die britische Krone vor Ort, wurde von der Krone ernannt und führte durch das Kolonialamt alle Instruktionen aus. Meist blieb ein Gouverneur nicht länger als fünf Jahre im Amt.⁸⁷ Das britische und das Gesetz Tanganjikas existieren nebeneinander.⁸⁸

Der Versailler Vertrag enthielt mit Artikel 22 der Völkerbundssatzung das Mandatssystem.⁸⁹ Die Mandatssatzungen waren Verträge zwischen den durch den Rat des Völkerbundes vertretenden Mitgliedern des Völkerbundes und den Mandataren.⁹⁰ Gemäß Artikel 22 der Mandatssatzung wurden die Mandatsgebiete einzelnen damit beauftragten Mächten, den Mandataren, zur Verwaltung übergeben.⁹¹ So wurde mit der Gründung des Völkerbundes 1920 eine zwi-

⁸⁴ Vgl. Chidzero: 1961, S. 23.

⁸⁵ Vgl. ebd., Preface, S. VII.

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 48.

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 49 f.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 58.

⁸⁹ Vgl. Wolfgang Abendroth: Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate, Breslau 1936, S. 11.

⁹⁰ Vgl. ebd., S. 47

⁹¹ Vgl. ebd., S. 41.

schenstaatliche Organisation gegründet, die das Mandatssystem ausführte. Unter internationalem Recht wurden die ehemaligen außereuropäischen Gebiete des Deutschen Reiches, österreichisch-ungarische sowie osmanische Gebiete durch vertretende Länder verwaltet. Während dem Ausarbeiten der Satzung wurden Namen und Grenzen der Mandatsgebiete bestimmt.⁹² Der Verwaltungsauftrag variierte in den einzelnen Gebieten mit den geographischen, ökonomischen sowie sozialen Gegebenheiten.⁹³ Die Mandatare waren jährlich verpflichtet dem Völkerbund Bericht über die Vorgänge in den Mandatsgebieten zu erstatten. Der Völkerbundrat war das zuständige Kontrollorgan und Adressat der Jahresberichte. Die Mandatare waren verpflichtet jedem Mitglied der Mandatskommission ein Exemplar des Jahresberichts zukommen zu lassen sowie 100 weitere Exemplare an das Generalsekretariat. Im Jahresbericht wurde der gesamte Umfang der Verwaltungstätigkeit der Mandatsgebiete dokumentiert.⁹⁴

Das Mandatssystem unterschied in A, B und C-Mandate. A-Mandate waren die ehemaligen osmanischen Gebiete,⁹⁵ B- und C-Mandate waren die ehemaligen überseeischen deutschen Besitzungen.⁹⁶ Das Mandatssystem war durch Vereinbarung der Mandatssatzung in Kraft getreten, für die B-Mandatsgebiete seit 1922 und für die C-Mandate seit 1920.⁹⁷ Diese Territorien erhielten eine von den übrigen Kolonialgebieten getrennte und gesonderte Verwaltungsstruktur.⁹⁸ Die Unterscheidung der Mandatsgebiete in die drei Kategorien hing mit dem von den Kolonial- und Mandatsmächten zugeteilten Entwicklungsstand des Gebiets zusammen. Den europäischen Kolonialmächten erschien die Bevölkerung in Afrika im internationalen Vergleich am wenigsten „zivilisiert“. Daher wurden die meisten afrikanischen Gebiete als C-Mandate deklariert, was für die abhängigen Gebiete vorerst keine Aussicht auf eine rasche Unabhängigkeit bedeutete.⁹⁹

Durch die Rechenschaftspflicht der Mandatsmächte gegenüber dem Völkerbund änderte sich der Charakter der Kolonialisierung, die nun der Legitimation bedurfte. Zudem war sie internationalisiert und an einen Zivilisierungsauftrag gebunden. Die Vorgänge in der Kolonie waren keine internen Angelegenheiten des Kolonialstaats mehr. Der amerikanische Präsident Thomas Wilson forderte bereits in seinem 14-Punkte Programm 1918 das Selbstbestimmungsrecht der in Kolonien lebenden Bevölkerung, worauf sich der Völkerbund berief.¹⁰⁰

⁹² Vgl. ebd., S. 47.

⁹³ Vgl. ebd., S. 41.

⁹⁴ Vgl. ebd., S. 339 f.

⁹⁵ Vgl. ebd., S. 9.

⁹⁶ Vgl. ebd., S. 91.

⁹⁷ Vgl. ebd.

⁹⁸ Vgl. Christoph Marx: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn, Wien u.a. 2004, S. 158. [Im Folgenden zitiert als: Marx: 2004.]

⁹⁹ Vgl. ebd., S. 158.

¹⁰⁰ Vgl. ebd.

Mit dem Zweiten Weltkrieg endete das Mandatssystem des Völkerbunds, da sich der Völkerbund auflöste.¹⁰¹ Das britische Mandat blieb unter anderen Bedingungen bestehen. Nun wurde das Vereinigte Königreich Treuhänder, der vom Treuhandrat zugewiesenen unabhängigen Gebiete bis zu ihrer Unabhängigkeit verwalten sollte.¹⁰² Es ist zu beachten, dass das Mandatssystem dem Völkerbund zuzuordnen ist und die Treuhandschaft der UNO. Staaten, die im Auftrag des Völkerbundes ein Gebiet verwalteten, wurden als Mandatare bezeichnet, während jene Staaten, die vom Treuhandrat beauftragt wurden Gebiete zu verwalteten, als Treuhänder bezeichnet werden. In der Literatur wird allerdings noch nach 1945 die Bezeichnung Mandat bzw. Mandatsgebiete angeführt, so wie bei Bernard T.G. Chidzero.¹⁰³

Im Jahr 1945 wurde auf Grundlage des Völkerbundes die UNO gegründet. In der UNO-Charta waren sechs Hauptorgane vorgesehen: die Generalversammlung, der Sicherheitsrat, der Wirtschafts- und Sozialrat, der Internationale Gerichtshof, das Generalsekretariat und der Treuhandrat.¹⁰⁴ Gegründet wurde der Treuhandrat nach dem Vorbild des Völkerbund-Mandatssystems.¹⁰⁵ Der Treuhandrat setzte sich, gemäß Art. 86 UNO-Charta, aus allen UNO-Mitgliedern, die Treuhandgebiete verwalteten, den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats sowie so vielen von der Generalversammlung gewählten Nicht-Treuhand-Staaten, die zur Herstellung der Parität erforderlich waren, zusammen.¹⁰⁶ Es gab fünf administrative Staaten: Das Vereinigte Königreich, Belgien, Frankreich, Australien und Neuseeland. Drei Staaten ohne administrative Stellung waren die USA, China und der Sowjetunion. Die Sowjetunion wollte zuerst nicht teilnehmen, da ihr die militärischen Regelungen widerstrebten, doch ein Jahr später wurde diese Haltung revidiert.¹⁰⁷ Mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich waren zwei aktive Kolonialmächte als ständige Mitglieder im Sicherheits- wie im Treuhandrat dabei. Die damit einhergehende Herausforderung war, dass diese Staaten ihre jeweiligen Kolonien als Gebiete sahen, die zu ihrem jeweiligen souveränen Staat dazu gehörten.¹⁰⁸ Ein Sitz in dem internationalen Rat, der die Unabhängigkeit dieser Gebiete zum Ziel hatte, schien daher widersprüchlich. Der

¹⁰¹ Vgl. Jürgen Herzog: Geschichte Tansanias. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Berlin 1986, S. 73. [Im Folgenden zitiert als: Herzog: 1986.]

¹⁰² Vgl. Chidzero: 1961, S. 133.

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 24.

¹⁰⁴ Vgl. Zirnig: 1999, S. 20.

¹⁰⁵ Vgl. ebd., S. 48.

¹⁰⁶ Vgl. Helmut Vogler: Vereinte Nationen – Treuhandrat, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 525. [Im Folgenden zitiert als: Vogler: Vereinte Nationen: 2019.]

¹⁰⁷ Vgl. Luard: 1989, S. 123.

¹⁰⁸ Vgl. Wesel: 2019, S. 105.

Rat bestand ursprünglich aus Staaten, die Treuhandgebiete verwalteten und ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates die keine Treuhandgebiete verwalteten und anderen von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern.¹⁰⁹ Jedes Mitglied hatte eine Stimme, und Entscheidungen wurden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden getroffen.¹¹⁰

Im Jahr 1946 entstand der Treuhandrat und traf sich zum ersten Mal am 26. Mai 1947.¹¹¹ Der Treuhandrat trat zweimal im Jahr zusammen, in der Regel im Februar und Juli in New York. Nachdem die Angelegenheiten der einzelnen Gebiete besprochen worden waren, veröffentlichte der Rat seinen eigenen Bericht.¹¹² Seit seiner Gründung unterstanden dem Treuhandrat folgende Gebiete: Ruanda-Urundi unter belgischer Verwaltung, der britische Teil von Togoland wurde ab 1957 Teil vom Staat Ghana, der restliche Teil wurde von Frankreich verwaltet, Kameruns Treuhandschaft war zwischen britischer und französischer Verwaltung aufgeteilt, Somalia wurde von der italienischen Regierung und den britischen Entscheidungsträger*innen des Kolonialministerium verwaltet, Teile von Neuguinea unterstanden Australien, Tanganjika war dem Vereinigten Königreich unterstellt.¹¹³ Für die pazifischen Gebiete der USA galten 1946 andere militärstrategische Regeln zur Erhaltung von Stützpunkten, die USA waren damit kein Treuhänder. Palästina hatte einen Sonderstatus und sollte kein Treuhandgebiet werden.¹¹⁴ Südwestafrika, heute Namibia, stand seit 1885 unter dem „Schutz“ des Deutschen Reiches. Nach dem Ersten Weltkrieg und mit dem Vertrag von Versailles wurde Deutsch-Südwestafrika 1920 Mandatsgebiet des Völkerbundes und Südafrika wurde als Mandatar eingesetzt. Das Mandat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Form einer Treuhandschaft fortgeführt.¹¹⁵ Aufforderungen der UNO das Land nach 1946 in die Unabhängigkeit zu entlassen, ignorierte Südafrika. Daraus folgten erhebliche Spannungen zwischen Südafrika und der UNO, was zum Entzug des völkerrechtlichen Treuhands im Jahr 1966 führte. Dies zeigt, dass der Treuhandrat durchaus eine aktive Rolle im Dekolonisationsprozess hatte und diese nutzte.

Aufgabe des Treuhandrates war es, die Treuhandgebiete zu verwalten und sie in die Unabhängigkeit zu begleiten.¹¹⁶ Im Treuhandsystem waren Petitionen aus Treuhandgebieten gewünscht, in denen Aspekte in Verbindung mit der angestrebten Unabhängigkeit, zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung sowie persönliche Probleme thematisiert wurden. Zudem

¹⁰⁹ Vgl. Levy: 2021.

¹¹⁰ Vgl. ebd.

¹¹¹ Vgl. Luard: 1989, S. 123.

¹¹² Vgl. ebd., S. 126.

¹¹³ Vgl. Chidzero: 1961, S. 25.

¹¹⁴ Vgl. Luard: 1989, S. 123.

¹¹⁵ Vgl. ebd., S. 124.

¹¹⁶ Vgl. Wesel: 2019, S. 105.

wurden UN-Delegierte in die Treuhandgebiete entsandt, die vor Ort die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen begutachteten und ihre Erfahrungen in Berichten veröffentlichten.¹¹⁷ Dafür trat der Treuhandrat zusammen, um – gemäß Art. 87 der UNO-Charta – die von den Treuhändern vorgelegten Berichte zu prüfen, Besuche in den Treuhandgebieten zu veranlassen und Gesuche aus den Treuhandgebieten entgegenzunehmen und in Konsultation mit der jeweiligen Verwaltungsmacht zu prüfen.¹¹⁸

Das Treuhandsystem wurde wie das Mandatssystem unter der Prämisse eingerichtet, dass koloniale Gebiete, die den im Krieg besiegten Ländern abgenommen wurden, nicht von den Siegermächten annektiert, sondern von einem Treuhandstaat unter internationaler Aufsicht und nach internationalem Recht verwaltet werden sollten.¹¹⁹ So wurden Kolonien, die nicht mehr einem bestimmten Kolonialstaat unterstanden oder unabhängig waren, dem Treuhandrat, der zuständigen Unterorganisation der UNO unterstellt.¹²⁰ Die abhängigen Territorien wurden einem UNO Mitglied übertragen, welches vorübergehend die Verwaltung des Gebiets übernahm. Die Zielsetzung war, das verwaltete Gebiet zunehmend an die Selbstverwaltung heranzuführen, was in die Unabhängigkeit führen sollte. Da Treuhandgebiete keine souveränen Staaten waren, konnten sie bestimmte Rechte nicht ausüben, stattdessen übte der Treuhandrat diese stellvertretend für die Staaten aus, wie etwa die Außenpolitik.¹²¹ In Fortführung des Mandatssystems des Völkerbundes wurde bei der Gründung der UNO für die Verwaltung von abhängigen Gebieten der Achsenmächte Deutschland, Japan und Italien das Treuhandsystem geschaffen.¹²² So wurde Tanganjika nach dem Zweiten Weltkrieg Treuhandgebiet, unter internationaler Supervision mit britischer Verwaltung.¹²³

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden Teile des Staates aufgeteilt, so erhielten Belgien und Portugal Teile des Staatsgebiets Tanganjika. Warum genau das Vereinigte Königreich den größten Teil Tanganjika verwaltete und nicht beispielsweise Frankreich oder Belgien wird aus der behandelten Literatur nicht ganz ersichtlich. Zum einen erschien es geographisch praktikabel, da das Nachbarland Kenia bereits britische Kolonie war und es einige Gemeinsamkeiten zwischen den Kulturen gab, beispielsweise wird in beiden Ländern unter anderem Swahili gesprochen. Zum anderen war das Vereinigte Königreich ein Kolonialstaat mit viel Erfahrung und die internationale Staatengemeinschaft des Völkerbunds hielt das Vereinigte Königreich damit für

¹¹⁷ Vgl. Levy: 2021.

¹¹⁸ Vgl. Vogler: Vereinte Nationen: 2019, S. 525.

¹¹⁹ Vgl. Levy: 2021.

¹²⁰ Vgl. Herzog: 1986, S. 73.

¹²¹ Vgl. Zirnig: 1999, S. 48.

¹²² Vgl. Vogler: Vereinte Nationen: 2019, S. 524.

¹²³ Vgl. Chidzero: 1961, Preface VII.

geeignet. Eine andere These ist, dass die britische Armee im Jahr 1918 auf dem Gebiet von Deutsch-Ostafrika über das Deutsche Heer siegte und das Vereinigte Königreich daraufhin seinen Anspruch auf das Gebiet durch eine Mandatsverwaltung erhob. Die Vergabe der Mandatsgebiete wurde vom Völkerbund bestimmt. Was genau die Gründe waren das Vereinigte Königreich für diese Stellung zu wählen, kann an dieser Stelle nicht eindeutig bestimmt werden. Im Fall des Treuhandgebietes Tanganjika lässt sich der praktische Grund heranziehen, dass das Vereinigte Königreich zuvor bereits vom Völkerbund als Mandatar für Tanganjika eingesetzt worden war.

Die britische Regierung arbeitete ein Verwaltungskonzept für das Treuhandgebiet Tanganjika aus. Die Entwürfe wurden an Belgien und Südafrika verschickt, diese machten jedoch keine signifikante Änderungsvorschläge.¹²⁴ Auf Grundlage des 22. Artikels, Absatz 5 wurde Tanganjika als „B-Mandat“ von der britischen Regierung übernommen.¹²⁵ In diesem Artikel war das Prinzip der „Vormundschaft durch fortgeschrittene Nationen“ vermerkt. Eine selbständige Regierung sollte angestrebt werden; auf die Bedürfnisse der Bevölkerung sollte eingegangen werden; das Prinzip internationaler Supervision sollte greifen; ökonomische Gleichstellung sollte angestrebt werden; es sollten keine militärischen Expansionen stattfinden.¹²⁶ In der Präambel des Gründungsvertrages der UNO wurden die Grundrechte des Menschen, wie alle Arten von persönlicher und rechtlicher Freiheit, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit und Gleichstellung von Ethnie, Geschlecht und Sprache, die Würde und der Wert der menschlichen Persönlichkeit sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter und Nationen festgesetzt.¹²⁷ Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg lag der völkerrechtliche Fokus darauf, einen weiteren Weltkrieg und Genozid, wie an der jüdischen Bevölkerung, nicht noch einmal geschehen zu lassen. Der Begriff des Genozid wurde 1944 vom polnisch-jüdischen Jurist Raphael Lemkin geprägt.¹²⁸ Völkermorde, die in den Kolonien geschehen waren, waren damit aus der Definition ausgeschlossen, da der Begriff erst später aufkam. Erst 1960 erklärte die Generalversammlung, dass alle Völker das Recht auf Selbstbestimmung haben und die Unterwerfung unter Fremdverwaltung völkerrechtswidrig sei.¹²⁹

Um zu gewährleisten, dass diese Rechte und Ziele eingehalten oder erreicht werden und um die internationale Supervision zu gewährleisten, gab es die „permanente Mandate Kommission“,

¹²⁴ Vgl. Luard: 1989, S. 121.

¹²⁵ Vgl. Chidzero: 1961, S. 24.

¹²⁶ Vgl. ebd., S. 26 f.

¹²⁷ Vgl. UNO-Charta, Präambel.

¹²⁸ United Nations: General Assembly resolution: 260 (III) Resolution adopted by the General Assembly: Prevention and Punishment of the Crime of Genocide, A/RES/37260 (9. December 1948), online verfügbar unter: <http://www.un-documents.net/a3r260a.htm> zuletzt besucht: 30.09.2021.

¹²⁹ Vgl. Wesel: 2019, S. 105.

später umbenannt in Treuhandrat¹³⁰ mit elf nicht-politischen Repräsentant*innen. Die Aufgaben des Rates waren die Prüfung der Jahresberichte aus den Treuhandgebieten, die Annahme und Bearbeitung von Schriftverkehr, sogenannten Petitionen und die Entsendung von Experten*innen in die Treuhandgebiete.¹³¹ Im Gegensatz zu den Pflichten der Mandatsmacht gegenüber dem Völkerbund, hatten sich die Verpflichtungen bzw. die Rechenschaftspflicht des Vereinigten Königreichs gegenüber der internationalen Organisation des Treuhandrats intensiviert.¹³² Die Unabhängigkeit Tanganjikas sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden, wie die Klassifizierung als „B-Mandat“ festsetzte. Allerdings war das in Tanganjika bis 1954 kein Thema.¹³³

Mit der Unabhängigkeit von Palau, dem letzten verbliebenen Treuhandgebiet der Vereinten Nationen, hat der Rat am 1. November 1994 formell seine Arbeit eingestellt.¹³⁴ Mit einer am selben Tag angenommenen Resolution änderte der Rat seine Geschäftsordnung. Diese sah bis dahin verpflichtende jährliche Zusammenkünfte vor. Nun kam der Rat überein, ab sofort auf eigenen Beschluss, auf Beschluss seines Präsidenten oder auf Antrag einer Mehrheit seiner Mitglieder, der Generalversammlung oder des Sicherheitsrats bei Bedarf zusammenzutreten. Nach der Entlassung Palaus 1994 in die Unabhängigkeit ist der Treuhandrat heute ein inaktives Hauptorgan der UNO.

3.4 Internationale Beziehungen in Verbindung zur Dekolonisation

Dekolonisation meint nicht nur die Unabhängigkeit von Kolonien und anderen abhängigen Territorien, sondern schließt eine Umstrukturierung bestehender Hierarchien in Politik und Wirtschaft mit ein. Um diese historischen Entwicklungen nachvollziehen zu können, die bis heute wirken, wird im Folgendem Abschnitt auf Begrifflichkeiten eingegangen, die für die internationale Politik und Wirtschaft relevant sind.

¹³⁰ Anmerkung: englisch original: *Trusteeship Council*.

¹³¹ Vgl. Chidzero: 1961, S. 29.

¹³² Vgl. ebd., S. 133.

¹³³ Vgl. ebd., S. 165.

¹³⁴ Vgl. Zirnig: 1999, S. 48.

Durch die Globalisierung wuchs die Weltwirtschaft weiter zusammen.¹³⁵ Die globale Vernetzung brachte für viele Staaten wirtschaftliches Wachstum mit sich, wodurch besonders in westlichen Industriestaaten mehr Wohlstand entstand. Allerdings protestierten wirtschaftlich schwache Staaten gegen die wirtschaftliche Ungleichheit weltweit, bei der arme Länder Handelshemmnisse abgebaut, wohingegen wohlhabendere Länder ihre Handelsschranken aufrecht erhalten hatten.¹³⁶ Diesen aktuellen Verhältnissen ging ihre historische Entwicklung voraus. So lassen sich in ehemaligen Kolonien im globalen Vergleich wirtschaftliche Ungleichheiten ausmachen. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges umfasste das Kolonialsystem der europäischen Staaten gut die Hälfte der festen Erdoberfläche.¹³⁷ Damals kamen die ersten antikolonialen Stimmen auf. Die erste richtige Phase der Dekolonisation lässt sich den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, bis in die 1970er Jahre hinein, verorten.¹³⁸ Doch die Strukturen sind weiter präsent und die Dekolonisation ist noch nicht abgeschlossen. Ehemalige abhängige Territorien weisen eine gemeinsame Problematik der wirtschaftlichen Defizite, politischer Instabilität und einen vergleichsweise niedrigen Lebensstandard auf. Zusammengefasst werden diese Gebiete unter den Begriffen „Entwicklungsländer“, „Länder des Globalen Südens“ oder „Dritte Welt Länder“, weswegen es so viele unterschiedliche Bezeichnungen gibt, wird im Folgenden erläutert.

In der Forschung besteht eine Diskrepanz zwischen den Termini „Entwicklungsländer“ und „Dritte Welt“. Des Weiteren gibt es die Begriffe der „Vierten Welt“ und „Länder des globalen Südens“. Der Begriff „Entwicklungsland“ geht auf den international gebräuchlichen Sprachgebrauch von UNO, IWF und der Weltbank zurück. Er ist insofern problematisch, da hierbei eine Unterentwicklung oder Rückständigkeit interpretiert werden kann. Zudem wird von einer tatsächlichen Entwicklung der Länder auf ein Ziel hin suggeriert, das aus Sicht der westlichen Staaten in die einer Industrienation mündet.

Der Begriff „Globaler Süden“ oder die Bezeichnung „Länder des Globalen Südens“ wurde ebenso von der Weltbank in den 1980er Jahren in die entwicklungspolitische Debatte eingeführt. Die Länder des „Globalen Nordens“ stehen dagegen für die wohlhabenden Industriestaaten. Der „Globale Süden“ bestand nicht nur aus nach dem Zweiten Weltkrieg entkolonialisierten Ländern, sondern Südamerika zählte ebenfalls dazu, obwohl südamerikanische Staaten

¹³⁵ Anmerkung: Globalisierung wird hier als Prozess definiert, der sich als die Überwindung von Distanzerfahrung und durch grenzüberschreitende Interaktion darstellt. Vgl. Wolfgang Schentker: Globalisierung und Geisteswissenschaft. Themen, Methoden und Kritik der Globalgeschichte, S. 36-59, in: Margarete Grandner; Dietmar Rothmund; Wolfgang Schentker (Hrsg.): Globalisierung und Globalgeschichte, Wien 2005, S. 38.

¹³⁶ Vgl. Joseph Stiglitz: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002, S. 21. [Im Folgenden zitiert als: Stiglitz: 2002.]

¹³⁷ Vgl. Knapp, Krell: 1991, S. 205.

¹³⁸ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 3.

schon länger unabhängig waren. Wirtschaftlich wurden sie allerdings von den Kolonialmächten beherrscht. Zum „Globalen Süden“ zählten ebenso der Iran, China und die Türkei.¹³⁹ Geographisch gesehen müssten wohlhabende Industrieländer wie Australien und Neuseeland ebenfalls dazugehören, im Fall dieser Begriffsdefinition tun sie es nicht.¹⁴⁰ Problematisch war, dass Rohstoffe zwar in den „Entwicklungsländern“ vorhanden waren, allerdings zu den Primärgütern des Exportes gezählt wurden. Dadurch entstand eine wirtschaftliche Abhängigkeit und Krisenanfälligkeit. Die natürlichen Ressourcen waren da, trotzdem leben die Menschen in Armut.¹⁴¹ Der Nord-Süd-Konflikt gewann an entwicklungstheoretischer Bedeutung und das Begriffspaar ersetzte zunehmend die Einteilung in Erste, Zweite und Dritte Welt.

Der Terminus „Dritte Welt“ wurde im Jahr 1952 von dem französischen Demographen Alfred Sauvy geprägt. Ursprünglich war dieser Begriff für die blockfreien Staaten gedacht, die keinem der beiden militärischen Machtblöcke von NATO oder Warschauer Pakt angehörten. Diese Staaten wollten einen eigenständigen Weg zwischen den Systemen der marxistisch-leninistischen Theorie und der modernen Industriegesellschaft beschreiten.¹⁴² Die „Erste Welt“ meint industrialisierte Staaten mit marktwirtschaftlichen Systemen, die „Zweite Welt“ industrialisierte Staaten mit planwirtschaftlichen Systemen.¹⁴³ Auf der Konferenz im indonesischen Bandung von 1955 hatten sich zunächst 29 Länder unter dem Begriff „Blockfreie Staaten“ zusammengeschlossen. Initiiert hatte dies unter anderem der jugoslawische Präsident Josip Tito, der ägyptische Staatschef Gamal Nasser, der indische Premierminister Jawaharlal Nehru und der indonesische Präsident Achmed Sukarno. Dabei handelte es sich um Staaten, die trotz der erlangten Unabhängigkeit unter größter Armut und Diskriminierung litten. Mitte der 1960er Jahre hatte sich die Zahl der Staaten, die sich der „Dritten Welt“ zurechneten, auf 77 erhöht.¹⁴⁴ Eingeschlossen in den Begriff der „Dritten Welt“ waren Staaten Afrikas, Asiens, Lateinamerikas, Ozeanien sowie einige europäische Staaten, von denen die meisten eine koloniale Geschichte aufwiesen. Dadurch waren sie teilweise wirtschaftlich unterentwickelt, was hier als weniger industrialisiert und ärmer im Vergleich zu Industrienationen definiert wird. Das wiederum brachte nachteilige Handelschancen am Weltmarkt mit sich.¹⁴⁵ All diese Länder wiesen

¹³⁹ Vgl. Knapp, Krell: 1991, S. 207.

¹⁴⁰ Zit. n. Helmut Volger: Dritte Welt, S. 109-112, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 110.

¹⁴¹ Vgl. Knapp, Krell: 1991, S. 210.

¹⁴² Vgl. Eugen Wendler: Friedrich List und die Dritte Welt. Grundzüge der Entwicklungspolitik, Wiesbaden 2019, S. 69. [Im Folgenden zitiert als: Wendler: 2019.]

¹⁴³ Zit. n. Helmut Volger: Dritte Welt, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 110. [Im Folgenden zitiert als: Vogler: Dritte Welt: 2019.]

¹⁴⁴ Vgl. Wendler: 2019, S. 69.

¹⁴⁵ Zit. n. Vogler: Dritte Welt: 2019, S. 109.

„Entwicklungsdefizite“ auf, trotzdem waren sie aufgrund ihrer verschiedenartigen geographischen, klimatischen, politischen, kulturellen, ethnischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten durch eine heterogene Vielfalt gekennzeichnet¹⁴⁶ und dadurch als Interessensgemeinschaft weniger geschlossen und einflussreich.¹⁴⁷ Wegen dieser Unterschiede beispielsweise hinsichtlich des Wachstumspotenzials, der Armut und der Größe der Bevölkerung wurde der Begriff der „Dritten Welt“ zugleich als Oberbegriff für Schwellenländer und Länder der „Vierten Welt“ verwendet.¹⁴⁸

Mit dem Begriff „Schwellenländer“ wurden jene „Entwicklungsländer“ bezeichnet, die aufgrund ihres Industrialisierungsgrades und ihrer industriellen Kapazität, wie Brasilien und die Volksrepublik China, relativ hohe Wachstumsraten aufwiesen sowie über eine beträchtliche Wirtschaftskraft und ein großes Territorium verfügten. Diese Länder spielten auf dem Weltmarkt als Wirtschaftsgiganten eine wichtige Rolle. Die Zahl der Schwellenländer schwankte im Jahr 2019 zwischen 10 und 55, weil es keine allgemeingültigen und messbaren Normen gab. Es lässt sich feststellen, dass diese Länder im Vergleich zu den „Entwicklungsländern“ überdurchschnittliche Wachstumsraten sowie eine wesentlich höhere Arbeitsproduktivität bei einem geringen Lohnniveau aufwiesen. Andererseits zeigten diese Länder hinsichtlich der politischen Stabilität, Rechtssicherheit und der Verbesserung der Lebensqualität gegenüber den Industrienationen Defizite auf. Im Vergleich verzeichneten die Länder der „Vierten Welt“ nur ein niedriges, häufig sogar stagnierendes oder gar rückläufiges Wachstum. Zu diesen Staaten zählten vor allem jene auf dem afrikanischen Kontinent, insbesondere in der Sahel-Zone.¹⁴⁹ Diese Definitionen entstammen den Staaten des „Globalen Nordens“ und reproduzieren damit wieder eine Hierarchie in internationaler wirtschaftlicher Hinsicht. In diesen Ländern dominiert die Agrarwirtschaft, trotzdem waren sie kaum in der Lage, ihre eigene Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Notwendige Nahrungsmittelimporte führten zu einer Zunahme der Staatsverschuldung.¹⁵⁰ Wegen der mangelhaften Ausstattung an Kapital und den geringen Exportchancen waren diese Länder mehr oder weniger auf internationale Gelder, später Entwicklungshilfe, angewiesen.¹⁵¹ Noch heute wird der Begriff der „Dritten Welt“ verwendet, um den Zusammenschluss von „Entwicklungsländern“ zu wirtschaftlichen und politischen Themen zu spezifizieren.¹⁵²

¹⁴⁶ Vgl. Wendler: 2019, S. 70.

¹⁴⁷ Vgl. Vogler: Dritte Welt: 2019, S. 110.

¹⁴⁸ Zit. n. Wendler: 2019, S. 70.

¹⁴⁹ Vgl. ebd.

¹⁵⁰ Vgl. ebd.

¹⁵¹ Vgl. ebd.

¹⁵² Zit. n. Vogler: Dritte Welt: 2019, S. 109.

In Tansania etablierten die Kolonialmächte die Plantagenwirtschaft, für eine Rohstoffextraktion.¹⁵³ Sie legten Monokulturen mit Tee, Kaffee und Sisal an, die für den Weltmarkt und Export bestimmt waren.¹⁵⁴ Die Landwirtschaft war der stärkste Wirtschaftszweig und die Exportgüter Kaffee und Baumwolle brachten 80 Prozent der Erlöse ein.¹⁵⁵ Die landwirtschaftlichen Produkte wurden erst von Kleinbauern, dann immer mehr auf Großplantagen produziert. Sisal blieb bis zur Unabhängigkeit Hauptexportgut des Landes.¹⁵⁶ Die schlechten wirtschaftlichen Voraussetzungen für ein „Entwicklungsland“ gingen, laut dem HDI (Human Development Index)¹⁵⁷, häufig mit einer kolonialen Vorgeschichte einher. Dazu kamen politische Instabilität und Repression.¹⁵⁸ Kriege nach 1945 fanden hauptsächlich in Afrika, Lateinamerika und Asien statt.¹⁵⁹ Sozioökonomische Konflikte und soziale Ungleichheit nahmen zu, dabei wurden politische Reformen unterdrückt. Ethnische und religiöse Rivalität waren häufig verknüpft mit Interessengegensätzen, denn der Kolonialismus hatte willkürliche Staatsgrenzen gezogen.¹⁶⁰ Das führte zu zwischenstaatlichen Konflikten, wie beispielsweise in Somalia.¹⁶¹ Diese globalen Entwicklungen und Strukturen entstanden aus kolonialen Abhängigkeiten, die selbst nach der Unabhängigkeit bestehen blieben. Diese in die Analyse für den Dekolonisationsprozess miteinzubeziehen ist daher elementar. Solche Strukturen prägten Entwicklungen, die bis heute anhalten und in internationaler Politik eine Rolle spielen. Das führte zu Zielsetzungen wie der UNO Agenda 2030, die mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, ein globaler Plan zur Förderung nachhaltigen Friedens und Wohlstands als auch zum Schutz des Planeten sein soll.¹⁶² Eines dieser Ziele beinhaltet die wirtschaftliche und soziale Entwicklung weltweit, womit der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO betraut ist. Hier geht es unter anderem um die globale Bekämpfung von Armut. Dafür stellt die Weltbank als Sonderorganisation der UNO Finanzierungsinstrumente für langfristige Aufbau- und Entwicklungsprojekte im Bereich der Realwirtschaft und widmet sich der Armutsbekämpfung.¹⁶³ Der IWF wurde ebenfalls 1945 als Sonder-

¹⁵³ Vgl. Marx: 2004, S. 147.

¹⁵⁴ Vgl. Halpern: 1991, S. 95.

¹⁵⁵ Vgl. ebd., S. 11.

¹⁵⁶ Vgl. ebd., S. 11.

¹⁵⁷ Anmerkung: Der Index der menschlichen Entwicklung, englisch *Human Development Index*, der Vereinten Nationen bezeichnet den Wohlstandsindikator. Neben dem Bruttonationaleinkommen wird die Lebenserwartung und die Ausbildungsdauer in Schuljahren eingerechnet.

¹⁵⁸ Vgl. Knapp, Krell: 1991, S. 213.

¹⁵⁹ Vgl. ebd., S. 232.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., S. 234.

¹⁶¹ Vgl. ebd., S. 237.

¹⁶² Vgl.: Vereinte Nationen: Ziele für nachhaltige Entwicklung, online verfügbar unter: <https://un-ric.org/de/17ziele/> zuletzt besucht: 27.09.2021.

¹⁶³ Vgl. Stiglitz: 2002, S. 37.

organisation der UNO gegründet und soll die Länderwährungen und Wechselkurse stabil halten, indem Kredite vergeben werden.¹⁶⁴ Der Schwerpunkt sollte dabei auf internationaler Zusammenarbeit begründet sein. Im zunehmenden Trend von Multilateralismus können globale Herausforderungen mit der Unterstützung von internationalen Organisationen behandelt werden. Dekolonisation bedeutet Angleichung der Wirtschaftsstrukturen und Auflösung von Hierarchien.

In der Regel blieben die internationalen Machtstrukturen unverändert, da die Abhängigkeit der internationalen Organisationen, in diesem Fall der UNO, von ihren Mitgliedern und die völkerrechtlichen Durchsetzungsprobleme bestehen bleiben.¹⁶⁵ Die Dekolonisation bewirkte einen Zuwachs an UNO Mitgliedern und damit eine größere Diversität von Entwicklungsthemen. Bald saßen ehemalige Kolonien mit ihren Kolonialmächten im gleichen Rat. Die fünf ständigen Staaten im Sicherheitsrat hatten dennoch durch ihr Veto-Recht erheblich mehr Einflussmöglichkeit als neuen Mitgliedstaaten. Die UNO übernimmt noch immer wichtige Steuerungsfunktionen und stellt einen Kooperationsrahmen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.¹⁶⁶

4. Dekolonisation in Ostafrika

4.1 Vom Imperialismus zur Dekolonisation

Imperialismus war die Politik eines Staates, die beabsichtigt Macht und Einfluss außerhalb der eigenen Staatsgrenzen über Ethnien auszuüben, entweder direkt durch Vergrößerung des Staatsgebiets oder indirekt, durch politische, wirtschaftliche, militärische und/oder kulturelle Präsenz.¹⁶⁷ Im engeren Sinn bezeichnet Imperialismus die Bemühungen der europäischen Staaten, den USA und Japans seit etwa 1880, sich Gebiete in anderen Regionen der Welt, wie Afrika, Asien und Lateinamerika anzugliedern und sich den eigenen politischen, militärstrategischen und ökonomischen Interessen nutzbar zu machen. Hierbei gibt es die direkte Form durch Eroberung die indirekte, welche durch wirtschaftliche Vorherrschaft und/ oder politische

¹⁶⁴ Vgl. Zirnig: 1999, S. 88.

¹⁶⁵ Vgl. Sigrid Koch-Baumgarten: Internationale Organisationen, S. 245-250, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 248. [Im Folgenden zitiert als: Koch-Baumgarten: 2019.]

¹⁶⁶ Vgl. Koch-Baumgarten: 2019, S. 248.

¹⁶⁷ Vgl. Helmut Volger: Imperialismus, S. 217-220, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 217.

Gleichschaltung geschieht oder die formelle, durch das Schließen von Verträgen.¹⁶⁸ Laut Pennycook geht es um die gezielte Organisation des Handels und der Migration in und mit diesen Gebieten.¹⁶⁹ Imperialismus wurde von Staatskanzleien, Außen- und Kriegsministern geplant und umgesetzt. Es bestand eine Verbindung zwischen der Herausbildung eines Weltenstaaten-systems und der unterschiedlich schnellen Entwicklung im wirtschaftlichen Verkehr zwischen den Räumen der Erde.¹⁷⁰

Die Beschäftigung mit Imperialismus und kolonialer Geschichte ist im Kontext dieser Arbeit für die Analyse der Unabhängigkeitswerdung und der postkolonialen Situation in Tansania notwendig. Hierbei ist zu beachten, dass die Machtverhältnisse zu einer ungleichgewichtigen Quellen- und Forschungslage für die Aktivitäten der Kolonialmächte und Kolonisierten geführt haben, sodass ein relatives Übergewicht der westlichen Perspektive bei der Darstellung unvermeidlich bleibt.¹⁷¹

Die Gründe für die Entstehung der Kolonisation waren divers. Neben Ausweitung des Handels und Migration ging es in der gezielten Kolonisation Afrikas und im ideologisch aufgeladenen Zeitalter des Imperialismus, um Ausbeutung unter dem Deckmantel der Aufklärung.¹⁷² Eine fremde Kultur wurde mit europäischen Wertvorstellungen, Verhaltensnormen und kulturellen, wirtschaftlichen sowie politischen Strukturen verglichen und es kam aus der eurozentristischen Perspektive zur Hierarchisierung.¹⁷³ Eurozentrismus war die Beurteilung von Gesellschaften und Kulturen nach europäischen Vorstellungen. Diese Wertevorstellungen und Überzeugungen umfassen nicht nur den geografischen europäischen Raum, sondern alle *neoeuropäischen* Staaten in Nordamerika, Australien und Südafrika. Damit geht einher, dass angrenzende Konzepte von europäischen Wertevorstellungen, wie Wohlstand, Lebensstandard, Armut, Fortschritt und Wachstum, tangiert und darüber definiert werden.¹⁷⁴ Hier zeigte sich die Verbindung von europäischen Wertekonzepten zum Industriestaat und damit einhergehendem Lebensstandard im heutigen Sinne. Nach Buchmann gelten die griechische und die römische Antike als Ausgangspunkt der abendländischen Kultur. Denker aus dem europäischen Kulturraum übernahmen den griechischen Individualismus mit dem Humanismus, Fürsten nutzten das römische Recht zur Festigung ihrer Macht. Die neuzeitliche Aufklärung wurde aus antiken, mittelalterlichen und

¹⁶⁸ Vgl. ebd.

¹⁶⁹ Vgl. Alastair Pennycook: *English and the Discourses of Colonialism*, London 1998, S. 34. [Im Folgenden zitiert als: Pennycook: 1998.]

¹⁷⁰ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2009, S. 26 f.

¹⁷¹ Vgl. Reinhard: 2008, S. 3.

¹⁷² Vgl. Pennycook: 1998, S. 40.

¹⁷³ Vgl. ebd.

¹⁷⁴ Vgl. Edward Goldsmith: *Der Weg. Ein ökologisches Manifest*, München 1996, S. 201 f.

neuzeitlichen Traditionen im 18. Jahrhundert geformt.¹⁷⁵ Mit diesem Ausgangspunkt lässt sich eine Neigung gegenüber dem europäischen Fokus in der Geschichtswissenschaft begründen, nicht jedoch legitimieren.

Dekolonisation hatte bereits mit dem Ersten Weltkrieg eingesetzt, als das Deutsche Reich als erstes Land seine Kolonien an das Mandatssystem des Völkerbundes abgeben musste.¹⁷⁶ Mit dem 1932 neugeprägten Begriff Dekolonisation sollte die Erlangung der politischen Unabhängigkeit einer Kolonie bezeichnet werden.¹⁷⁷ Dabei ist die Verwendung des Begriffs keinesfalls unproblematisch. Dekolonisation ist ein eurozentrischer Begriff und es suggeriert als sei mit der Übertragung der Macht, in der englischsprachigen Literatur „transfer of power“, auch die wirtschaftliche, kulturelle und politische Abhängigkeit der kolonialen Länder vom Westen zu einem definitiven Ende gekommen.¹⁷⁸ Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzte sich im Grundsatz die Auffassung durch, dass Kolonialismus nur dann noch gerechtfertigt sei, wenn sie als Treuhandschaft im Interesse der noch nicht zu „politischer Mündigkeit“ herangereiften Völker der „Dritten Welt“ ausgeübt werde und dem Ziel diene, diese schrittweise an die Selbständigkeit heranzuführen.¹⁷⁹ Inwiefern kann ein Staat unmündig sein? Diese spezielle Form der Abhängigkeit spiegelte sich auch im Begriff Mutterland, dem Staat, zu dem in räumlicher Abgrenzung die Kolonie gehört. Damit wurde suggeriert, das abhängige Gebiet sei allein nicht lebensfähig, wie ein Säugling, der von seiner Mutter abhängig ist. Der Terminus ist im Kontext der Zeit zu verstehen, im heutigen Umgang jedoch kritisch zu sehen. Die imperialistische Identität wird durch die Politik im „Mutterland“ ebenso an die Bewohner des abhängigen Territoriums weitergeben, um die Verhältnisse zu belassen, wie sie sind. Damit wurden einem geographischen Gebiet oder einer Ethnie menschliche Attribute zugeschrieben. Ein Staat kann in diesem Sinne nicht unmündig sein und ist grundlegend beständig, ohne zu einem anderen Land, das möglicherweise wirtschaftlich effizienter ist, dazuzugehören. Die Debatte um gescheiterte Staaten, die ihre grundlegenden Funktionen nicht mehr ausführen können, hängt mit dem Kolonialen Erbe zusammen. Das Phänomen entstand allerdings später und passt daher zeitlich nicht in diese Arbeit. Die Diskussion um politische Mündigkeit, Selbständigkeit und Freiheit fasst die Dekolonisation zusammen.

¹⁷⁵ Vgl. Bertrand Michael Buchmann: Die Entstehung der Menschenrechte. Textbeispiele von der Antike bis zur Gegenwart, Wien 2018, S. 6 f.

¹⁷⁶ Vgl. Dülffer: 2004, S. 65.

¹⁷⁷ Vgl. Reinhard: 2008, S. 5.

¹⁷⁸ Vgl. Mommsen: 1990, S. 8.

¹⁷⁹ Vgl. ebd., S. 9.

Ein steigender Einfluss der anti-imperialistischen Denkmuster bei politischen links eingestellten Politiker*innen stellte unter anderem die Grundlage für die Dekolonisation dar.¹⁸⁰ Der Ablauf der Dekolonisation wurde von dem beginnenden Kalten Krieg zwischen den beiden großen Weltsystemen des Marxismus-Leninismus und dem demokratischen Kapitalismus sowohl positiv wie negativ in hohem Maße beeinflusst.¹⁸¹ Beide Weltmächte sahen sich als anti-imperialistisch. Den USA ging es um die Respektierung des Prinzips der nationalen Selbstbestimmung, was aus westlicher Sicht den Eckpfeiler von demokratischen Grundsätzen ausmachte.¹⁸² Dieser grundsätzliche Ausdruck fand 1941 Eingang in der Atlantik-Charta gegen das faschistische Regime. Zudem wurde das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Richtschnur für die Schaffung einer künftigen freiheitlichen Weltordnung erklärt. Dazu zählte für die USA eine weltweite Handelsfreiheit, die später die „Dritte Welt“ Länder vor kommunistischen Einfluss schützen sollte. Diese führte später zum sogenannten Handelsimperialismus.¹⁸³ Die UdSSR legte nach 1917 eine prinzipiell anti-imperialistische Linie fest. Nach 1945 waren sie aus eigener ökonomischer Schwäche heraus daran interessiert, junge Staaten der außereuropäischen Welt an sich zu binden.

Der Zweite Weltkrieg regte eine neue politische Ordnung an. Die Kernidee der internationalen Schutzmechanismen, durch die Gründung der UNO, sah eine soziale Neuprägung der Demokratie bis hin zu veränderten internationalen Wirtschaftskooperation vor. Staatliche Aggression sollte eingedämmt, dafür Welternährung und -gesundheit gefördert werden.¹⁸⁴ Politische Leitideen waren durchaus mehr transnationale Zusammenarbeit und eine Steigerung des internationalen Wohlstandes.¹⁸⁵ So investierten europäische Staaten in den späten 1940er Jahren zum ersten Mal in Kolonien, obwohl sie kaum über Mittel verfügten.¹⁸⁶ Die europäischen Kolonialmächte versuchten die Loyalität abhängiger Gebiete durch Gewährung größerer Freiheiten oder das Versprechen künftiger Unabhängigkeit zu erhalten. Für das Vereinigte Königreich wurde der Beitrag der Kolonien und verbündeten überseeischen Gebiete im Zweiten Weltkrieg entscheidend, so dass sie ihren Rang als einflussreiche Nation auch nach dem Zweiten Weltkrieg über ihren außereuropäischen Besitz definierten. Winston Churchill war noch 1946 stolz, dass durch den Zweiten Weltkrieg kein Teil des britischen *Empire* dauerhaft verloren gegangen

¹⁸⁰ Vgl. ebd.

¹⁸¹ Vgl. ebd., S. 7.

¹⁸² Vgl. ebd., S. 10.

¹⁸³ Vgl. ebd.

¹⁸⁴ Vgl. Eckel: 2014, S. 47.

¹⁸⁵ Vgl. ebd., S. 57.

¹⁸⁶ Vgl. Marx: 2004, S. 249.

war.¹⁸⁷ Während Frankreich, Belgien und die Niederlande bis 1960 ihren Kolonien staatliche Unabhängigkeit gewährten, stützte sich die britische Weltmacht weiterhin auf das überseeische *Commonwealth*. Dennoch nahm dessen Bedeutung gegenüber dem Weltmarkt rapide ab. Der Anteil britischer Importe aus dem *Commonwealth* schrumpfte in den sechziger Jahren von 34,6% auf 25,9%, die Exporte von 40,2% auf 24,4% sowie die britischen Auslandsinvestitionen in die Sterlingzone von 60% auf 38%.¹⁸⁸

Die westlichen Nationen starteten nach dem Zweiten Weltkrieg eine Liberalisierungs- und Entwicklungsinitiative¹⁸⁹, dieser Trend setzt sich bis heute fort. Weltweit gleicht sich die Politik immer weiter an demokratische und liberale Systeme an.¹⁹⁰ Internationale Ziele werden gemeinsam verfolgt und Herausforderungen zusammen bewältigt.¹⁹¹ Die globale Vernetzung in Bereichen der Ökonomie brachte viele positive Entwicklungen. Weltweit kam es zu einem erhöhtem Zuwachs des Wohlstandes, denn das Pro-Kopf Einkommen steigt weiter an. Gleichzeitig entstanden wirtschaftliche Ungleichheiten, die sich durch Konstrukte wie dem „Globalen Norden“ und „Globalen Süden“ aufzeigen lassen. So gibt es Bürger*innen, die eine antiglobale Haltung vertreten.¹⁹² Dies äußert sich in weltweiten politischen Bewegungen. Wirtschaftlich schwache Staaten protestieren gegen die wirtschaftliche Ungleichheit weltweit, bei der arme Länder Handelshemmnisse abgebaut haben, wohingegen wohlhabendere Länder ihre Handelschranken aufrecht erhalten haben.¹⁹³ Was mit der Ausbeutung während des Imperialismus begann setzt sich heute in der Liberalisierung fort.¹⁹⁴ Der Zweite Weltkrieg bedeutete die UN-Delegitimation der Kolonialisierung.¹⁹⁵ Zwar entstand mit der Treuhandschaft ein ganz neues Konzept von legaler politischer Autorität eines Landes über ein anderes Gebiet.¹⁹⁶ Das System der abhängigen Staaten verlor immer mehr an Zustimmung seitens der Gesellschaft und immer mehr Politikern in den Kolonialstaaten¹⁹⁷. Im Laufe der Dekolonisation wurden die politischen

¹⁸⁷ Vgl. Dülffer: 2004, S. 65.

¹⁸⁸ Vgl. ebd., S. 69.

¹⁸⁹ Vgl. Marx: 2004, S. 249.

¹⁹⁰ Vgl. Wolfgang Petritsch: Epochenwechsel. Unser Digital-Autoritäres Jahrhundert, Wien 2018, S. 21.

¹⁹¹ Vgl. Yuval Noah Harari: 21 Lektionen für das 21. Jahrhundert, München 2018, S. 155. [Im Folgenden zitiert als: Harari: 2018.]

¹⁹² Vgl. Stiglitz 2002, S. 17.

¹⁹³ Vgl. ebd., S. 21.

¹⁹⁴ Zit. n. ebd., S. 76.

¹⁹⁵ Vgl. Marx: 2004, S. 248.

¹⁹⁶ Vgl. Chidzero: 1961, S. 34.

¹⁹⁷ Anmerkung: Kolonialstaat meint einen Staat, der Anspruch auf andere Gebiete, meist in Überseeischen Regionen stellt, sogenannte Kolonien. Koloniale Imperien, sind Staaten, die über einen langen Zeitraum diese Gebiete unter ihrer Kontrolle behielten. Hier steht an erster Stelle das Vereinigte Königreich, dann Spanien, gefolgt von Frankreich, Portugal und den Vereinigten Staaten.

und wirtschaftlichen Hierarchien nach und nach umgewandelt und auf das globalisierte Wirtschaftssystem übertragen.

Die UNO setzt sich für wirtschaftliche und soziale Besserung¹⁹⁸ ein und strebt damit die Herstellung eines globalen Gleichgewichts an. Hier geht es unter anderem um die globale Bekämpfung von Armut. So stellt die Weltbank als Sonderorganisation der UN Finanzierungsinstrumente für langfristige Entwicklungs-Aufbauprojekte im Bereich der Realwirtschaft und widmet sich der Armutsbekämpfung.¹⁹⁹ Nicht nur in den Bereichen Wirtschaft und Politik wirkte die Dekolonisation hinein. Sie betraf weltweit entstehende Ideen und Programme²⁰⁰ wie beispielsweise den Panafrikanismus.²⁰¹ Dazu waren Begriffe wie Selbstbestimmung, Freiheit und Entwicklung zentrale Begriffe.²⁰² Gewünscht wurde eine neue Weltordnung mit einer fairen Verteilung des Wohlstands.²⁰³

4.2 Tanganjikas Kolonialgeschichte als Ausgangspunkt für die Treuhandschaft

Kolonialismus wird in dieser Arbeit angelehnt an Reinhard, als die Kontrolle eines Volkes über ein fremdes unter wirtschaftlicher, politischer und ideologischer Ausnutzung der Entwicklungsdifferenz zwischen beiden.²⁰⁴ Außerdem umfasst der Begriff den Prozess der Landnahme und die Führungsverhältnisse zwischen den Eroberern und den Völkern auf die sie trafen.²⁰⁵

Kolonialismus und Imperialismus überschneiden sich mit den Phänomenen Reichsbildung und Migration. Meist in Bezug auf Siedler*innen, nämlich europäischer Auswanderer, oder erzwungene Migration von Arbeitskräften.²⁰⁶ Eine Kolonie im Zeitalter des Kolonialismus²⁰⁷ war meist ein durch militärische Eroberung erworbenes Landstück in Übersee, wo sich die Eroberer ansiedelten.²⁰⁸ Es gab auch andere Modelle, wo Land gekauft wurde und Siedler*innen sich ausbreiteten. Militärische Konflikte waren nicht immer die erste Stufe. Sobald das Land formell

¹⁹⁸ Anmerkung: Seit 2016 sind es die „17 Ziele für Nachhaltigkeit und Entwicklung“.

¹⁹⁹ Vgl. Chidzero: 1961, S. 37.

²⁰⁰ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 156.

²⁰¹ Anmerkung: Panafrikanismus meint die weltweite Einheit aller afrikanischer Menschen unabhängig von ihrer Ethnie oder Nationalität. Dieser Strömung zugrunde liegend wurde 1963 auf einer Konferenz in Addis Abeba die Organisation für Afrikanische Einheit gegründet, die jedoch wenig politische Durchsetzungskraft hatte. Die Idee entstand in Westafrika und im transatlantischen Austausch mit der Karibik. In Ostafrika setzte diese Entwicklung erst später ein. Vgl. Marx: 2004, S. 227 und 230.

²⁰² Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 157.

²⁰³ Vgl. ebd., S. 165.

²⁰⁴ Vgl. Reinhard: 2008, S. S. 1.

²⁰⁵ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2009, S. 7-35, S. 8.

²⁰⁶ Vgl. Reinhard: 2008, S. S. 6.

²⁰⁷ Anmerkung: Antike und mittelalterliche Kolonien, werden in dieser Definition nicht mit eingeschlossen.

²⁰⁸ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2009, S. 16.

annektiert wurde, folgte die Umgestaltung oder der Aufbau neuer politischer Strukturen. Militär konnte ebenso eingesetzt werden, um Bereiche zu sichern oder politische Strukturen umgestalten. Einheimische und indigene Bevölkerung war darin eingeschlossen und wurde fortan mitregiert. Die Verwaltung vor Ort verblieb in Abhängigkeit zum sogenannten Kernland²⁰⁹, welches einen Besitzanspruch auf die Kolonie erhob.²¹⁰ Mit Kernland wird der Staat bezeichnet, zu dem eine Abhängigkeit oder Zugehörigkeit bei räumlicher Trennung bestand.

Der Kolonialismus erreichte im 19. und 20. Jahrhundert seinen Höhepunkt.²¹¹ Kolonialismus stellte einen wichtigen Faktor in einer umfassenden Geschichte globaler Vernetzung dar. Die neuzeitlichen Kolonialimperien bildeten Gebiete großräumiger Herrschaftsausübung. Sie schlossen verschiedene Weltteile in weitgespannte Interaktions- und Kommunikationsräume ein. Koloniale Kontrolle förderte die weltweite Zirkulation von Gütern unterschiedlicher Art, wie Kapital, Pflanzen, Ideen und kulturellen Praktiken und Mobilität, aber auch Krankheiten und Ideologien.²¹² Das britische *Empire* ging zu dieser Zeit in seinem politischen und wirtschaftlichen Wirkungsradius über ihre koloniale Komponente im strikten Sinne hinaus. Manchmal war ein Gebiet weder Kolonie noch Mandatsgebiet und fiel trotzdem in den Einflussbereich des britischen *Empires*. In einigen Teilen der Welt übte das britische *Empire* durch formelle koloniale Kontrolle seine Interessen aus. An anderer Stelle verhielt sich das *Empire* als Nachbar, zu einem wirtschaftlich attraktiv wirkendem Gebiet, außenpolitisch dominant. Der Unterschied lag darin, dass auf unterschiedlichen Wegen meist ähnliche Ergebnisse erzielt werden konnten. Es machte für die wirtschaftlichen Folgen der ausländischen Präsenz in einem überseeischen Land in der Regel keinen großen Unterschied, ob es eine Kolonie war oder ein nahezu-kolonialer, nur nominell souveräner Staat, der fremde Wirtschaftsinteressen nahezu unbehindert gewähren lassen musste und selbst keinen Einfluss auf zentrale binnen- wie außenwirtschaftliche Entscheidungen besaß.²¹³

Kurz nach dem Ersten Weltkrieg lebten, laut des französischen Ökonomen Arthur Girault, in Afrika 120 Millionen Menschen unter kolonialer Kontrolle. Weltweit war etwa die Hälfte des Festlandes mit Kolonien bedeckt, damit lebten mehr als 600 Millionen Menschen, zu dem Zeitpunkt etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung unter kolonialer Kontrolle.²¹⁴ Dieser Zeitraum liegt deutlich vor dem untersuchten Zeitraum, war allerdings für die geopolitisch involvierten

²⁰⁹ Anmerkung: In der Literatur wird meist der Begriff Mutterland verwendet, der sich ebenso gut mit Kernland ersetzen lässt und keine emotionale, existenzielle Abhängigkeit wie zwischen einer Mutter und ihren Kindern suggeriert. Eine Kolonie stand in einem anderen Abhängigkeitsverhältnis zum Kolonialstaat.

²¹⁰ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2009, S. 11.

²¹¹ Vgl. ebd., S. 26.

²¹² Vgl. ebd., S. 29.

²¹³ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2009, S. 26.

²¹⁴ Vgl. ebd., S. 27.

Staaten für die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen relevant. Laut Reinhard wurde unter Kolonialismus eine Entwicklungsdifferenz verstanden, da sich aus Entwicklungsunterschieden historische Folgen ergeben haben.²¹⁵

Heute besteht die Vereinigte Republik Tansania aus dem Festland und der Küstenzone vorgelegerten Inseln Sansibar, Pemba und Mafia.²¹⁶ Tansania grenzt im Süden an Mozambique, und Malawi, südwestlich an Sambia, westlich an Zaire und Burundi und im Norden an Kenia, Ruanda und Uganda. Das Land weist mehrere Klimazonen und Landschaftsformen auf, hinter dem Küstenstreifen steigt das Land zu einer Hochebene an. Im Südwesten besteht ein ausgeprägtes Berggebiet.²¹⁷ Im Norden befindet sich der Kilimandscharo, das höchste Bergmassiv Afrikas mit zum Teil aktiven Vulkanen. Die fruchtbaren Gebiete sind ungleichmäßig verteilt, was sich in der Bevölkerungsverteilung zeigt. Die bevorzugten Gebiete liegen an der Peripherie des Landes, die Landesmitte wird weniger genutzt.²¹⁸ Der Victoriasee, einer der größten Süßwasserseen der Welt, ist eine sehr ertragreiche Wirtschaftszone.²¹⁹

Die Bevölkerung in Tansania setzt sich aus etwa 120 verschiedenen Ethnien zusammen, über 90 Prozent von ihnen gehören zur Sprachgruppe der Bantu.²²⁰ Auf den Inseln leben viele Menschen aus Asien, Europa und dem mittleren Osten. Die hauptsächlich vertretene Religion ist der Islam, daneben gibt es Naturreligionen, das Christentum steht dabei an dritter Stelle.²²¹

Insgesamt hat Tansania neben der Branche der Textilverarbeitung wenig Industrie.²²² Seit den 1990er Jahren ist das Bruttoinlandsprodukt Tansanias pro Kopf in jeweiligen Preisen von knapp 200 US-Dollar auf fast 1200 im Jahr 2022 gestiegen, dieser Trend setzt sich fort.²²³ Deutschland hatte im Vergleich im Jahr 2021 ein BIP von 3570 Milliarden Euro und pro Kopf 42.918 Euro.²²⁴ Die Insel Sansibar exportiert Gewürznelken und gilt als wichtiger Zwischenhändler vom Festland weiter in den indischen Ozean sowie nach Europa und Amerika.²²⁵ Bereits vor

²¹⁵ Vgl. Reinhard: 2008, S. 2.

²¹⁶ Vgl. Halpern: 1991, S. 5.

²¹⁷ Vgl. ebd., S. 6.

²¹⁸ Vgl. ebd., S. 6.

²¹⁹ Vgl. ebd., S. 7.

²²⁰ Vgl. ebd., S. 9.

²²¹ Vgl. ebd., S. 10.

²²² Vgl. Herzog: 1986, S. 24.

²²³ Vgl. Statista: Internationale Länderdaten: Tansania: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2020 und Prognosen bis 2026, online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/372316/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-tansania/> zuletzt besucht: 16.03.2022.

²²⁴ Vgl. Statista: Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Wirtschaftswachstum online verfügbar unter: https://de.statista.com/themen/26/bip/#topicHeader_wrapper zuletzt besucht: 17.03.2022.

²²⁵ Vgl. Herzog: 1986, S. 24.

der deutschen Kolonialzeit herrschte Konkurrenz um die Insel, wegen des florierenden Gewürzhandels. Das Festland war wegen der reichen Vorkommen an Gold-, Diamanten und andere Edelsteinvorkommen für europäische Händler attraktiv.²²⁶

Der Portugiese Vasco da Gama landete als einer der ersten Europäer an der Küste Ostafrikas. 1498 bis 1593 entfaltete sich die portugiesische Vormachtstellung auf den Inseln. Doch sie fürchteten die arabische Konkurrenz und begannen auf dem Festland Krieg zu führen. Unter Vasco da Gama wurden viele Städte geplündert und Menschen gefoltert und hingerichtet.²²⁷ Aufstände brachen aus und vertrieben die portugiesische Kolonialmacht²²⁸ im Jahr 1631. Die arabische Bevölkerung zog sich ins Landesinnere zurück.²²⁹

Das preußisch-deutsche Kaiserreich war entschlossen, Kolonialpolitik zu betreiben und richtete sein Interesse auf Ostafrika. Davon versprach sich die Regierung wirtschaftlichen Aufschwung und innenpolitische Integration.²³⁰ Im Kaiserreich, 1871 unter Bismarck entstanden, herrschte zwischen 1850-1873 eine wirtschaftliche Hochkonjunkturphase, auf die 1879 eine Rezessionsphase folgte. Die Wirtschaft war auf stetiges Wachstum angewiesen, daher wurde die Exportpolitik vorangetrieben.²³¹ Es ging um die Monopolisierung von Absatzmärkten und Rohstoffquellen.²³²

Im November 1884 landete eine kleine Gruppe der sogenannten Gesellschaft für deutsche Kolonisation, kurz GfdK, auf der ostafrikanischen Insel Sansibar. Sie hatten den klaren Auftrag zur Gebietserwerbung, mit Möglichkeit der deutschen Vorherrschaft.²³³ Anführer der Expedition war der Pionier Carl Peters. Er hatte zuvor bereits ein Gebiet erobert, welches der dreifachen Größe Belgiens entsprach.²³⁴ Der herrschende Sultan trat kurz darauf sämtliche Souveränitätsrechte ab. Das betraf das alleinige Recht, Steuern und Zölle zu erheben, Recht über Justiz und das Recht eine bewaffnete Macht zu erschaffen.²³⁵

Im Jahr 1885 übergab die deutsche Regierung der GfdK einen sogenannten Schutzbrief unterzeichnet von Kaiser Wilhelm I, was als Auftakt der Eroberung galt.²³⁶ Der deutsche Kaiser

²²⁶ Vgl. Halpern: 1991, S. 20.

²²⁷ Vgl. Halpern: 1991, S. 26.

²²⁸ Anmerkung: In der Literatur wird Kolonialmacht verwendet. Der Begriff verdeutlicht die Vormachtstellung und das damit einhergehende Machtgefälle zwischen dem Kernland und dem abhängigen Gebiet. Vorzugsweise kann der Begriff Kolonialstaat genutzt werden, der weniger wertend ist. Im Folgenden wird daher auf den Begriff „Kolonialmacht“ verzichtet.

²²⁹ Vgl. ebd., S. 27.

²³⁰ Vgl. ebd., S. 31.

²³¹ Vgl. ebd., S. 30.

²³² Vgl. Herzog: 1986, S. 37.

²³³ Vgl. ebd., S. 38.

²³⁴ Vgl. ebd., S. 39.

²³⁵ Vgl. Halpern: 1991, S. 33.

²³⁶ Vgl. Herzog: 1986, S. 40.

stellte die Gebietserwerbung der Gesellschaft in Ostafrika, westlich von dem Reich des Sultans von Sansibar unter seine Kontrolle.²³⁷ Daraufhin wurde die Bevölkerung durch hohe Steuern unterdrückt. Wer das Geld nicht aufbringen konnte musste seinen Besitz verkaufen oder als Sklave*in arbeiten.²³⁸

Wie bereits beschrieben endete die deutsche Kolonialzeit mit dem Ersten Weltkrieg. Im August 1914 brachen Kämpfe gegen britische Truppen in Ostafrika aus. Im Jahr 1918 wich das Deutsche Heer zurück.²³⁹ Während dem Krieg starben in Deutsch-Ostafrika durch Kampfhandlungen, Seuchen und Hunger etwa 750.000 Menschen.²⁴⁰ Ab dem Jahr 1920 wurde Tanganjika Mandatsgebiet des Völkerbundes und stand unter britischer Verwaltung. Staatsrechtlich gehörte der Staat nicht zum britischen *Empire*, wurde allerdings in der Praxis wie eine Kolonie verwaltet. Der Staat erhielt den neuen Namen Tanganjika, wobei die Endsilbe „njika“ auf Swahili so viel bedeutet wie „ödes Land“. ²⁴¹ Wirtschaftlich nahm Tanganjika einen der letzten Plätze unter den Kolonien des Vereinigten Königreichs ein. Mit nur gering entwickelter Agrarproduktion und durch den Krieg verwüstet war es wenig attraktiv für Investitionen seitens der britischen Verwaltung.²⁴²

Um mit geringem Aufwand Gewinne und Rohstoffextraktion zu maximieren war es auf Dauer effizienter, Afrikaner*innen in das koloniale System einzubinden. Die britische Regierung setzte auf die Strategie der Einschüchterung, um Ausgaben weniger für militärische Präsenz einzusetzen.²⁴³ Grob lässt sich die Kolonialgeschichte in drei Phasen unterscheiden: Beginnend mit Terror über Ausbeutungs- und Ordnungsstaat, bis nach dem Zweiten Weltkrieg vom Entwicklungsstaat gesprochen werden kann.²⁴⁴ Das Vereinigte Königreich war in der Rolle des Kolonialstaats und mit der Ausübung routiniert. Das Kolonialamt in London begann in den 1920er Jahren die Administration nach dem Prinzip der indirekten Kontrolle zu etablieren. Hierbei war der Grundgedanke, Teile der Verwaltungsaufgaben an lokale politische Führer und Institutionen zu übergeben. Diese *Native Authorities* sollten als Organ der Kolonialadministration deren Anordnungen ausführen und erhielten dafür gewisse Eigenkompetenzen für kommunale Aufgaben ihrer Distrikte. Außerdem unterstanden ihnen dafür die lokalen Gerichte und ein Finanzfond.²⁴⁵

²³⁷ Vgl. Halpern: 1991, S. 34.

²³⁸ Vgl. ebd., S. 37.

²³⁹ Vgl. ebd., S. 42.

²⁴⁰ Vgl. ebd., S. 43.

²⁴¹ Vgl. ebd., S. 47.

²⁴² Vgl. ebd., S. 47.

²⁴³ Vgl. Marx: 2004, S. 156.

²⁴⁴ Vgl. ebd., S. 159.

²⁴⁵ Vgl. Halpern: 1991, S. 49.

Um loyale Bewohner zu erziehen, setzten die britische Regierung zusätzlich auf das Schulsystem. Das war allerdings weitestgehend auf die Interessen der Kolonialverwaltung abgestimmt. Die Oberschule war für Söhne der Sultane, Repräsentanten von ethnischen Gemeinschaften oder indigenen Gruppen und reichen Landeigentümern gedacht. Hier erhielten sie einen umfassenderen Unterricht der dazu diente, eine der Administration ergebende afrikanische Beamten-schaft auszubilden.²⁴⁶

Das Vereinigte Königreich verwaltete Tanganjika in der Praxis wie eine Kolonie. Die britische Regierung hatte nämlich das deutsche Steuersystem übernommen, was bedeutete, wer nicht zahlen konnte, musste seine Schulden abarbeiten. Zudem wurden Afrikaner*innen für öffentliche Arbeiten zwangsverpflichtet. Um 1930 wurde mit dieser Maßnahme der Eisenbahn- und Straßenbau vorangetrieben.²⁴⁷

Es bestand seitens der britischen Politik eine Verunsicherung, welche Maßnahmen gutgeheißen und welche Projekte unterbunden werden würden, da Tanganjika dem Vereinigten Königreich vom Völkerbund nur anvertraut war. Theoretisch hätte jederzeit ein neuer Beschluss bezüglich des Mandatsstaates fallen können. Das führte dazu, dass sich nur wenige europäische Farmer*innen und Geschäftsleute dort ansiedelten und wenig in die Infrastruktur investiert wurde. Weiße Plantagenbesitzer reformierten die einfachen Anbautechniken nicht und afrikanische Arbeiter*innen wurden weiterhin ausgebeutet.²⁴⁸ Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen waren damit nicht besser als unter deutscher Verwaltung. Allerdings schufen Plantagenbesitzer*innen im Jahr 1923 in der Kilimanjaro Planters Association, kurz KPA, eine eigene Organisation als Interessenvertretung gegenüber der Kolonialadministration.²⁴⁹ Gewerkschaften entstanden aus Plantagenarbeiter*innen, im Bereich Bergbau, Hafen und Verkehr.²⁵⁰ Die Bildung von Interessensgemeinschaften war eine Möglichkeit sich gegen das Kolonialsystem zu behaupten. Es war der erste Schritt für eine emanzipierte, politische Bürgervertretung.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte das Vereinigte Königreich stark getroffen, daher versuchte die Regierung ihre eigene Wirtschaft durch verstärktes Nutzen der Erträge aus den Kolonien zu kompensieren.²⁵¹ Dort aufkommende Streiks und Forderungen nach Lohnerhöhung, Krankengeld oder Urlaub wurden zurückgewiesen, was das Maß an Unzufriedenheit weiter steigerte.²⁵²

²⁴⁶ Vgl. ebd., S. 51.

²⁴⁷ Vgl. ebd., S. 54.

²⁴⁸ Vgl. ebd., S. 53.

²⁴⁹ Vgl. Herzog: 1986, S. 83.

²⁵⁰ Vgl. ebd., S. 90.

²⁵¹ Vgl. Halpern: 1991, S. 56.

²⁵² Vgl. Herzog: 1986, S. 92.

Während des Zweiten Weltkriegs waren afrikanische Nahrungsmittel und Rohstoffe für das Vereinigte Königreich wichtig, besonders da einige Staaten Europas, Ost- und Südasiens und Ozeaniens unter faschistischer Einflussnahme standen. Tanganjika wurde, während des Kriegs Rekrutierungsgebiet für Arbeiter*innen und Soldat*innen, ohne Rücksicht auf afrikanische Hungersnöte und Epidemien, die sich weiter ausbreiteten.²⁵³ Allerdings wurde Tanganjika nicht zum aktiven Kriegsschauplatz, wie im Ersten Weltkrieg.²⁵⁴

4.3 Ein beschwerlicher Weg in die Unabhängigkeit

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs rückte die Unabhängigkeit des Landes Tanganjika für die Bewohner in realistische Nähe. Die Mobilisierung der breiten Bevölkerung, die dieses Ziel anstrebten, war dabei essentiell.²⁵⁵ Nur geschlossene, politische Organisationen konnten zu dauerhafter Veränderung führen. Die Nationalbewegung die besonders seit Mitte der 1950er Jahre unter dem Leitsatz „Freiheit und Einheit“ im Gange war, wurde besonders mitgetragen von der 1929 gegründeten *African Association* und den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die *African Association* fand die erste Basis in Städten.²⁵⁶ Diese kleinsten politischen Einheiten entstanden ab den 1920er Jahren und bis in die 1940er Jahre hinein, wie beispielsweise die 1924 gegründete *Bahaya Union* der Wahaya an der Westküste des Victoria-Sees. Ziel dieser Vereinigungen war die Förderung des Zusammenhalts der ethnischen Gruppen, ihre Aktionen beschränkten sich meist auf den Sozialbereich innerhalb der jeweiligen Region.²⁵⁷ Der Ausbau der politischen Organisationen und Parteien blieb vorerst beschränkt und einzelne Ortsgruppen blieben relativ autonom, wegen schlechter Verkehrsbedingungen, mangelnden Kommunikationswesens, minimaler Urbanisierung und mangelnder Alphabetisierung. Das Fehlen einer afrikanischen Presse machte sich hier bemerkbar.²⁵⁸ Durch Berichterstattung und öffentliche Diskussion kann das politische Geschehen beeinflusst werden. Medien wie Presse und Rundfunk tragen als sogenannte publikative Gewalt zur Meinungsbildung der Bevölkerung bei. Durch das Aufbereiten von Informationen und die Verbreitung in der Gesellschaft können politische Skan-

²⁵³ Vgl. Halpern: 1991, S. 60.

²⁵⁴ Vgl. ebd., S. 62.

²⁵⁵ Vgl. Herzog: 1986, S. 109.

²⁵⁶ Vgl. ebd., S. 133.

²⁵⁷ Vgl. Halpern: 1991, S. 63.

²⁵⁸ Vgl. ebd., S. 67.

dale offengelegt werden und demokratische Bestrebungen somit unterstützt werden. Im Kontext der Unabhängigkeit war eine gut aufgestellte Medienlandschaft von Vorteil, um Menschen in entlegenen Regionen über das tägliche Geschehen zu informieren. Erfolge zu teilen war wichtig für die Moral und Probleme aufzuzeigen ebenso relevant für die teilnehmenden Aktivist*innen auf dem Weg in die Unabhängigkeit.

Im Jahr 1940 traf sich die *African Association* zu einem Kongress in Daressalam mit sieben Vorsitzenden von Organisationen, die sich für afrikanische Unabhängigkeit einsetzten. Ihr Ziel war es eine Körperschaften bilden zu dürfen, um ihre Interessen vertreten zu können. Dazu beanspruchte die *African Association* politische Mitbestimmung in der Regierung, was ihnen verwehrt wurde.²⁵⁹ Nach 1945 schlossen sich zu diesem Zweck immer mehr Genossenschaften zusammen.²⁶⁰ Die Entwicklung, dass sich alle politischen Interessensgemeinschaften zusammenschlossen, lief in die Richtung eines Einparteienstaates. Bereits im Jahr 1953 wurde allen Beamten verboten, einer politischen Organisation anzugehören.²⁶¹

Auf dem Jahreskongress 1954 der *Tanganyika African National Union*, kurz TANU, wurde Mwalimu Julius K. Nyerere von den Delegierten zum Präsidenten der Partei gewählt.²⁶² Die Partei setzte sich als Ziel die Kolonialisierung zu beenden.²⁶³ Ihr oberstes Ziel war Freiheit, wobei diese von Parteimitgliedern, Aktivist*innen und Bürger*innen unterschiedlich interpretiert wurde.²⁶⁴ Immer mehr Streiks zeigten, dass sich die politische Lage Tanganjikas grundlegend verändern würde. Die britische Verwaltung entschied daraufhin einen „Legislativrat“ zu schaffen, in dem afrikanische Vertreter*innen ein Stimmrecht haben sollten, zur Mitbestimmung in allen Fragen die Kolonie betreffend. Durch eine Quotenregelung wurde die Mehrheit jedoch durch britische Kolonialbeamte gesichert.²⁶⁵ Die afrikanischen Vertreter*innen sollten durch freie Wahlen von der Landesbevölkerung gewählt werden können. Die britische Regierung versuchte demokratische Wahlen zu verhindern. Bei den abgehaltenen Wahlen war ein Wahlrecht an ein Mindesteinkommen gekoppelt. Das wiederum war allerdings nur mit einer höheren Schulbildung zu erreichen. Damit wurden gezielt gewisse Bevölkerungsgruppen von den Wahlen ausgeschlossen. London stand damit immer mehr unter Druck unter der internationalen Öffentlichkeit und dem Treuhandrat und musste den Wahlvorgang zum Legislativrat zunehmend demokratischer gestalten.²⁶⁶

²⁵⁹ Vgl. ebd., S. 64.

²⁶⁰ Vgl. Herzog: 1986, S. 122.

²⁶¹ Vgl. ebd., S. 136.

²⁶² Vgl. Halpern: 1991, S. 65.

²⁶³ Vgl. Herzog: 1986, S. 137.

²⁶⁴ Vgl. ebd., S. 138.

²⁶⁵ Vgl. Halpern: 1991, S. 67.

²⁶⁶ Vgl. ebd., S. 68.

Die Wahlen im Jahr 1958 wurden in Raten abgehalten, damit der Kolonialstaat die Kontrolle über die Situation behielt und zog sich dadurch über Monate.²⁶⁷ 1959 gewann die TANU 28 der 30 zu vergebenen Sitzen, 1960 waren es 70 von 71 Sitzen.²⁶⁸ Die Administration erkannte den gesellschaftspolitischen Wandel nach den Wahlerfolgen der TANU an und schwenkte von Konfrontation auf Kooperation. Richard Turnbull, im Jahr 1958 der Gouverneur Tanganjikas, eröffnete den Legislativrat mit einer Rede in der er sagte, dass Tanganjika in Regierung und Legislative vor allem durch Afrikaner*innen besetzt werden sollte. Im März 1959 gab Turnbull bekannt, dass Tanganjika die innere Selbstverwaltung, die sogenannte *Responsible Government*, erhalten würde.²⁶⁹ Der Gouverneur hatte es mit der Realisierung der inneren Selbstverwaltung nicht eilig.²⁷⁰ Im Dezember 1959 kündigte er an, dass die Umsetzung der Selbstverwaltung nach den nächsten Wahlen folgen solle.²⁷¹ Bei den Wahlen im August 1960 erhielt die TANU 82,8 Prozent aller Stimmen. Von den 71 Sitzen wurden 58 von TANU oder von ihr unterstützen Kandidaten besetzt.²⁷²

Der Treuhandrat akzeptierte, dass die Unabhängigkeit Tanganjikas im Dezember 1961 umgesetzt werden sollte.²⁷³ Am 27. März 1961 fand in Daressalam die Verfassungskonferenz statt, dort sollten die Modalitäten für die Übergabe der Regierung ausgehandelt werden. Als Resultat erhielt Tanganjika fünf Wochen später die volle innere Selbstverwaltung als erstes Land der Region. Der Legislativrat wurde zur Nationalversammlung und Mwalimu Julius K. Nyerere wurde Premierminister. Der Gouverneur schied aus der Regierung aus, blieb aber Staatsoberhaupt und behielt die Entscheidungsbefugnisse über außenpolitischen Beziehungen und Armee.²⁷⁴ Die Unabhängigkeitsverfassung entsprach im Wesentlichen einer konstitutionellen Monarchie. Tanganjika musste die englische Krone als Staatsoberhaupt anerkennen, die in Tanganjika dem Gouverneur entsprach. Alle Gesetzesänderungen benötigten seiner Zustimmung.²⁷⁵

Mit der Unabhängigkeit ergaben sich ganz neue Herausforderungen für Nyerere. Nun galt es, nicht nur Hunger und Elend zu bannen, sondern auch Bildung und Kultur zu entfalten. Es sollte

²⁶⁷ Vgl. Herzog: 1986, S. 159.

²⁶⁸ Vgl. Halpern: 1991, S. 68.

²⁶⁹ Vgl. Herzog: 1986, S. 162.

²⁷⁰ Vgl. ebd., S. 163.

²⁷¹ Vgl. ebd., S. 164.

²⁷² Vgl. ebd., S. 165.

²⁷³ Vgl. Luard: 1989, S. 129.

²⁷⁴ Vgl. Herzog: 1986, S. 165.

²⁷⁵ Vgl. ebd., S. 180.

möglichst schnell einen sozialen Fortschritt geben.²⁷⁶ Bislang hatte das Schlagwort Dekolonisation im Mittelpunkt gestanden, was die Abschaffung des kolonial-herrschaftlichen Machtapparates und seiner Strukturen meinte. Allerdings fehlte es an Fachkräften für Staat und Verwaltung. Dieses Problem hatten viele neuen freien Staaten. In Tanganjika war es insofern besonders, da nur rund 6000 Schüler*innen eine Oberschule besuchten und das Land keine Universität hatte. Für den Staats- und Verwaltungsapparat war das Problem dringlich.²⁷⁷

Des Weiteren war die Partei dafür geeignet, die Unabhängigkeit zu erkämpfen, nicht ein Land zu regieren. So gingen viele Mitglieder der TANU nach der Unabhängigkeit ins Ausland, andere wechselten in die Verwaltung, wo sie mehr Aufstiegschancen sahen.²⁷⁸ Die regierende Partei verlor damit viele Politiker*innen und um diesen Herausforderungen entgegenzutreten, wurde die Innenpolitik weiter verändert. 1962 trat eine neue Verfassung in Kraft. Tanganjika wurde zur Republik, was ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur nationalen Staatlichkeit war.²⁷⁹ Im Jahr 1963, nur wenige Wochen nach der Ausrufung der Republik, wurde eine Kommission zusammengestellt, um die Umwandlung zum Einparteiensstaat auszuarbeiten. Nyerere kritisierte das europäische Mehrparteiensystem, da sich die Demokratie in Opposition und im Kampf um möglichst viele Parlamentssitze erschöpfe. Kleine politischen Grüppchen versanken daraufhin in Bedeutungslosigkeit. Die Entwicklung steuerte damit weiter in Richtung eines sozialistischen Gesellschaftssystems.²⁸⁰

Die TANU propagierte die Gleichheit aller Landesbewohner. Die Armee unterstützte die *Tanganyika Federation of Labour*, den ersten gewerkschaftlichen Dachverband, kurz TFL, da sie eine schnelle Afrikanisierung des Heeres forderten. In dieser Phase manifestierten sich Zielkonflikte mehrerer Oppositionsparteien. Im Jahr 1964 kam es zu einem Militärputsch. Nyerere rief die britische Armee zu Hilfe, wofür er sich später rechtfertigen musste. Daraufhin wurde die TFL aufgelöst. Die Arbeiterschaft wurde durch die Schaffung der Einheitsgewerkschaft *National Union of Tanganyika Workers*, der NATU, der Führung der Partei unterstellt.²⁸¹

Am 5. Juli 1965 wurde eine neue politische Verfassung beschlossen. Das Parlament hielt sich an die Kommission, die 1963 eingesetzt wurde. Tansania war nun offiziell ein Einparteiensstaat.

Die ökonomische Situation Tansanias nach seiner Unabhängigkeit war krisenhaft. Der Einfluss ausländischer Investoren auf die heimische Wirtschaft war groß. In den Städten entfaltete sich

²⁷⁶ Vgl. ebd., S. 169 f.

²⁷⁷ Vgl. ebd., S. 176.

²⁷⁸ Vgl. Halpern: 1991, S. 74.

²⁷⁹ Vgl. Herzog: 1986, S. 180.

²⁸⁰ Vgl. ebd., S. 182.

²⁸¹ Vgl. Halpern: 1991, S. 76.

eine neue Elite, aus Beamten und Staatsangestellten.²⁸² Nyereres Sozialismus und Wunsch nach Gerechtigkeit für alle stieß an seine Grenzen. Es wurde notwendig eine klare Ideologie für Wirtschaft und die soziale Entwicklung des Landes zu formulieren. In den Jahren nach der Unabhängigkeit war es weder gelungen, ein Modell einer sozialistischen afrikanischen Gesellschaft zu entwickeln, noch die Widersprüche einer weitgehenden kolonialen Struktur in Landwirtschaft, Industrie und Handel zu überwinden. Im Jahr 1967 tagte das Nationale Exekutivkomitee der TANU in Arusha.²⁸³

Für viele wurde die Erklärung von Arusha als Gründerdokument für einen afrikanischen Sozialismus angesehen.²⁸⁴ Dort hieß es etwa, dass eine leitende Person der TANU Bauer oder Bäuerin oder Arbeiter*in sein müsse, keine Aktien besitzen und nicht mehrere Monatsgehälter beziehen dürfe. Zudem durfte er oder sie kein/e Geschäftsführer*in in der Privatwirtschaft sein.

5. Petitionen als Instrument gegen den Treuhänder

5.1 Die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Treuhänder durch Petitionen

Tanganjika unterschied sich von anderen abhängigen, britischen Gebieten wie den Kolonien, da es Treuhandgebiet war.²⁸⁵ Damit war das Vereinigte Königreich als Treuhänder für das Land verantwortlich und unterstand internationalem Recht.²⁸⁶ Eines der wichtigsten Instrumente für die Einheimischen gegen die Verwaltungsmacht in Tanganjika vorzugehen, waren Petitionen, die bei der UNO bzw. dem Treuhandrat direkt eingereicht wurden. Dadurch hatte Tanganjika ganz andere Möglichkeiten der Kommunikation mit seinem verwaltenden Staat, um auf Missstände hinzuweisen. In Kolonien war das nicht möglich.²⁸⁷

In den ersten Jahren des Bestehens des Treuhandrats wurde jeglicher Schriftverkehr als Petition definiert, solange es die Treuhandgebiete betraf und nicht im Konflikt mit einem Gerichtsbeschluss stand.²⁸⁸ So wurden zwischen 1947 und 1961 vom Treuhandrat mehr als 21.000 Petiti-

²⁸² Vgl. ebd., S. 86.

²⁸³ Vgl. ebd., S. 87.

²⁸⁴ Vgl. ebd., S. 89.

²⁸⁵ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 1.

²⁸⁶ Vgl. ebd., S. 291.

²⁸⁷ Vgl. ebd., S. 1.

²⁸⁸ Vgl. ebd., S. 27.

onen akzeptiert. Mehrere Schreiben, die das gleiche Problem betrafen, wurden zusammengefasst. Während der ersten zehn Jahre beschäftigte sich der Treuhandrat etwa mit 350 Petitionen pro Jahr.²⁸⁹

Im Jahr 1952 wurde ein Komitee zur Prüfung der Petitionen eingerichtet. Sie unterschieden den Schriftverkehr fortan für eine oder mehrere Treuhandgebiete zwischen Brief, Telegramm oder Memorandum. Nicht alles, was ein Treuhandgebiet sendete, musste als Petition definiert werden, die Einsendekriterien wurden jedoch nicht verändert. Es gab generelle Nachrichten an den Rat, Beschwerden, Aufzeigen von Missständen und Anliegen an das Komitee.²⁹⁰ Es wurde des Weiteren in allgemeine Kommunikation, anonyme und unbedeutende Petitionen unterschieden.²⁹¹ Bei den Verfasser*innen handelte es sich laut der behandelten Literatur ausschließlich um Männer, meist aus der afrikanischen Elite. Sie repräsentierten Institutionen oder Individuen.²⁹² Frauen könnten trotzdem an Schreiben mitgewirkt oder sie indirekt mitverfasst haben. Durch das diskutieren von Problemen und lokalen Aktivismus. Die politischen Repräsentanten waren im behandelten Zeitraum und Ort jedoch weitestgehend männlich.

Seit Mitte der 1950er Jahre erhielt der Treuhandrat besonders viele eingesendeten Petitionen. Zwischen 1958 und 1961 entstanden zwischen 17.000-21.000 Petitionen aus allen Treuhandgebieten.²⁹³ Für dieses Ausmaß an Anfragen gab es allerdings zu wenig Personal und zur Verfügung stehende Zeit für die Bearbeitung, denn die Verhandlungen dauerten lange.²⁹⁴ Unter den Petitionen gab es sehr individuelle und persönliche Anfragen und teilweise wurden Petitionen zu einem Problem mehrfach geschickt.²⁹⁵

Bis zum Jahr 1961, als Tanganjika unabhängig wurde, hatte die UNO 355 Petitionen aus Tanganjika bearbeitet. Im Jahr 1951 lag der Höchstwert bei 57 Petitionen, 1949 wurden 49 Petitionen bearbeitet und im Jahr 1950 wurden nur sieben Petitionen aus Tanganjika bei der UNO eingereicht. Nicht alle eingereichten Dokumente wurden als offizielle UNO Petitionen klassifiziert. Die meisten Petitionen wurden ab 1949 von Afrikaner*innen verfasst.²⁹⁶ Petitionen konnten in die Hauptstadt nach Dar es Salaam geschickt werden, wo sie gesammelt wurden. Wenn möglich sollten die Schriften in Swahili und mit einer englischer Übersetzung eingereicht werden.²⁹⁷

²⁸⁹ Vgl. ebd., S. 29.

²⁹⁰ Vgl. ebd., S. 32.

²⁹¹ Vgl. ebd., S. 33.

²⁹² Vgl. ebd., S. 153 f.

²⁹³ Vgl. ebd., S. 29.

²⁹⁴ Vgl. ebd., S. 34.

²⁹⁵ Vgl. ebd., S. 35.

²⁹⁶ Vgl. ebd., S. 151.

²⁹⁷ Vgl. ebd., S. 139.

Als Maßnahme auf die Petitionen wurden im Jahr 1948 erstmals UNO Inspektor*innen nach Ostafrika entsandt, um die Treuhandgebiete zu besuchen. Die erste Mission in Tanganjika dauerte 44 Tage und war damit die längste. Die kürzeste dauerte 21 Tage im Jahr 1960.²⁹⁸ Insgesamt gab es fünf Besuche.²⁹⁹ Die Inspektoren besuchten Institutionen, wie Schulen und Krankenhäuser, regionale Behörden und suchten den Kontakt mit der Bevölkerung beispielsweise auf Kaffee- und Teeplantagen. Dazu kam eine eher informelle Methode in Form von politischen Diskussionen bei Teepartys und Abendessen.³⁰⁰ Für die Bevölkerung war der Besuch der UN-Delegierten ein außergewöhnliches Ereignis. Regionale Politiker nutzen die aufmerksame Weltpresse, um gezielt Demonstrationen und politische Veranstaltungen zu organisieren.³⁰¹ Für die Bevölkerung waren die Besuche eine Möglichkeit, mit einer internationalen Organisation in Kontakt zu kommen und ihre ganz persönlichen Probleme vorzutragen.³⁰²

Kein anderes Problem wurde so häufig in den Petitionen an das Komitee des Treuhandrats thematisiert wie das Problem über die Aufteilung von Land.³⁰³ Die Einheimischen befürchteten, dass die koloniale Regierung ihr Land an weiße Siedler*innen verteilen und ihre eigenen Bedürfnisse nicht berücksichtigt werden würden. Für die Afrikaner*innen hatte das politische und ökonomische Bedeutung. Afrikanische Repräsentanten*innen³⁰⁴ reichten Beschwerden ein, denn immer wieder kam es zu Konflikten zwischen weißen und schwarzen Siedler*innen.³⁰⁵ Der Ursprung der Konflikte lag weiter zurück in der Kolonialzeit. Über lange Zeit bedeutete Grundbesitz die größte Wohlstandsquelle³⁰⁶ und war in erster Linie Lebensgrundlage. Es kam nicht oft zu Zwangsumsiedlungen, wenn es dazu kam, hinterließ es tiefe psychische Spuren bei den Betroffenen.³⁰⁷

Im Ersten Weltkrieg siegte die britische Armee und eroberte das Land 1918 von den Deutschen. Die britische Regierung übernahm daraufhin die bestehenden Besitzrechte. Damit schwand der politische Einfluss der deutschen Siedler*innen. Die Landverordnung von 1923 besagte, dass alles Land – genutzt oder nicht – öffentliches Land sei. Das Land stand unter internationalem

²⁹⁸ Vgl. ebd., S. 67 f.

²⁹⁹ Vgl. ebd., S. 138.

³⁰⁰ Vgl. ebd., S. 70 f.

³⁰¹ Vgl. ebd., S. 103.

³⁰² Vgl. ebd., S. 137.

³⁰³ Vgl. ebd., S. 290.

³⁰⁴ Anmerkung: Die meisten politisch aktiven Personen, die als Repräsentanten für eine Gruppe standen waren männlich. Etwas anderes lässt sich aus der verwendeten Literatur nicht entnehmen.

³⁰⁵ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 290.

³⁰⁶ Vgl. Linda Scott: Das weibliche Kapital, München 2020, S. 30.

³⁰⁷ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 291.

Recht, durch die Verwaltung des Treuhandrats. Das Vereinigte Königreich war als Treuhänder für das Gebiet in Tanganjika verantwortlich, aber besaß es nicht wie eine Kolonie.³⁰⁸ Der Gouverneur verwahrte sozusagen das Land im Auftrag der Einheimischen und kontrollierte die Landübertragung. Einheimische konnten Land nicht verkaufen und Nicht-Einheimische konnten Land nur von der Regierung pachten. Dies war allerdings nur möglich, wenn die Pacht eines Nicht-Einheimischen einen Mehrwert für die ansässige, afrikanische Bevölkerung bedeutete.³⁰⁹ Für die Einheimischen war jeder Meter, den sie verloren zu viel. Sie mussten erst ein effektives System entwickeln, um ihren Einfluss zu nutzen und sich aktiv einsetzen zu können.³¹⁰

Im Jahr 1950 wurden 146 einheimische Familien nahe Songea mit Zwang umgesiedelt, da an die Stelle ihres Wohnorts ein neues Wasser und Wald Reservat gebaut werden sollte. Nach dem Einreichen ihrer Petition wurden Interviews mit den Betroffenen geführt. Daraufhin wurde mit dem Gouverneur über sechs Monate verhandelt, jedoch vergeblich. Den Betroffenen wurde mitgeteilt: „If they don't move they will be driven away by force like animals.“³¹¹ Jene, die zurückkommen würden, sollten verurteilt und ihr Eigentum von der Regierung zerstört werden.³¹² Diese verschriftlichen Aussagen von Verantwortlichen machen deutlich, wie das Verhältnis zwischen den Vertretern des Treuhänders vor Ort und den Bewohnern, insbesondere der indigenen Bevölkerung war. Die Abwertung in der Aussage sie würden „wie Tiere“ zwangsumgesiedelt werden, macht das deutlich. Ebenso der Wortlaut, dass sie „abtransportiert“ werden würden und ihr Besitz zerstört werden würde, würden sie nicht freiwillig gehen, zeigt, dass es hier keine Wahlmöglichkeit für die Bevölkerung gab. Durch die aktive Drohung demonstriert der Gouverneur seine Machtposition. Was zusätzlich deutlich wird ist die Hierarchie zwischen Zugewanderten aus europäischen Kolonialimperien und der indigenen Bevölkerung.³¹³ Der Treuhandrat griff nicht in diese Situation ein. Der Konflikt wurde zuletzt regional ausgetragen, in den Verhandlungen mit dem Gouverneur, die UN-Delegierten hatten darauf keinen Einfluss.

Es gab auch afrikanische Landbesitzer, die sich von den kolonialen Regelungen lösen wollten, um mit Land zu handeln.³¹⁴ Petro Ndarboi probierte 1951 mit privaten Petitionen Profit zu

³⁰⁸ Vgl. ebd.

³⁰⁹ Vgl. ebd., S. 292.

³¹⁰ Vgl. ebd., S. 299.

³¹¹ Zit. n. ebd., S. 315.

³¹² Vgl. ebd.

³¹³ Vgl. Dag Nikolaus Hasse: Was ist europäisch? Zur Überwindung kolonialer und romantischer Denkformen, Ditzlingen 2021, S. 95. [Im Folgenden zitiert als: Hasse: 2021.]

³¹⁴ Vgl. ebd., S. 309.

schlagen, indem er versuchte, seine verlorene Bananenplantage von der Regierung zurückzuerhalten. Während er im Zweiten Weltkrieg als Soldat diente, okkupierte jemand sein Land. Dafür verlangt er eine große Summe Geld, nämlich 6000 Schilling³¹⁵ anstatt 142 Schilling, die es tatsächlich Wert war, oder alternativ ein großes Haus mit sechs Zimmern.³¹⁶

Die größte Petition aus Tanganjika wurde 1951 von 4000 Luguru eingereicht. In ihrem Anliegen ging es darum, eine Kirche auf ihrem Land errichten zu dürfen. Im Jahr 1951 wurde das Kirchenland an eine Tee-Farm verkauft. Die einheimische Bevölkerung fühlte sich von den Missionaren verraten. Ihnen wurde mitgeteilt, dass alle Gebäude innerhalb eines Jahres abgetragen werden sollten.³¹⁷

Diese Beispiele zeigen, dass die Bewohner*innen durchaus unterschiedliche Erfragungen mit der Verteilung von Land machten. Der Einfluss, den sie durch das Einreichen von Petitionen hatten, war allerdings gering. Die Verhandlungen auf regionaler Ebene, wie mit dem Gouverneur waren ähnlich ineffizient, wie das hinzuziehen des Treuhandrats.

Der bekannteste Fall war jener der Volksgruppe Wa-Meru³¹⁸. Sie brachten ihr Anliegen bis zum UNO Treuhandrat und stellten ihre Situation dem Petitions-Komitee vor. Seit 1912 wurde das Gebiet um den Kilimanjaro und der Meru-Region, welches etwa 5000 Hektar umfasste, von Siedler*innen bewohnt. Im Ersten Weltkrieg wurden 88.000 Hektar des Meru Land an 478 europäische Siedler*innen vergeben, die fast 22.000 Meru wurden umgesiedelt. Das hinterließ eine tiefe psychische Verletzung.³¹⁹

Der Meru Fall brachte mehrere Konfliktthemen zusammen. Die deutsche, koloniale Landpolitik, die Differenz zwischen der Entwicklung der Region durch die Hilfe von europäischen Siedler*innen und den Interessen der Einheimischen, die Interessen des britischen Treuhänders und die gut organisierte Umsiedlung, welche die Einheimischen motivierte, noch energischer für ihre Interessen einzustehen.³²⁰

³¹⁵ Anmerkung: Der Ostafrikanische Schilling war zwischen 1921 bis 1969 als Währung in Tanganjika aktiv. 20 Schilling entsprachen etwa 1 Pfund Sterling.

³¹⁶ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 305.

³¹⁷ Vgl. ebd., S. 310 f.

³¹⁸ Anmerkung: In der Literatur und den UNO Dokumenten wird teilweise von Meru als Ethnie oder dem *Wa-Meru-tribe* gesprochen. Meru war der Name des Berges in dessen Region die Mitglieder dieser ethnischen Gemeinschaft lebten. Die Vorsilbe *Wa* bedeutet Menschen. Auf eine direkte Übersetzung in Wa-Meru-Stamm wird verzichtet, da dieser Begriff aus evolutionstheoretischer Sicht negativ konnotiert ist.

³¹⁹ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 292 f.

³²⁰ Vgl. ebd., S. 316.

5.2 Treuhanddokumente aus den Jahren 1949 bis 1951: Die Petitionen der Wa-Meru

Am 8. Oktober 1951 erreichte eine Petition der ethnischen Gemeinschaft Wa-Meru den Treuhandrat in New York. Im Schreiben vom 13. September gleichen Jahres werden drei Punkte als dringliche Missstände knapp vorgestellt. Zuallererst sei der Bildungsstandard im ganzen Land sehr gering. Des Weiteren komme es seit 1948 immer wieder zu Unruhen und Uneinigkeiten in der Bevölkerung. Die Regierung bemühe sich zwar dem entgegenzuwirken, was bisher wenig Wirkung gezeigt hatte. Das Problem sei die geringe Bildung, die jegliches Interesse an Zukunftsvisionen und Motivation zur Mitgestaltung des Landes zurückhielte. Zudem seien die Kosten für Bildung immens gestiegen, bevor sich ein langfristiger Benefit für die Gesellschaft eingestellt hatte.³²¹ Ein angemessener Bildungsstandard war in Tanganjika zu Beginn der 1950er Jahre noch nicht gewährleistet.³²²

Im dritten Punkt wurde gebeten Grundstücke nicht zu veräußern, damit Kinder einen Ort zum Leben haben.³²³ Dieses Problem wurde bereits in einem Brief vom 23. August des gleichen Jahres erwähnt.³²⁴ Der Brief wurde am 14. September von der UNO bearbeitet. Hier schilderte der Repräsentant der Meru, dass die Umsiedlung von 3000 Familien bevorstehe, weil das Land auf dem sie lebten, anderweitig von der Regierung verwendet werden sollte.³²⁵ Am 7. Juni 1949 erhielten die Repräsentanten der Meru, Munya Lengoroi, Maasa Makyia und M.S. Isak, den Report, dass sie von ihrem Land Engare Nanyuki umgesiedelt werden würden.³²⁶

Bekanntmachungen wurden im Allgemeinen in lokalen Postämtern und administrativen Gebäuden ausgehängt.³²⁷ So hatte die Regierung die Pläne über die Umsiedlung den regionalen Behörden mitgeteilt, die unter dem Druck von oben nachgaben.³²⁸ Die Umsiedlung war von der britischen Regierung bereits komplett durchgeplant.³²⁹ Daraufhin wandten sich die Meru mit einer Petition an die UNO.³³⁰ Damit wurde das Problem auf eine neue Stufe gehoben. Die Meru hatten die Hoffnung, dass die UNO die Autorität besäße, die Umsiedlung zu verhindern.³³¹

³²¹ Vgl. T/Pet.2/142/ 8. Oktober 1951, Native Court Poli, Arusha, 13. September 1951, S. 2.

³²² Vgl. Lohrmann: 2007, S. 215.

³²³ Vgl. T/Pet.2/142/ 8. Oktober 1951, Native Court Poli, Arusha, 13. September 1951, S. 3.

³²⁴ Vgl. T/Pet.2/142/14. September 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha. T.T. 23. August 1951, S. 2.

³²⁵ Vgl. ebd.

³²⁶ Vgl. ebd.

³²⁷ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 139.

³²⁸ Vgl. ebd., S. 321.

³²⁹ Vgl. ebd., S. 325.

³³⁰ Vgl. ebd., S. 329.

³³¹ Vgl. ebd., S. 332.

Die Hintergrundgeschichte wird im Schreiben vom 12. September erläutert.³³² Während der deutschen Kolonialzeit wurden den Meru zwei Bauernhöfe entzogen. Im Schreiben werden die Farm Nummer 31 Kilimambuzi und Nummer 328 Leguruki genannt. Nachdem die deutschen Soldaten im Ersten Weltkrieg von den britischen in Deutsch-Ostafrika besiegt worden waren und sie das Land verließen, forderte die britische Treuhandverwaltung eine Ablöse für die erbauten Gebäude. Über mehrere Jahre zahlte die Gemeinschaft der Meru den Preis für die Gebäude und das dazugehörige Land. Im Jahr 1951 hatten sie die geforderte Zahlung abgeschlossen und das Land gehörte den Meru. Im gleichen Jahr sollte die Umsiedlung stattfinden.³³³ Im Schreiben vom 12. September 1951 schildern die Autoren, wie am 7. Juni 1949 der Bezirkskommissar Herr Troup den Bewohner*innen vor Ort mitteilte, dass sie von Eng. Nanyuki nach Kingori und Ongatoongoshu umgesiedelt werden würden. Auf die Nachfrage erklärte Troup, es sei ein Regierungsbefehl gemäß dem Bericht von Richter Wilson über die Landverteilung.³³⁴ In diesem Schreiben wird emotionale Komponente sichtbar gemacht, die mit der aufoktroyierten Umsiedlung für die Bevölkerung einhergeht. Die dargestellte Emotionalität soll mit Nachdruck die Relevanz und den Stellenwert des Problems für die Bevölkerung sichtbar machen. Diese Reaktion wird in der schriftlichen Fassung an den Treuhandrat detailliert dargestellt, da sich die Verfasser*innen dadurch möglicherweise einen größeren Effekt der Reaktion des Treuhandrats erhoffen. Daraufhin wurden Abgesandte des UNO Treuhandrates nach Tanganjika geschickt, um die Lage vor Ort zu untersuchen. Seit dem Report der Regierung Anfang Juni 1949 versucht die Meru-Gemeinschaft die Regierung umzustimmen. Mit diesem Schreiben wurde die Unterstützung der übergeordneten Institution gefordert.³³⁵ Im Schreiben heißt es, dass die UN-Delegierten von den Meru als „vom Heiligen Vater gesandt“ empfunden werden. Diesen wird damit die Fähigkeit zugesprochen die Umsiedlung zu verhindern, damit die Meru in ihrem „Mutterland Engare-Nanyuki“ bleiben können.³³⁶ Der hier verwendete Begriff Mutterland hat eine andere Bedeutung als im kolonialen Abhängigkeitssystem des Imperialismus. Hier wird die Region gemeint, in der die Meru sich beheimatet fühlen. Die Bewohner*innen sahen in der Kontaktaufnahme mit dem Treuhandrat die letzte Möglichkeit, ihr Anliegen umsetzen zu können. Der vermehrte Schriftverkehr, in den Jahren kurz vor und nach der Umsiedlung, versucht diesen aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen. Das Thema ist emotional aufgeladen und die Erwartungen der Meru sind verknüpft mit ihren Hoffnungen auf ein für sie positives Ergebnis.

³³² Vgl. T/PET.2/99/Add.1/ 20. September 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha. 12. September 1951.

³³³ Vgl. ebd., S. 3.

³³⁴ Vgl. ebd.

³³⁵ Vgl. T/PET.2/99/Add.2/ 8. Oktober 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha. 12. September 1951, S. 2.

³³⁶ Vgl. ebd.

Der folgende Brief vom 16. Oktober adressiert an Trygve Lie, den ersten Generalsekretär der UNO, verfassten die drei Repräsentanten Munya Lengoroi, Maasa Makyia und M.S. Isak.³³⁷ Der Brief bezieht sich auf das ursprüngliche Schreiben vom 23. August. 1951. Die Autor*innen weisen darauf hin, was Lord Hall, Staatssekretär für die Kolonien im Februar 1946 bezüglich der Landaufteilung zwischen europäischen Siedler*innen und Einheimischen betonte. Dort betont Lord Hall, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung Tanganjikas die höchste Priorität in dieser Angelegenheit erhalten würden. Nicht-Einheimische sollten kein Land bekommen, beziehungsweise nur, wenn dieses Land nicht gebraucht würde. Er versichert, dass die Regierung es nicht beabsichtigt das fruchtbarste Land auf Kosten der Einheimischen zu vergeben. Zudem garantiert er, dass Einheimische nicht gewaltsam vertrieben werden dürften.³³⁸ Genau dieser Aspekt wird im weiteren Verlauf des Schreibens aufgegriffen. Die Gemeinschaft der Meru fürchtete nun von ihrem gerade unter schweren Bedingungen zurück erlangten Land vertrieben zu werden.³³⁹ “We strongly protest against such a discriminatory report to be implemented in our country and do humbly ask the “United Nations Assembly” and the “International Committee of the Congress of Peoples against Imperialism”, to help us at this critical moment, and ensure that our land is not taken away from us, nor are we evicted.”³⁴⁰ So lautet der original Wortlaut aus dem Schreiben. Der Nachdruck der Bitte um Unterstützung zu Gunsten der Meru wird sprachlich deutlich. Die Sorge, vor Verlust des Landes und einer Vertreibung vom bestehenden Wohnort, ist zu erkennen. Der Hinweis, durch die Ansprache, dass das Komitee die Interessen der Völker gegen den Imperialismus vertreten soll, macht deutlich, wie die Bewohner*innen ihren Treuhänder das Vereinigte Königreich wahrnahmen. Zugleich wurde gleich zu Beginn des Zitates auf die diskriminierende Art und Weise verwiesen auf welche die Umsiedlung stattfinden sollte. Diese sollte am 15. November 1951 stattfinden. Der Treuhandrat blieb tatenlos.³⁴¹ Am 17. November kamen LKWs organisiert von der britischen Regierung, brachten alles weg und zerstörten die Hütten.³⁴² Die Meru organisierten daraufhin einen klaren passiven Widerstand.³⁴³ Ab dem 30. November wurde Gewalt gegen sie eingesetzt.³⁴⁴

³³⁷ Vgl. T/PET.2Add.3/10. November 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha T.T. 16. Oktober 1951, S. 2.

³³⁸ Vgl. ebd.

³³⁹ Vgl. ebd., S. 4 f.

³⁴⁰ Zit. n. ebd., S. 4.

³⁴¹ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 335.

³⁴² Vgl. ebd., S. 337.

³⁴³ Vgl. ebd., S. 338.

³⁴⁴ Vgl. ebd., S. 340.

Unmissverständlich war die Antwort der Delegation des Vereinigten Königreichs vom 22. Dezember 1951.³⁴⁵ Die in dieser Petition angesprochene Angelegenheit betraf die Umsetzung einer der von Arusha-Moshi Kommission getroffenen Empfehlung, so die britische Regierung.³⁴⁶ Die Verfasser der Petition schrieben, laut ihrer eigenen Aussage, als Repräsentanten der gesamten Meru Ethnie, dabei stellen sie die Sicht der Menschen dar, die im Ngare-Nanyuki Gebiet leben.³⁴⁷ Ob das die gesamte ethnische Gruppe war, ist nicht nachzuvollziehen.

In der ursprünglichen Petition der Meru hieß es, 3000 Familien würden umgesiedelt werden. Laut des britischen Antwortbriefes handelt es sich um 350 Steuerzahler und deren Familien. Diese sollten vom Ngare-Nanyuki Gebiet in ein südlicheres Gebiet umziehen, welches als verfügbar und geeignet bezeichnet wurde. Die Umsiedlung war nur eine von mehreren Maßnahmen, die der gesamten afrikanischen Bevölkerung zugutekommen sollte.³⁴⁸ Das Land sollte, der Quelle nach, fortan zur Viehzucht genutzt werden.³⁴⁹

In Punkt 5. wird eine Bekanntmachung der Pläne angesprochen, die bereits im Juni 1949 erfolgte. Damals wurde laut der britischen Delegation alles ausführlich erläutert und bis zuletzt hatte es keinerlei Protest dagegen gegeben.³⁵⁰ Des Weiteren wurde angemerkt, dass jenes Land, das die Deutschen von den Meru gekauft hatten in Form von anderem Land entschädigt wurde, für welches die Regierung die Kosten getragen hatte.³⁵¹

Nach dem Gespräch mit Gouverneur Edward Twining rebellierten die Meru erneut am 23. Dezember 1951.³⁵² Über die eingereichte Petition wurde im Komitee des Treuhandrats abgestimmt und der Beschluss dazu mit acht zu eins und drei Enthaltungen verabschiedet.³⁵³ 1000 Mitglieder der Meru wurden im Jahr 1951 von ihrem Land vertrieben und an einem 35 Meilen entfernten Ort angesiedelt. Da sie mit diesem Land unzufrieden waren, zogen sie erneut um in ein Gebiet, das einer anderen Ethnie zugeordnet war.³⁵⁴ Der Meru-Fall verlor immer mehr an Bedeutung in den Debattierräumen des Treuhandrates. Die Verantwortlichen UN-Delegierten äü-

³⁴⁵ Vgl. Petition: 1952, S. 1.

³⁴⁶ Vgl. ebd., S. 1, Punkt 1.

³⁴⁷ Zit. n. ebd.

³⁴⁸ Vgl. ebd., S. 1, Punkt 2.

³⁴⁹ Vgl. ebd., S. 1, Punkt 3.

³⁵⁰ Vgl. ebd., S. 1, Punkt 5.

³⁵¹ Vgl. ebd., S. 1, Punkt 6.

³⁵² Vgl. Lohrmann: 2007, S. 342.

³⁵³ Vgl. ebd., S. 403.

³⁵⁴ Vgl. James Clagett Taylor: The political development of Tanganyika, Stanford 1963, S. 119. [Im Folgenden zitiert als: Taylor: 1963.]

ßerten Bedauern über die Umsiedlung, welche die britische Regierung veranlasst hatten, blieben jedoch tatenlos.³⁵⁵ Die Meru verfassten weiterhin Petitionen und versuchten die Diskussion und damit die Möglichkeit auf eine Veränderung aufrecht zu erhalten. So kam es 1953 zu einer Petition der Meru Bürger*innen Vereinigung. Am 8. Juli 1953 kam es zu einem Treffen, indem über die Wiederbesiedlung des Engare-Nayuki Landes verhandelt wurde. Jene, die gewaltsam vertrieben wurden, sollten so bald wie möglich mit dem Häuserbau beginnen und würden nur noch auf eine Bestätigung warten.³⁵⁶ Nach dem Besuch der UN-Delegierten 1960 war im Bericht erneut über den Meru Fall zu lesen. Der Fall blieb weiterhin präsent, da die Meru ihr Land zurück verlangten. Im Bericht hieß es in einem kurzen Abschnitt, dass einige Siedler*innen bereit seien, den Meru das betroffene Land zurückzuvorgüten. Einige hätten das Land bereits verkauft, allerdings sei der Wert in den vergangenen beinahe zehn Jahren deutlich gestiegen.³⁵⁷ Dass das Landproblem so lange im internationalen Raum präsent blieb, zeigt seine Relevanz. Der Fall der Meru steht als Sinnbild für den Konflikt um Land in Kolonien an sich. Interessen des Kolonialstaats stehen im Gegensatz zu denen der Einheimischen. Einerseits unterschieden sich die Vorstellungen, wie das Land zu nutzen sei. Siedler*innen bauten Bauernhöfe, Plantagen und trieben große Viehherden über das Land, während die ursprüngliche Landnutzung keine Monokulturen, wie Kaffee-, Sisal oder Teeplantagen oder übermäßigen Gebäudebau vorgesehen hätte. Im Fall der Meru sollte das Land, als Teil der Siedlungspolitik, nicht für Anbau, sondern fortan für Viehzucht genutzt werden.³⁵⁸ Andererseits ging es um die Art der Kommunikation. Da Tanganjika ein Treuhandgebiet war hatte die Bevölkerung die Möglichkeit durch Petitionen auf ihre Bedürfnisse aufmerksam zu machen und eine Diskussion anzuregen.³⁵⁹ Zuerst wünschten sich die Bewohner*innen der Treuhandgebiete bessere Bildungsmöglichkeiten und soziale Absicherung. Später wurden immer mehr politische Handlungsmöglichkeiten verlangt.³⁶⁰ In Tanganjika gab es in den ersten Jahren der Treuhandschaft kein Wahlsystem, allerdings existierte seit 1926 der Legislativrat.³⁶¹ Der Treuhandrat kritisierte den britische Treuhänder, für die wenigen Möglichkeiten der politischen Teilhabe der Bevölkerung, woraufhin im Jahr 1949 die erste Landesregierung Tanganjikas in Mwanza eingerichtet wurde.³⁶² In den 1950er Jahren errichtete das Vereinigte Königreich ein Wahlsystem, das die einzelnen Bevölkerungsgruppen separiert nutzen mussten. Asiat*innen und Europäer*innen sowie die größte

³⁵⁵ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 404.

³⁵⁶ Zit. n. Petition: 1953, S. 1.

³⁵⁷ Vgl. UN-Report: 1960, S. 62.

³⁵⁸ Vgl. Petition: 1952, S. 1, Punkt 3.

³⁵⁹ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 1.

³⁶⁰ Vgl. Luard: 1989, S. 126.

³⁶¹ Vgl. ebd., S. 129.

³⁶² Vgl. Taylor: 1963, S. 101.

Bevölkerungsgruppe der Einheimischen hatten unterschiedliche Listen, erhielten jedoch die gleiche Anzahl an Sitzen. Der Treuhandrat äußerte Bedenken an diesem System.³⁶³ In kleinen Schritten erlangten die Einheimischen³⁶⁴ die Möglichkeit, sich politisch zu organisieren, um ihre Interessen umsetzen zu können. Der erste Gemeinderat entstand 1954 in Newala und der erste Landesrat im Jahr 1955.³⁶⁵ Zwischen 1958 und 1960 wurde dieses Listensystem genutzt und dann aufgrund wachsenden Drucks von Seiten des Treuhandrats abgeschafft.³⁶⁶

Welche Möglichkeiten wurde der Bevölkerung damit eröffnet? Änderte sich dadurch das Verhältnis zum Treuhänder? Wie kommunizierte der Treuhänder seine Entscheidung gegenüber der Bevölkerung? Im Fall der Meru gab es 1949, laut der britischen Regierung, eine Bekanntmachung vor Ort, bei der über die Pläne aufgeklärt wurde.³⁶⁷ Regierungsbeamte kamen in die Dörfer der Meru und erklärten ihnen, die Regierung hätte entschieden ihr Land nun anders zu nutzen. Die Bevölkerung wurde vor Tatsachen gestellt, ohne in die Entscheidungsfindung eingebunden zu werden. Über die Umstrukturierung des Landes entschieden hatte der britische Treuhänder, nicht die Regierung Tanganjikas. Das *Colonial Office* erzeugte immer mehr Druck, um seine Interessen gegenüber der Verwaltung in Tanganjika durchzusetzen zu können.³⁶⁸ Allgemeine Bekanntmachungen wurden über lokale Behörden kommuniziert.³⁶⁹ Die Kommunikation der Regierung zur Bevölkerung war demnach eine einseitige.

5.3 Mangelnde Bildung als Hürde für den Aufbau eines Verwaltungsapparates

Politische Strukturen, die nicht der britischen Treuhandverwaltung in Tanganjika angehörten, entwickelten sich erst allmählich und hatten zu Beginn kaum Einfluss. Ein Grund dafür war die unzureichende Bildung der Bevölkerung. In der Petition der Wa-Meru wird der Aspekt des geringen Bildungsstandards der Bevölkerung bemängelt.³⁷⁰ Um einen funktionierenden politischen Apparat in einem Staat installieren zu können brauchte es gut ausgebildete Bürger*innen, die neben Qualifikation politisches Interesse und Zukunftsvisionen mitbringen sollten. Nur so könnten langfristig die Bedürfnisse der Bevölkerung vertreten werden.

³⁶³ Vgl. Luard: 1989, S. 129.

³⁶⁴ Anmerkung: Hier ist die ursprüngliche Bevölkerung gemeint und nicht die in erster Linie aus europäischen Staaten zugezogenen weißen Siedler*innen.

³⁶⁵ Vgl. Taylor: 1963, S. 103 f.

³⁶⁶ Vgl. Luard: 1989, S. 129.

³⁶⁷ Vgl. Petition: 1952, S. 2, Punkt 5.

³⁶⁸ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 323.

³⁶⁹ Vgl. ebd., S. 139.

³⁷⁰ Vgl. T/Pet.2/142/ 8. Oktober 1951, Native Court Poli, Arusha, 13. September 1951, S. 2.

In den 1930er Jahren entstanden in ganz Ostafrika neue soziale Gruppen, wie Dockarbeiter*innen und Eisenbahnpersonal, die sich in Gewerkschaften zu organisieren begannen. Bereits während der Weltwirtschaftskrise und vermehrt nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu Streiks, wie der Hafenstreik in Mombasa 1939.³⁷¹ Der Bildungselite fehlte dabei ein ideologischer Hebel, um ansetzen zu können. Bildung war der Schlüssel zu Karriere, für die Kolonialmächte waren sie damit aber noch nicht in der Lage politische Rechte auszuüben.³⁷²

Nirgends war das Problem der Ausbildung dringlicher als in den afrikanischen Kolonien des Vereinigten Königreichs. Studierende Auswanderer*innen, die eine Stelle als Bezirksbeamte in Übersee antraten, waren Beweis für das anhaltende Versagen des Vereinigten Königreichs, eine Klasse von einheimischen Verwaltern hervorzubringen. Die Bilanz bei der Ernennung von Einheimische in hohe Verwaltungspositionen war in den 1950er Jahren weiterhin beklagenswert schlecht. Noch bis und nach dem Verfassungswandel durch die Unabhängigkeit bestand dieses Problem. In der späten kolonialen und frühen postkolonialen Ära gab es daher eine Vielzahl von Initiativen – lokale, britische und internationale – die darauf abzielten, den öffentlichen Dienst zu verbessern.³⁷³

Die erste Universität in Tanganjika wurde im Jahr 1961 in Dar es Salaam gegründet. Studierende aus Tanganjika mussten damit außerhalb des Landes studieren, häufig geschah das im Vereinigten Königreich. Ab den 1950er Jahren gingen die afrikanischen Studierenden zunehmend an Universitäten im imperialen Raum. Innerhalb weniger Jahre besuchten afrikanische Studierende Universitäten in fast jedem Winkel der Welt.³⁷⁴ Das Vereinigte Königreich investierte vor der Unabhängigkeit sehr wenig in die Bildung Tanganjikas.³⁷⁵ Angesichts der begrenzten Bildungsmöglichkeiten innerhalb der Region, bahnten sich afrikanische Jugendliche und Politiker neue Wege zu Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen in anderen Ländern. Das Aufkommen der Flugtransporte von mehr als 800 Studierenden aus Ostafrika nach Nordamerika zwischen 1959 und 1961, zeigt die Bedeutung transnationaler nicht-staatlicher Netzwerke und die Relevanz wirtschaftlicher Unterstützung von einer Vielzahl afrikanischer Akteure, um die Reisen zu realisieren.³⁷⁶ Durch die Erweiterung des Repertoires der Bildungsmigration mündete die Diversifizierung der transnationalen Wege zur Hochschulbildung aus

³⁷¹ Vgl. Marx: 2004, S. 223.

³⁷² Vgl. ebd., S. 224.

³⁷³ Vgl. Sarah Stockwell: *The British End of the British Empire*, Cambridge 2018, S. 93. [Im Folgenden zitiert als: Stockwell: 2018.]

³⁷⁴ Vgl. Burton: 2020, S. 169.

³⁷⁵ Vgl. ebd., S. 170.

³⁷⁶ Vgl. ebd., S. 172.

Ostafrika in den 1950er Jahren in eine noch nie dagewesenen Diskrepanz zwischen Bestrebungen und Möglichkeiten. Erhöhte, wenn auch immer noch begrenzte Investitionen in die Sekundarbildung brachten eine neue Gruppe von Einheimischen hervor, deren Karrierewünsche häufig enttäuscht wurden.³⁷⁷ Viele der Studierenden blieben in dem Land ihrer Ausbildung oder suchten eine berufliche Perspektive in einem anderen als ihrem Heimatland.

Der UNO Generalsekretär Hammarskjöld war Mitte der 1950er Jahre überzeugt, dass die nationalen Ausbildungsprogramme den Personalbedarf der neuen Nationen langfristig decken würden. Doch bevor dies der Fall sein würde, könnte die UNO-Hilfe der entscheidende Faktor sein, um die Länder auf ihren Entwicklungspfad zu bringen. Viele Kolonialverwalter würden das Land verlassen, Investoren sich zurückhalten, und Metropol Gelder nicht mehr zur Verfügung stehen. Die UNO wollte diese Lücke füllen und helfen.³⁷⁸ Das UNO Programm OPEX für operatives und leitendes Personal begann 1959 mit 10 Beamten. Betreut durch einem kleinen Stab von Beamten des UNO-Sekretariats und durch den Betrag von 250.000 US-Dollar aus dem regulären UNO-Budget lief OPEX nur langsam an.³⁷⁹

5.4 Das Trauma von Heimatverlust durch Zwangsmigration

Im Zusammenhang mit Dekolonisation ist die grundsätzliche Frage zu klären, wer Anspruch auf Land hat, wie dieser legitimiert wird und was Heimat individuell bedeutet. Es bestehen verschiedene Zugänge, um über die Zugehörigkeit oder Herkunft von Menschen zu sprechen. Im heutigen Europa ist die gängigste Zuschreibung die der Nationalität. Nationalismus war eine Idee der frühen Neuzeit, als Antwort auf strukturelle Krisen der frühmodernen westlichen Gesellschaften. Einher gehen diese Zuschreibungen mit dem Wettstreit um politische Autonomie und sie richten sich gegen eine außerstaatliche Fremdverwaltung, wie es bei Kolonien der Fall war.³⁸⁰

Das ursprüngliche Zugehörigkeitsprinzip kann mit einer Loyalitätsbindung an Familie, eine ethnische Gemeinschaft, eine Stadt oder Region gleichgesetzt werden.³⁸¹ Noch heute sind diese Prinzipien aktiv. In dieser Arbeit wird das Beispiel der Meru angeführt, für die Zugehörigkeit

³⁷⁷ Vgl. ebd., S. 173.

³⁷⁸ Vgl. Muschik: 2018, S. 133.

³⁷⁹ Vgl. ebd., S. 139.

³⁸⁰ Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Nationalismus: Geschichte, Formen, Folgen. München 2016, S. 17. [Im Folgenden zitiert als: Wehler: 2016.]

³⁸¹ Vgl. ebd., S. 16.

zu einer Region. Ein Zugehörigkeitsgefühl kann als sozialpsychische, geradezu als anthropologische Konstante gelten und ist als diese für Menschen äußerst wichtig. Es hebt das Selbstbewusstsein und stärkt das Identitätsgefühl, gerade wenn mit dem Solidarverband, dem eine Person angehört, außer Schutz und Hilfe ebenso Ansehen und Geltung verbunden werden.³⁸² Besonders in kleinen Gemeinschaften wird das Ansehen über die Stellung in der Gruppe erzeugt. Jeder hat einen bestimmten Nutzen für die Gemeinschaft, indem die Personen sich mit seinen Fähigkeiten einbringt. Das damit einhergehende Selbstbewusstsein kann verloren gehen, wenn die Aufgabe in der Gemeinschaft obsolet wird, die Gemeinschaft instabil wird oder sich auflöst. Durch den Verlust des Kulturraums wird die Gemeinschaft der Meru destabilisiert. Für die einzelnen Mitglieder kann das psychosoziale Folgen haben. Diese Folgen können im schlimmsten Fall zu einem Trauma führen.

Ein Trauma ist ein belastendes Ereignis oder eine Situation außergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophenartigen Ausmaßes, die eine tiefe Verstörung hervorruft.³⁸³ Es bedeutet eine tiefgreifende Erschütterung und markiert damit nicht selten eine Art Wendepunkt des bisherigen Lebens.³⁸⁴ Meist geht es um Gewalterfahrungen, teilweise in Verbindung mit Armut oder Diskriminierung. Das kann eine dauerhafte Erschütterung von Selbst- und Weltverständnis bewirken.³⁸⁵ Hierbei werden starke Gefühle wie Furcht oder Hilflosigkeit hervorgerufen, was häufig mit dem Fehlen von Einflussmöglichkeiten einhergeht.³⁸⁶ Der Treuhandrat war geschaffen worden, um die Rechte und Interessen der Menschen in den Treuhandgebieten zu schützen und zu vertreten. Die Einflussmöglichkeiten aufrechtzuerhalten, Diskriminierung gegenzuwirken und Gewalterfahrungen, wie im Falle einer Umsiedlung, zu verhindern dafür stand der Treuhandrat, laut der Statuten.³⁸⁷ Aus der Untersuchung des Schriftverkehrs geht hervor, dass der Treuhandrat im Fall der Meru nicht nachhaltig aktiv wurde. Es wurden zwar Delegierte entsandt, die vor Ort die Situation prüften, doch die Umsiedlung wurde nicht gestoppt oder rückgängig gemacht. Es lässt sich an dieser Stelle nicht analysieren, ob sich Traumata bei den Meru durch die Umsiedlung entwickelten. Traumata sind etwas sehr individuelles, weshalb sich ohne genauere

³⁸² Vgl. ebd.

³⁸³ Vgl. Weeber, Vera Maria; Gögercin, Süleyman: Traumatisierte minderjährige Flüchtlinge in der Jugendhilfe. Ein interkulturell- und ressourcenorientiertes Handlungsmodell. Herbolzheim 2014, S. 33. [Im Folgenden zitiert als: Weeber; Gögercin: 2014.]

³⁸⁴ Vgl. ebd., S. 35.

³⁸⁵ Zit. n. Schneck, Ulrike: Therapie und Beratung im Kontext von Flucht und Trauma, in: Bröse, J.; Faas, S.; Stauber B. (Hrsg.): Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit. Wiesbaden, 2018, S. 175.

³⁸⁶ Vgl. Weeber; Gögercin: 2014, S. 33.

³⁸⁷ Vgl. Artikel 73 und Artikel 76, Punkt 3, in: Erneuerte Vereinte Nationen: Der Treuhandrat, in: Charta der Vereinten Nationen, online verfügbar unter: <https://united-nations.org/de/treuhandrat/>, zuletzt besucht: 29.06.2022.

Daten von einzelnen Personen dieser psychologische Begriff nicht anwenden lässt. In der Literatur zum Postkolonialismus wird das Thema Trauma als kollektiven Phänomen für ganze Staaten oder Ethnien, wie beispielsweise beim Völkermord der Herero und Nama beschrieben.³⁸⁸ Das lässt sich allerdings nicht auf die hier vorliegende Situation anwenden. Ein kollektives Trauma ist gekoppelt an Völkermord oder im Fall der Kolonien an Sklavenhandel. Die Bedingungen während der Kolonialzeit in Tanganjika bedeuteten vor allem eine soziale und rechtliche Ungleichheit zwischen den indigenen Ethnien und den Sieder*innen. Sklaverei gab es nicht in dem Ausmaß, wie in Westafrika. In den ostafrikanischen Gebieten wurden unfreie Arbeiter*innen kaum in andere Länder verkauft. Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen waren dennoch sehr hart und der Lohn während der deutschen Kolonialzeit sehr gering. Teilweise arbeiteten die Menschen dort ebenfalls als Sklav*innen und erhielten keinen Lohn. Einem systematischen Völkermord, wie an den Herero und Nama gab es in Tanganjika nicht. Trotzdem wurden indigene Bewohner*innen rechtlich und sozial benachteiligt, mussten teilweise Zwangsarbeit leisten und erfuhren Gewalt. In Tanganjika kann nicht von einem kollektiven Trauma ausgegangen werden, eine genauere Analyse dessen könnte an anderer Stelle fortgesetzt werden.

An dieser Stelle soll nun die Verknüpfung zwischen Imperialismus und Nationalismus für die Frage nach dem Anspruch auf Land betrachtet werden. Koloniale Okkupanten erhoben den Anspruch auf ein anderes Gebiet nach dem Prinzip der militärischen Überlegenheit. So wurde der Anspruch auf ein Gebiet von den Okkupanten legitimiert. Die Kolonie wurde an den europäischen Nationalstaat angegliedert, ohne dort die gleichen Rechte für die Bewohner*innen geltend zu machen. Durch diese ungleichen Machtstrukturen wurde die Kontrolle über die Kolonie aufrecht erhalten. Nun stellt sich die Frage der sozialen und ethnischen Zugehörigkeit. Die Bewohner*innen Deutsch-Ostafrikas, später Tanganjikas gehörten wirtschaftlich erst zum Deutschen Reich, später zum Vereinigten Königreich. Jeder im Empire geborene Mensch war ein Untertan der britischen Krone, damit hatten die Bewohner*innen Tanganjikas zwar die britische Staatsbürgerschaft, an einem bestehenden Nationalgefühl für das Vereinigte Königreich ist aber zu zweifeln.

Seit dem späten 18. Jahrhundert wurde dem Begriff „Vaterland“ eine identitätsstiftende Rolle zugeschrieben. Dieser Begriff wurde im Kolonialismus durch „Mutterland“ erweitert, was eine semantische Abhängigkeit der Kolonie an das Kernland herstellte. Für die Meru ist die Bezeich-

³⁸⁸ Vgl. Gisela Graichen: Deutsche Kolonien. Traum und Trauma, Berlin 2007.

nung „Mutterland“ anders konnotiert, als die Region zu der sie sich zugehörig fühlen. „Vaterland“ wurde er als Synonym für den Staat verwendet, in dem ein Mensch geboren wurde und dessen Staatsbürgerschaft die Person in den meisten Fällen innehatte.³⁸⁹ Der darauf folgende Nationalismus stellt eine neuartige Loyalitätsverpflichtung dar. Die Grundidee des Nationalismus war eine Identifizierung und Solidarisierung der Mitglieder einer Nation, die in die Entstehung eines souveränen Staates gründete.³⁹⁰ Riesige Systeme können ohne Massenloyalität nicht funktionieren, laut Yuval Harari. Die Überzeugung, dass die eigene Nation etwas Einzigartiges ist und ihr Bewohner*innen ihr gegenüber Verpflichtungen hätten, veranlasst ein Gefühl der Zugehörigkeit und die Bereitschaft sich für die Nation zu engagieren.³⁹¹ Nach Judith Shklar wurde „Loyalität“ als emotionale Bindung an eine Gruppe definiert. Gegenüber dem Staat wird hingegen eine rein rationale bürgerliche politische Verpflichtung empfunden und ausgeführt.³⁹² Dieses politische Verpflichtungsgefühl muss bei den Bürger*innen in Tansania im Prozess bis zur Unabhängigkeit erst entstehen. Meistens entwickelte sich aus einem Kulturräum ein Nationalstaat. So verbinden die Menschen ihre unmittelbare Umgebung und die Verwandten, bei denen sie aufgewachsen sind, am ehesten mit Heimat. Die meisten Menschen fühlen sich in einer bestimmten Region beheimatet und mit den lokalen Traditionen verbunden. Das Heimatgefühl ist eng mit dem Nationalgefühl verknüpft. Beide Ideen entstanden in den europäischen Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert. Heimat machte einen großen Teil der menschlichen Identität aus und erfüllt damit noch immer eine Schlüsselfunktion.³⁹³ Um die 1960er Jahre wurde das Verständnis von Heimat zunehmend pluralisiert. Heimat wurde nun als eine flexible und zu gestaltende Bindungsoption begriffen, die an allen Orten unabhängig von der Herkunft realisiert werden konnte. Die Bedeutung von Heimat als Synonym ethnischer Abgrenzung blieb im gesellschaftlichen Diskurs weiterhin relevant.³⁹⁴ Im Kontext von Kolonialismus ist eine europäische Heimatdefinition relevant, da diese Arbeit aus europäisch geprägter Perspektive verfasst wurde und Kolonialisierung von Europa ausging, die ihre Werte und Identitäts-Konstrukte in den die Kolonien etablierten. Der Heimat Begriff

³⁸⁹ Vgl. Wilfried Eckart Schreiber: Heimat verorten: Heimat aus der Sicht eines Geographen, in: Neue Didaktik (2012) 1-6 online verfügbar unter: https://www.pedocs.de/volltexte/2015/10068/pdf/NeueDidaktik_1_2012_Schreiber_Heimat_verorten.pdf zuletzt besucht: 12.05.2021, S. 3. [Im Folgenden zitiert als: Schreiber: 2021.]

³⁹⁰ Vgl. Wehler: 2016, S. 16.

³⁹¹ Vgl. Harari: 2018, S. 158.

³⁹² Vgl. Hasse: 2021, S. 96.

³⁹³ Vgl. Knoch: 2018.

³⁹⁴ Vgl. ebd.

fungiert als Gefühlssynonym für Vertrauen, Sicherheit und Tradition.³⁹⁵ Wenn die Zukunft unsicherer und unwirklicher erscheint steigert es das Bedürfnis nach Konstanten.³⁹⁶ Der Heimatbegriff ist mit dem Begriff Landschaft (Natur- und Kulturlandschaft) verknüpft. Jeder Mensch empfindet eine bestimmte Landschaft als Heimat oder als heimatlich.³⁹⁷ Der Heimatbegriff ist mehrdimensional und hat, neben einer sozialen, historischen, sprachlichen, kulturellen und politischen auch eine geographische Begrifflichkeit. Nach Schreiber und seiner geographischen Definition ist Heimat ein Ort oder ein Gebiet in gegebenen Grenzen, dessen Landschaft und Menschen sich im Einklang befinden, einer Person vertraut oder gewohnt sind und diese prägen.³⁹⁸ In der frühen Neuzeit war der Heimatbegriff mit dem Ort verbunden, an dem man das Recht hatte, sich häuslich einzurichten. Dieses Recht war allerdings an Besitz und Vermögen gebunden.³⁹⁹ Im Fall der Meru war dieser Aspekt ebenfalls außergewöhnlich. Mit dem Verlust des Landes wurde ihnen das Recht aberkannt, in ihrer Heimat Häuser zu bauen, das Land wirtschaftlich zu nutzen und in Gemeinschaft dort zu leben. Das zweite physische Element der heimatlichen Landschaft war die Vegetation.⁴⁰⁰ Diese psychische Bindung an einen bestimmten Ort wurde im Falle einer Zwangsumsiedlung zertrennt. Am 7. Juni 1949 erhielten die Wa-Meru einen Report der Regierung, dass sie von Engare-Nanyuki im Tanganjika Territorium umgesiedelt werden sollten. Daraufhin versuchten die Meru mit Petitionen an den Treuhandrat die Regierung umzustimmen.⁴⁰¹ In einer weiteren Petition erklärten die Wa-Meru, dass der Name ihrer ethnischen Gemeinschaft sich vom gleichnamigen Berg ableitete und die Wa-Meru eben für *Menschen des Berges Meru* stand. Von diesem Berg floss der Fluss, der dem Gebiet den Namen und die Fruchtbarkeit gab.⁴⁰² Ebenso wichtig wie die Naturlandschaft war die Kulturlandschaft. Die Landschaft wurde durch Wirtschaft, Bau oder andere Formen der Umgestaltung bewusst oder unbewusst verändert. Die Kulturlandschaft wurde von der Bevölkerung oder von Bevölkerungsgruppen geprägt, und je größer das ethnische Gemisch, desto reichhaltiger war die Kulturlandschaft.⁴⁰³ Nicht nur der Geburtsort prägte das persönliche Heimatverständnis, sondern die Heimatfrage hing vom einzelnen Individuum ab.

Durch Migration hat sich das Heimatverständnis verändert und neue Elemente hinzugewonnen.⁴⁰⁴ Laut der IOM, der Internationale Organisation für Migration, wird ein Migrant als eine

³⁹⁵ Vgl. ebd.

³⁹⁶ Vgl. ebd.

³⁹⁷ Vgl. Schreiber: 2021, S. 5.

³⁹⁸ Vgl. ebd., S. 3.

³⁹⁹ Vgl. Köstlin; Bausinger: 1980, S. 9.

⁴⁰⁰ Vgl. Schreiber: 2021, S. 5.

⁴⁰¹ Vgl. T/PET.2/99/Add.2/ 8. Oktober 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha. 12. September 1951, S. 2.

⁴⁰² Vgl. T/PET.2Add.3/10. November 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha T.T. 16. Oktober 1951, S. 3.

⁴⁰³ Vgl. Schreiber: 2021, S. 6.

⁴⁰⁴ Vgl. Köstlin: 2010, S. 34.

Person definiert, die sich von ihrem gewöhnlichen Aufenthaltsort entfernt, sei es innerhalb eines Landes oder über eine internationale Grenze, vorübergehend oder dauerhaft und aus unterschiedlichen Gründen.⁴⁰⁵ Migration bewirkt eine strukturelle Veränderung auf sozioökonomischer und politischer Ebene, welche auch sukzessive die sozialen Systeme der Gesellschaft erreicht.⁴⁰⁶ Hinzu kommen die sozialen Einschnitte für das migrierende Individuum. Der Lebensmittelpunkt verlagert sich räumlich, woraufhin ebenfalls individuelle psychosoziale Folgeerscheinungen von Migration auftreten können.⁴⁰⁷ Migration kann innerhalb eines Staates oder über Staatsgrenzen stattfinden. In dem hier vorgestellten Fall der Meru ist es eine Binnenmigration, da sie innerhalb von Tanganjika migrieren. Bei einer Zwangsmigration wird das Individuum durch den Druck eines oder mehrerer gesellschaftlicher Teilsysteme – wirtschaftlich, politisch, sozial – zur Aufgabe seines derzeitigen Lebensmittelpunktes genötigt.⁴⁰⁸ Bei den Meru, die ihr Land verlassen mussten, kann man von *displaced persons* sprechen, von Personen, die, nach ihrer Umsiedlung, nicht mehr am ursprünglichen Wohnort beheimatet waren. Nach der Definition der IOM von Migration sind es äußere Faktoren, die eine Migration verursachen. Das können wirtschaftliche, soziale oder persönliche Anreize sein, an einem Ort leben zu wollen. Es kann auch andersherum sein, dass Menschen ihre Heimat verlassen, weil die Wirtschaft, die Versorgung oder die Sicherheit nicht ausreichend vorhanden war. Hunger, Krankheit, Perspektivlosigkeit oder religiöse und politische Verfolgung können Gründe sein. In diesen Fällen besteht keine Möglichkeit, in die Heimat zurückzukehren, wie auch für die Meru.

Im Falle einer Umsiedlung oder eines Umzugs von Menschen gibt es ebenfalls externe Faktoren. Diese können Naturkatastrophen oder Krieg sein. Der entscheidende Unterschied war aber, dass nicht eine große Gruppe von Menschen gemeinsam entscheidet, wegzugehen, sondern andere Menschen für sie entscheiden. Migration betrifft meist Einzelpersonen oder Familien. Häufig entschließen sich viele Menschen aus der gleichen Region oder Nation zum Umzug oder zur Auswanderung. Bei einer akuten Evakuierung muss jeder etwas zurücklassen. Bei einer Migration werden so viele Gegenstände wie möglich mitgenommen. Außerdem bleiben Verwandte und Freunde zurück und ein Austausch mit dem Heimatland bleibt bestehen. In den Quellen wurde davon berichtet, dass Häuser und zurückgebliebene Gegenstände zerstört wurden, damit für die Meru nicht die Möglichkeit bestand zurück zu kommen.

⁴⁰⁵ Vgl. IOM: Definition of Migrant, online verfügbar unter: <https://www.iom.int/who-is-a-migrant> zuletzt besucht: 04.02.2021.

⁴⁰⁶ Vgl. Weeber; Gögercin: 2014, S. 13.

⁴⁰⁷ Vgl. ebd., S. 14.

⁴⁰⁸ Vgl. ebd., S. 16.

5.5 Die Herausforderung des Vielvölkerstaats

Im Gegensatz zu anderen Gebieten war Tanganjika ein Vielvölkerstaat, was es einzigartig unter den Treuhandgebieten machte. Insgesamt lebten 8.6 Mio Menschen in Tanganjika. Es gab etwa 120 verschiedene Ethnien und 100 verschiedene Sprachen.⁴⁰⁹ Die weiße Bevölkerung wurde von den britische Regierung europäisch genannt, obwohl auch weiße Südafrikaner*innen unter ihnen waren, sie unterschieden schlicht zwischen den Hautfarben. Politisch, ökonomisch und in Bezug auf Bildung hatte die weiße Bevölkerung den größten Einfluss.⁴¹⁰ Von Beginn an stand das Vereinigte Königreich unter dem Erwartungsdruck der UNO in Bezug auf den politischen Fortschritt in Tanganjika.⁴¹¹ Diese Voraussetzungen stellten für den Treuhandrat sowie die britische Treuhandregierung eine weitere Herausforderung dar. Die vielen unterschiedlichen Ethnien und Bevölkerungsgruppen stellten eine damit einhergehende Menge an Interessensgruppen dar. Grundsätzlich wurde die Bevölkerung Tanganjikas von der Treuhandregierung in drei Gruppen aufgeteilt, Afrikaner*innen, Asiat*innen und Europäer*innen, die in ökonomischer und sozialer Gleichstellung sehr unterschiedlich blieben.⁴¹² Nicht nur zwischen den unterschiedlichen Ethnien, sondern auch unter den verschiedenen ethnischen Gemeinschaften gab es unterschiedliche Interessen. Die Transportwege am Land waren lang und Kommunikation dadurch schwierig. Eine nationale Einigung der Interessensgruppen war für die Erreichung der Unabhängigkeit und politischer Selbstverwaltung elementar. Die britische Regierung meinte, dass die Entwicklung von Selbstverwaltung in Tanganjika, wie auch in Kenia und Rhodesien besonders schwierig war, weil es viele unterschiedliche Volks- und Interessengruppen gab. Denn dadurch käme es häufiger zu Konflikten zwischen Siedler*innen und Einheimischen.⁴¹³

Obwohl Tanganjika keine Siedlerkolonie wie Kenia war,⁴¹⁴ wurden während der deutschen Kolonialzeit europäische Siedler*innen ermutigt nach Ostafrika zu migrieren. Im Jahr 1913 wurde mehr als eine halbe Millionen Hektar Land für 882 Siedler*innen, hauptsächlich aus dem deutschen Kaiserreich veräußert. Dies geschah in der Region des Berg Meru und Kilimanjaro. Die Bedürfnisse der Einheimischen wurden dabei übergangen.⁴¹⁵

⁴⁰⁹ Vgl. Lohrmann: 2007, S. 12 f.

⁴¹⁰ Vgl. ebd., S. 13.

⁴¹¹ Vgl. ebd., S. 16.

⁴¹² Vgl. Taylor: 1963, S. 93.

⁴¹³ Vgl. Chidzero: 1961, S. 20.

⁴¹⁴ Vgl. Lawrence E.Y. Mbogoni: Aspects of Colonia Tanzania History, Dar es Salaam 2013, S. 6.

⁴¹⁵ Vgl. Taylor: 1963, S. 56.

Gouverneur Donald Charles Cameron meinte 1925, wenn Siedler*innen mit Kapital kämen, sei es im Interesse des gesamten Landes. Hier bestand eine Interessensgefälle zwischen den weißen Siedler*innen und der einheimischen schwarzen Bevölkerung.⁴¹⁶

Als die britische Regierung das Gebiet übernahm war das Gebiet, das den einheimischen ethnischen Gruppen noch zustand, überfüllt. Acht ehemalige deutsche Farmen umgaben das Gebiet, diese wurden den Einheimischen zurückgegeben, anstatt an neue Siedler*innen verkauft zu werden.⁴¹⁷ Hier ergab sich eine Diskrepanz zwischen Literatur und den betrachteten Quellen in Form der Petitionen der Meru an den Treuhandrat festzustellen. In den Quellen schildern die Meru, dass sie ihr Land zurückkaufen mussten.⁴¹⁸ Zwischen 1945 bis 1954 war die Verteilung von Land ein sensibles Thema.⁴¹⁹ Einerseits stellte es ein aktuelles Problem dar, andererseits war es gekoppelt an zuvor entstandene Traumata der kolonialen Ausbeutung und Benachteiligung afrikanischer Einwohner.

Mit der in Aussicht stehenden Unabhängigkeit fanden die unterschiedlichen Gruppen einen gemeinsamen Interessensschnittpunkt. Damit einher ging die Entstehung politischer Strukturen in Tanganjika. Beide Aspekte bedingten sich gegenseitig und gingen miteinander einher. Im Jahr 1951 wurde in einer Petition an den Treuhandrat bemängelt, dass es seit 1948 immer wieder zu Uneinigkeiten, Streit und Unruhe in der Bevölkerung komme. Die Menschen würden sich keine Gedanken um Fortschritt in ihrem Land machen.⁴²⁰ Die Frustration über die Mitbürger*innen mit zu geringem Interesse an der Zukunft des Landes ging von jenen aus, die sich engagierten. Der/die Verfasser*in dieser Petition machte wiederum das geringe Maß an Bildung für diesen Zustand verantwortlich und bat den Treuhandrat sich der Lage anzunehmen. Es wurde erklärt, die Regierung bemühe sich zwar, aber die Anstrengungen würden noch nicht ausreichen. Es sei klar, dass zuerst investiert werden müsse, bevor sich ein langfristiger Benefit für die Gesellschaft eingestellt habe.⁴²¹

Es wäre verfehlt zu sagen, dass sich alle Veränderungen in afrikanischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert auf Einwirkungen kolonialer Kontrolle zurückführen lassen. Transformationsprozesse gab es immerzu, im 19. Jahrhundert reagierten die afrikanischen Einwohner*innen beispielsweise auf neue Nutztiere und Pflanzen, die Europäer*innen brachten und sahen neue wirt-

⁴¹⁶ Vgl. ebd., S. 58.

⁴¹⁷ Vgl. ebd., S. 57.

⁴¹⁸ T/PET.2/99/Add.I/ 20. September 1951, S. 3.

⁴¹⁹ Vgl. Taylor: 1963, S. 113.

⁴²⁰ Vgl. T/Pet.2/142/ 8. Oktober 1951.

⁴²¹ Vgl. T/Pet.2/142/ 8. Oktober 1951.

schaftliche Chancen. Während der Kolonialzeit hielt dieser Prozess der wirtschaftlichen Chancen an, teilweise wurde er beschleunigt.⁴²² In der Zwischenkriegszeit beschäftigten sich Ethnologen mit der afrikanischen Kultur, ließen sich Weltbilder erklären und erhielten dadurch Erkenntnisse wie beispielsweise, dass Afrikaner*innen eigene Religionen gehabt hatten, was zuvor keine Beachtung erfahren hatte.⁴²³ Dadurch entstand ein neues Maß an Interesse gegenüber den afrikanischen Kulturen.

Um Motivation der Aktivist*innen für den Weg in die Unabhängigkeit zu erzeugen und aufrecht zu erhalten, war das Verständnis und die Identifikation der Bewohner*innen mit ihrer eigenen Kultur elementar. Die Beschäftigung und Anregung zur Reflektion durch den Besuch von UN-Delegierten war bis zu einem gewissen Grad hilfreich. Die Auseinandersetzung mit innenpolitischen Themen war wichtig, um Tanganjika zukünftig unabhängig vom Vereinigten Königreich regieren zu können. Nyerere, der ab 1953 Präsident der TANU war, sah die Vereinigung der unterschiedlichen Gruppen als elementar, um darauf eine Massenmobilisierung für seine Mission, das Erreichen der Unabhängigkeit, aufbauen zu können.⁴²⁴ Unter anderem suchte er dafür Repräsentanten der verschiedenen ethnischen Gruppen des Landes auf für eine Umstrukturierung der Innenpolitik.⁴²⁵ Im Laufe der 1950er Jahre wurde sogar von Harmonie zwischen den unterschiedlichen Volksgruppen gesprochen.⁴²⁶

6. Die globale Dekolonisation im Kontext des Kalten Krieges

Im Jahr 1960 erlangten 17 afrikanische Staaten, fast alle im August, die Unabhängigkeit von Frankreich: Kamerun, Togo, die Republik Dahomey (das heutige Benin), Niger, Obervolta (das heutige Burkina Faso), die Elfenbeinküste, Tschad, die Zentralafrikanische Republik, die Republik Kongo, Gabun, Senegal, Mali, Mauretanien und Madagaskar. Britisch-Somaliland und Nigeria wurden unabhängig vom Vereinigten Königreich, die heutige demokratische Republik Kongo von Belgien und Italienisch-Somaliland von Italien.⁴²⁷

Die geopolitische Lage veränderte sich dadurch extrem. Um die globale Entwicklung von Kolonialpolitik bis zur Dekolonisation nach dem Zweiten Weltkrieg nachvollziehen zu können,

⁴²² Vgl. Marx: 2004, S. 183.

⁴²³ Vgl. ebd., S. 209.

⁴²⁴ Vgl. Herzog: 1986, S. 109.

⁴²⁵ Vgl. Taylor: 1963, S. 95.

⁴²⁶ Vgl. ebd., S. 93.

⁴²⁷ Vgl. Crowder: 1984, S. 54.

soll in diesem Kapitel kurz auf die Struktur des Imperialismus und die internationale Dekolonisation eingegangen werden. Damit wird von der Mikroperspektive auf den Staat an sich nun die globalhistorische Perspektive eingenommen. In diesem Zuge wird der globale Kalte Krieg näher betrachtet, da seine Auswirkungen das untersuchte Treuhandgebiet Tanganjika indirekt betraf. Zudem wird die Treuhandschaft des Vereinigten Königreichs näher beleuchtet, um ein Verständnis zu ermöglichen, das den Weg in die Unabhängigkeit Tansanias von einer anderen Perspektive beleuchtet.

6.1 Der Zusammenhang des Kalten Krieges mit der sozialistischen Entwicklung Tansanias

Die Nachkriegszeit war geprägt vom Konflikt des Kalten Krieges und rahmt die in dieser Arbeit untersuchte Zeitspanne aus der globalhistorischen Perspektive ein. Einer der meist untersuchten Schauplätze war Mitteleuropa, wo der „Eiserne Vorhang“ die Supermächte spaltete. Weltweit mussten die Staaten jedoch Stellung beziehen zu den beiden Blöcken und ihrer Politik.

Der Kalte Krieg war eine Konfrontation zwischen dem Kommunismus und dem Kapitalismus zwischen 1945 bis 1989.⁴²⁸ In den 1960er Jahren wurde die Bereitschaft auf beiden Seiten größer, Regelungen für die Beziehung zwischen den Blöcken zu finden. Aus ihnen folgte die Entspannungspolitik der 1970er Jahre, die das Ende des Krieges langsam herbeiführte.⁴²⁹ Der Kalte Krieg endete mit dem Fall der Berliner Mauer 1990 und dem Zusammenfall der UdSSR. Die USA wurden damit zur global führenden, einflussreichsten Nation.⁴³⁰

Der genaue Beginn zeichnete sich ab, als sich die Vorstellungen zur politischen und ökonomischen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen den Siegermächten nicht mehr vereinbaren ließen.⁴³¹ Für die Entstehung des Kalten Krieges waren, nach Westad, zwei Schritte die Grundvoraussetzung: Zuerst kristallisierten sich die Staaten UdSSR und USA als Super-

⁴²⁸ Vgl. Westad: 2017, S. 1.

⁴²⁹ Vgl. Manfred Kerner: Kalter Krieg, S. 271-273, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Boston, Oldenburg 2019, S. 273. [Im Folgenden zitiert als: Kerner: 2019.]

⁴³⁰ Vgl. Westad: 2017, S. 5.

⁴³¹ Vgl. Kerner: 2019, S. 271.

mächte heraus und die gegensätzlichen Ideologien von Kapitalismus und Kommunismus entstanden.⁴³² Hierbei ging es um Gegensätze in Konzepten, Interessen, Wirtschaftspolitik und die Verfassungsordnung.⁴³³

Die USA nahmen am Ersten Weltkrieg teil und erhob ab 1914 den Anspruch, Weltmacht zu sein,⁴³⁴ während im russischen Zarenreich die Revolution 1917 ein Gegenmodell zum Kapitalismus darstellte. Es zeichneten sich bereits hier klare Fronten zwischen den beiden Systemen ab.⁴³⁵ Nach dem Ersten Weltkrieg erhöhte sich der kulturelle sowie der Austausch von Waren immens. Im Jahr 1920 wurde das Finanzzentrum der Welt aus London an die Wall Street nach New York verlegt.⁴³⁶

Zudem gab es politische Veränderungen, so entstanden in vielen Ländern in der Zwischenkriegszeit neue Parteien nach dem Bolschewiki Modell.⁴³⁷ Diese kommunistischen Parteien waren antiimperial⁴³⁸ und manche imaginierten, dass der Kommunismus die Welt retten könnte.⁴³⁹ Daneben formten sich andere neue Ideologien. Mussolini hatte die fixe Idee nur eine Mischung aus Sozialismus und Nationalismus sei der Weg nach vorne.⁴⁴⁰ Damit erstarkten Ideologien wie Faschismus und Nationalsozialismus.

Im Zweiten Weltkrieg waren die britische, sowjetische und amerikanische Regierung verbündet gegen Japan, Deutschland und Italien. Das Vereinigte Königreich und Frankreich verloren als große Imperien durch die Kriege nachhaltig Ressourcen, die ihren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einfluss schwächten. Dadurch kam es zu einer Machtverschiebung zugunsten der USA.⁴⁴¹ Nennenswert ist, dass die neuen Supermächte keine Kolonialmächte waren. Frankreich und das Vereinigte Königreich waren vom Zweiten Weltkrieg geschwächt, weswegen das Entstehen einer Supermacht mitten in Europa nicht möglich war. Die UdSSR und die USA hatten zu keiner Zeit formale Kolonien im hier definierten Sinne, was sie von den zentraleuropäischen Großmächten unterschied. Von besonderer Bedeutung war allerdings, dass die beiden flächenmäßig größten Staaten USA und UdSSR Föderationen waren. In einigen Aspekten glichen sich die beiden Supermächte, in anderen trafen Gegensätze aufeinander. Die Beziehungen

⁴³² Vgl. Westad: 2017, S. 19.

⁴³³ Vgl. Helmut Volger: Blöcke/Blockbildung/Bewegung der Blockfreien Staaten, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 75. [Im Folgenden zitiert als: Volger: Blöcke: 2019.]

⁴³⁴ Vgl. ebd.

⁴³⁵ Vgl. Westad: 2017, S. 19.

⁴³⁶ Vgl. ebd., S. 29.

⁴³⁷ Vgl. ebd., S. 31.

⁴³⁸ Vgl. ebd., S. 32.

⁴³⁹ Vgl. ebd., S. 33.

⁴⁴⁰ Vgl. ebd., S. 36.

⁴⁴¹ Vgl. ebd., S. 43.

zwischen den USA und der Sowjetunion waren seit der Oktoberrevolution 1917 durch Gegnerschaft geprägt, da die USA ab 1918 an der Intervention gegen das bolschewistische Russland teilnahmen. Die Gegnerschaft wurde nur unterbrochen durch die Anti-Hitler-Koalition.⁴⁴² Russland folgt, nach einer neo-realistischer Lesart einem imperialen Selbstbild, strebt dabei nach Machtausdehnung und nach Ausweitung seiner Einflussphären. Folgt man der defensiven Interpretation dann reagiert Russland auf eine vorgängige Expansion des Westens.⁴⁴³

Beide Systeme sind Atommächte und ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates. Die USA kontrollieren mit ihren über 700 Militärstützpunkten weite Teile der Welt. Den Atlantik, Pazifik, mit Nähe zu Russland und China, die Golfregion mit reichen Vorkommen an Öl und Gas und Eurasien mit seinen industriellen Zentren. Mit dem einflussreichen US-Dollar verfügen die USA über einen weiteren geopolitische Machtpfeiler. In Russland wird die Geopolitik stärker von der Geografie bestimmt als in den USA. Im Norden hindert Eis einen freien Zugang zum Meer. Russland hat damit für seine Militär- und Handelsschiffe weniger Handlungsmöglichkeiten.⁴⁴⁴ Die Kriegsallianz aus dem Zweiten Weltkrieg zwischen den USA, dem Vereinigten Königreich und der UdSSR hielt nicht lange an. Die UdSSR hatte unter dem Krieg sehr gelitten und Stalin begrüßte dieses Bündnis und die Aussicht auf Frieden. Dann verschärfte jedoch der Konflikt um Polen die Geopolitik.⁴⁴⁵ Nach dem Zweiten Weltkrieg drängte die Sowjetunion auf Aufarbeitung des Faschismus begleitet von grundlegender Veränderung der Politik und Wirtschaft. Die USA sahen für das Funktionieren einer freiheitlichen Demokratie freie Marktwirtschaft als elementar.⁴⁴⁶ Insbesondere die Verschärfung durch Spannungen in der internationalen Politik zwischen beiden Supermächten und ihren Verbündeten bis hin zur Androhung militärischer Gewalt zeichnete diese Epoche aus.⁴⁴⁷ Zur Legitimation der militärischen Mittel wurden nach innen und außen Propagandakampagnen genutzt.⁴⁴⁸

Weltweit veränderte sich die politische Landschaft grundlegend nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders jedoch in Europa. Mitte der 1950er Jahre wurde klar, dass die USA, das westliche Europa, und das postimperiale Japan zu zukünftigen Polen der Weltwirtschaft werden würden.

⁴⁴² Vgl. Andreas Heinemann-Grüder: Russland und die Vereinigten Staaten, 12.06.2019, in: Bundeszentrale für politische Bildung, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/283698/russland-und-die-vereinigten-staaten/> zuletzt besucht 12.07.2022.

⁴⁴³ Vgl. ebd.

⁴⁴⁴ Vgl. Beate Krol: Die Strategie der Großmächte, 17.01.2019, in: planet wissen, online verfügbar unter: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/politik/geopolitik/strategien-der-grossmaechte-100.html> zuletzt besucht: 12.07.2022.

⁴⁴⁵ Vgl. ebd., S. 53.

⁴⁴⁶ Vgl. Kerner: 2019, S. 271.

⁴⁴⁷ Vgl. ebd.

⁴⁴⁸ Vgl. Kerner: 2019, S. 271.

Wirtschaftliche Entwicklung war seitdem ein vorrangiges Anliegen.⁴⁴⁹ Die wirtschaftlich stärkste Macht waren die USA, die in Westeuropa politisch zunehmend mitbestimmten. Liberale Demokratien setzten sich als Leitbild durch. Während der NS-Herrschaft waren viele Demokratien zerschlagen worden, diese wurden nun wieder aufgebaut. Die Sowjetunion, mit ihrem stalinistischen Herrschaftsmodell, fand eher im Osten oder bei kommunistischen Parteien Anklang. Eine europäische Eignung beschränkte sich auf Westeuropa und teilte die Welt zunehmend in die Blöcke von Kommunismus und Kapitalismus.⁴⁵⁰

Die übrigen Staaten der Welt, die sich weder dem Ost- noch dem Westblock zuordneten, bildeten seit der Initiative 1955 des damaligen Staatschefs von Indien die Blockfreien Staaten, die sogenannte „Dritte Welt“. Viele dieser Staaten hatten nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit gewonnen und waren nicht bereit, diese Selbstbestimmung, die die Integration in ein Blocksystem vorsah, wieder aufzugeben.⁴⁵¹

Zusätzlich kam in den 1960er Jahren die Unterscheidung von zwei „Konflikt Formationen“, nämlich Ost-West und Nord-Süd auf.⁴⁵² Der Nord-Süd Unterschied steht nicht im Fokus dieser Arbeit, soll dennoch kurz erläutert werden, da sein Ursprung in der Dekolonisationsphase liegt. Hierbei geht es um den antikolonialen Widerstand gegen die Imperien und um die Lage der wirtschaftlich schwachen Staaten zu verbessern. Er kann gelesen werden als eine Revolte der armen Staaten gegen unfaire Abhängigkeitsformen gegenüber den Staaten der nördlichen Hemisphäre. Dieser Konflikt wurde mit Waffen und Worten ausgetragen, wobei die UNO in New York als Schauplatz diente.⁴⁵³ Wegen der inkonsequenten Entkolonialisierungspolitik stimmten die Mitglieder und Teilnehmer aus blockfreien Staaten auf Konferenzen der UNO zunehmend mit den politischen Vorstellungen der Sowjetunion überein.⁴⁵⁴ Durch den Kalten Krieg und die Blockformationen veränderte sich vieles nachhaltig in der internationalen Politik. Internationale Organisationen und NGOs gewannen an Bedeutung. Politischer Aktivismus äußerte sich in Bürgerrechtsbewegungen und sozialen Bewegungen zur Förderung von Menschenrechten.⁴⁵⁵ Der Befreiungskampf war jedoch nicht nur in diplomatischen Kreisen, sondern auch in der tansanischen Gesellschaft präsent.⁴⁵⁶ Nyerere forderte im Rahmen der Blockfreien-Bewegung die

⁴⁴⁹ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 133.

⁴⁵⁰ Vgl. Dülffer: 2004, S. 39.

⁴⁵¹ Vgl. Volger: Blöcke: 2019, S. 76.

⁴⁵² Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 139.

⁴⁵³ Vgl. ebd., S. 142.

⁴⁵⁴ Vgl. Kerner: 2019, S. 272.

⁴⁵⁵ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 16.

⁴⁵⁶ Vgl. Burton: 2021, S. 51.

Neustrukturierung der Handelsbeziehungen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden.⁴⁵⁷

Ebenso wollte die TANU mit Präsident Julius Nyerere an der Spitze einen antiimperialistischen Weg gegen Kolonialismus und Rassismus. Dafür strebte insbesondere Nyerere für nationale Einigkeit.⁴⁵⁸ Diese allein konnte allerdings nicht die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung decken und die Entwicklung zu einem selbständigen, ökonomisch stabilen Staat vorantreiben. Die Blöcke versuchten, die übrigen Staaten wirtschaftlich, militärisch oder durch Verträge an sich zu binden oder mit Entwicklungshilfe Versprechungen zu locken,⁴⁵⁹ die sich im Falle Tansanias auf die Bildung auswirken sollten.

Mit dem Bau der Berliner Mauer 1961, wenige Monate vor der Unabhängigkeitsfeier in Dar es Salaam, nahm eine zunehmende Verflechtung der DDR mit der postkolonialen Welt zu.⁴⁶⁰ So wurde Sansibar zum Ort des ersten großen DDR-Engagements in Afrika.⁴⁶¹

So nahm der international wirkende Konflikt des Kalten Krieges zwischen den beiden Supermächten Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung Tansanias. Die Frage war, wie viel Einfluss hatte der globale Konflikt auf die innenpolitische Transformation Tansanias hin zu einem sozialistischen Staatssystem.

Die sozialistische Grundlage Tansanias entstand als eine politische Philosophie und wurde in den 1960er Jahren zur Staatsdoktrin und Grundlage der Entwicklungspolitik. Ujamaa hieß eine Variante afrikanischer Sozialismen, die zu dieser Zeit in Mali, Ghana und Senegal ausgearbeitet wurde. Nyerere veröffentlichte 1962 einen ersten programmatischen Text zu Ujamaa, um Tansania eine eigene Nationalethik zu geben. Er verstand den afrikanischen Sozialismus weniger als sozioökonomische Formation, sondern als eine menschenzentrierte „Geisteshaltung“, welche sich durch Respekt und Anerkennung des anderen, aber auch gemeinschaftlichen Besitz der wichtigsten Güter wie Land und die Verpflichtung zur Arbeit auszeichnete.⁴⁶² Erst die verfasste Deklaration von Arusha im Jahr 1967, die vom Nationalen Exekutiv-Komitee der TANU ver-

⁴⁵⁷ Vgl. ebd., S. 50.

⁴⁵⁸ Vgl. Helmut Matthes: Zur Entwicklung außenpolitischer Grundlagen der Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik und der Vereinigten Republik Tansania bis Mitte der siebziger Jahre, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.): Kalter Krieg in Ostafrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, (3), Berlin 2009, S. 56. [Im Folgenden zitiert als: Matthes: 2009.]

⁴⁵⁹ Vgl. Volger: Blöcke: 2019, S. 76.

⁴⁶⁰ Vgl. Burton: 2021, S. 2.

⁴⁶¹ Vgl. ebd.

⁴⁶² Vgl. ebd., S. 44.

abschiedet wurde, machte aus den Schriften von Nyerere zu Ujamaa die Partei- und Staatsdoktrin.⁴⁶³ Die in Tansania umgesetzten sozialistischen Ideen entstanden unter Einfluss eigener historischer Erfahrungen, unterschiedlichen in anderen Staaten praktizierten Prinzipien sowie Elementen des Panafrikanismus. Die TANU hatte sich bereits vor der Unabhängigkeit mit dem panafrikanischen Gedanken auseinandergesetzt. Parteimitglieder meinten, dass die eigene Freiheit erst erreicht sein würde, wenn der gesamte afrikanische Kontinent den Kolonialismus besiegt hatte.⁴⁶⁴ Außenpolitisch war die tansanische Regierung eine prinzipienfeste Vertreterin von Antikolonialismus, Antirassismus und Antiimperialismus.⁴⁶⁵ Die koloniale Phase Tansanias formte den Wunsch nach sozialen, humanitären politischen Strukturen, die ebenso in der Wirtschaft wie im kultur-gesellschaftlichen Alltag umgesetzt werden sollten was sich auf die Innenpolitik übertrug. Das spricht gegen die These, die sozialistische Entwicklung Tansanias hänge mit der Rahmenbedingung des Kalten Krieges zusammen.

Zu Ausbildungszwecken gingen Tansanier*innen in die Sowjetunion, DDR aber auch in die USA, das Vereinigte Königreich oder in die BRD. Zudem wurde Entwicklungspersonal aus all diesen und weiteren Staaten nach Tansania gesandt.⁴⁶⁶ Die DDR investierte wie die Sowjetunion in Tansania, zudem gab es eine Annäherung an China, das eine Eisenbahnverbindung nach Sambia unterstützte.⁴⁶⁷ Ab 1985 trat Nyerere als Präsident zurück und westliche Investoren begannen mit vom IWF geforderten Strukturanpassungsprogrammen.⁴⁶⁸ Die besondere und gemäßigte Form des in Tansania praktizierten Sozialismus wies zwar Ähnlichkeiten mit dem ursprünglichen Kommunismus auf, allerdings lässt sich nach der historischen Analyse und dem Blick auf die internationale Wirkmächtigkeit des Kalten Krieges feststellen, dass es Unterstützung von beiden Systemen gab.

6.2 Das Vereinigte Königreich als Treuhänder und das Ende des britischen Imperiums

In diesem Kapitel wird die globale Perspektive der postkolonialen Situation Tansanias beibehalten und auf die Lage des Vereinigten Königreichs als Kolonial-, Mandatsmacht und Treuhänder und ihr Ende als solche eingegangen. In Relation zu den bisher ermittelten Ergebnissen, zur Rolle des Treuhandrats für das Treuhandgebiet Tanganjika bis zur Unabhängigkeit 1961,

⁴⁶³ Vgl. ebd., S. 45.

⁴⁶⁴ Vgl. ebd., S. 48.

⁴⁶⁵ Vgl. ebd., S. 47.

⁴⁶⁶ Vgl. ebd., S. 1.

⁴⁶⁷ Vgl. ebd., S. 54.

⁴⁶⁸ Vgl. ebd., S. 46.

werden Beiträge aus dem *House of Commons*⁴⁶⁹ hinzugefügt. Der britische Abgeordnete Henry Clark erklärt während der Sitzung im *House of Commons* im Jahr 1961, dass jedes Land seine eigenen Herausforderungen selbst bewältigen sollte. Erst, wenn das Ausmaß nicht mehr zu bewältigen sei, werde ihm geholfen. Bis zur Unabhängigkeit sei die britische Regierung noch für Tanganjika verantwortlich.⁴⁷⁰ Diese Aussage ist Beispielhaft, allerdings vertraten die Abgeordneten unterschiedliche Haltungen. Welche Positionen vertraten die Politiker der britischen Regierung und welche Aussagen fielen konkret im Kontext der Unabhängigkeit? Welche aus der Unabhängigkeit folgenden Herausforderungen betreffen das Vereinigte Königreich, welchen weichen sie aus und wie argumentieren sie?

Das Vereinigte Königreich hatte einige Kolonien und war zusätzlich eine Mandatsmacht und später Treuhänder. Was unterschied die Politik gegenüber den unterschiedlichen Typen von abhängigen britischen Territorien? Bis 1919 gab es Kolonien und Protektorate. Kolonien unterstanden direkt der Krone, Protektorate nicht. Seit dem Vertrag von Versailles kamen Mandatsgebiete hinzu, diese fielen unter internationales Recht.⁴⁷¹ Nachdem die deutsche Kolonialzeit Tanganjikas mit Ende des Ersten Weltkrieges vorbei war, wurde das Land ab 1920 Mandatsgebiet des Völkerbundes und unterstand britischer Verwaltung.⁴⁷² Mit der Unabhängigkeit Tanganjikas endete der Auftrag des Treuhänders und die britische Verwaltungszeit. Dieser Prozess der Dekolonisation gehörte, neben den beiden Weltkriegen, zu den Ereignissen des 20. Jahrhunderts mit den größten Folgen.⁴⁷³ Der Begriff der Dekolonisation ist nach Osterhammel ein sehr technischer und undramatischer und beschreibt nicht wirklich die drastischen Entwicklungen des vergangenen Jahrhunderts. Dabei geht es um die Auflösung bzw. das Verschwinden der Imperien, als politisches Geschehen. Dazu gehörte auch das Abnehmen der „Weißen Hierarchie“, was bis dahin vornehmlich als weltweit akzeptierte politische Ideologie und Struktur galt.⁴⁷⁴ Durch die Verschiebung der Macht ergaben sich innenpolitisch und international tiefgreifende Veränderungen, die auf sämtliche Bereiche einwirkten.⁴⁷⁵ Globale Strukturen, die teilweise seit über 200 Jahren unter europäischem Einfluss die Welt bestimmten, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von vielen Politikern nicht länger als selbstverständlich genommen.⁴⁷⁶ Damit bedeutete Dekolonisation die historische UN-Delegitimation von Fremdverwaltung und

⁴⁶⁹ Anmerkung: *House of Commons* zu Deutsch: Unterhaus, ist die politisch entscheidende zweite Kammer des britischen Parlaments. Das Unterhaus bestimmt über Gesetzgebung und den Staatshaushalt.

⁴⁷⁰ Zit. n. UK Parliament: 1961, 1004.

⁴⁷¹ Vgl. Chidzero: 1961, S. 39.

⁴⁷² Vgl. Halpern: 1991, S. 47.

⁴⁷³ Vgl. Gerhard Altmann: Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945-1985, Göttingen 2005, S. 7. [Im Folgenden zitiert als: Altmann: 2005.]

⁴⁷⁴ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 1.

⁴⁷⁵ Vgl. Altmann: 2005, S. 7.

⁴⁷⁶ Vgl. Westad: 2017, S. 261.

wurde schnell zu einer weltweiten Bewegung. Der Prozess des Machttransfers von externer Beeinflussung zu nationalen Institutionen war eingebettet in ein weltweites Wechseln der Werte.⁴⁷⁷ So ergab sich mit dem Zweiten Weltkrieg ein neuer politischer Diskurs,⁴⁷⁸ mit den Themen Freiheit und Selbstbestimmung, was bis 1948 zur Festigung der allgemeinen Menschenrechte führte.

Europa hatte sich durch die Einwirkungen des Zweiten Weltkriegs drastisch verändert. Gebäude waren zerstört und weltweit schätzungsweise 80 Millionen Menschen gestorben.⁴⁷⁹ Der Weltkrieg hatte die Gesellschaften in Europa Gewalt und Leid auf eine sehr drastische Weise spüren lassen. Das Bewusstsein über die Zustände in den Kolonien mit Unterdrückung, Not und Terror mag dadurch verstärkt worden sein. Zudem setzten sich europäische Politiker*innen und Bürger*innen auf eine neue Weise mit Fremdverwaltung auseinander. Das Ablehnen einer Fremdverwaltung stellte eine starke Triebkraft der Dekolonisation dar.⁴⁸⁰ Innerhalb der Kolonien bestand diese Ablehnung bereits, in Europa entstand das Bewusstsein für diese Problematik im 20. Jahrhundert durch die Erfahrung des Krieges und den Kampf gegen den Nationalsozialismus.

Field Marshal Jan Smuts, Premierminister Südafrikas, sah das britische *Empire* als das einzig erfolgreiche Experiment für internationale Regierung an. Auf der Konferenz in San Francisco 1945 merkte er an, dass im Zweiten Weltkrieg die Deutschen besiegt wurden, aber nicht ihre kolonialen Denkweisen. Weiße hätten noch immer die Vormachtstellung, da 750 Millionen Menschen in Kolonien lebten.⁴⁸¹ Der US-amerikanische Präsident Truman meinte, die Welt könne nun nach vorne schauen in eine Zeit der Gleichberechtigung und Menschenrecht, in der alle frei sein würden.⁴⁸² Die Atlantik Charta, die auf der Potsdamer Konferenz 1941 gefasst wurde, war ein ambitioniertes Dokument. Unter anderem galt es aus der Sicht der USA als ein internationales Versprechen die europäischen Großmächte abzubauen.⁴⁸³

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs und Frankreich gingen davon aus, dass ihre Kolonien produktiver und ideologisch stabil bleiben würden, im Tumult der Nachkriegsjahre. Die kolonialen Regierungen in den 1940er Jahren meinten durch Entwicklung als Idee könnten sie den Kolonialismus wiederbeleben. Es zeigte sich jedoch, dass die Idee von Entwicklung elementar für die Unabhängigkeitswerdung war. Sie sandten Expert*innen für Landwirtschaft,

⁴⁷⁷ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 2.

⁴⁷⁸ Vgl. Altmann: 2005, S. 13.

⁴⁷⁹ Vgl. Westad: 2017, S. 71.

⁴⁸⁰ Vgl. ebd., S. 263.

⁴⁸¹ Vgl. Mazower: 2009, S. 63.

⁴⁸² Vgl. ebd., S. 61.

⁴⁸³ Vgl. ebd., S. 55.

Gesundheit und Bildung in ihre zugehörigen Übersee Gebiete. Der Nachkriegs-Imperialismus stand unter dem Stichwort Wissen. Nach zehn Jahren hatte die Bewegung ihre Dynamik eingebüßt.⁴⁸⁴ Das Prinzip der Entwicklung, so meinten die Abgeordneten in den Kolonien besitzenden Staaten Frankreich und dem Vereinigten Königreich, war etwas, das für die Einheimischen und nicht mit ihnen geschehen sollte. Das Problem war der Dualismus kolonialen Denkens, der eine moderne Zukunft in einer primitiven Gegenwart sah.⁴⁸⁵ Das Vereinigte Königreich wollte die sozialen Probleme in seinen afrikanischen Kolonien und Treuhandgebieten mit europäischen Konzepten lösen. Ein Ansatz war es gut ausgebildete Arbeiter*innen in Städte einzuladen, die dort gut bezahlt wurden.⁴⁸⁶

Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte das hoch verschuldete Vereinigte Königreich höhere Einkünfte in den abhängigen Territorien zu generieren.⁴⁸⁷ Noch immer war die britische Nation eine einflussreiche, mit globalen Interessen. Für den Krieg hatte sich der Staat Geld von den USA geliehen und hatte damit seinen internationalen Handlungsspielraum eingebüßt.⁴⁸⁸ Der neue Kurs des „Entwicklungskolonialismus“ – in der Literatur als „zweite koloniale Eroberung“ bezeichnet – umfasste eine Reihe kostspieliger Ordnungs- und Interventionstechniken. Darunter die Planung von Entwicklungsprojekten und Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität in der Landwirtschaft, Investitionen in Bildung und Verwaltungsreformen.⁴⁸⁹ Das Vereinigte Königreich benötigte weiterhin Rohstoffe und Nahrung aus Übersee. So entstand zwischen den Jahren 1946 bis 1951 das Pilotprojekt des Erdnussanbaus in Tanganjika, auch genannt Ostafrikanischer Erdnuss-Plan, um die prekäre Fettversorgung der britischen Bevölkerung entgegenzuwirken.⁴⁹⁰ Der Plan scheiterte als „Erdnuss-Skandal“, weil seit 1948 Projektgelder falsch abgerechnet und angebliche Erfolge durch vorsätzliche Falschmeldungen verbreitet worden waren. In der Sitzung des *House of Commons* im November 1962 erklärte Arthur Skeffington, dass das Programm zum Erdnussanbau zu schnell umgesetzt worden war. Ausbleibender Regen sei nicht einkalkuliert worden, was die Umsetzung am Ende nicht möglich gemacht habe. Die britische Regierung habe allerdings Experten zu dem Thema nach Tanganjika entsandt, die seitdem dort aktiv waren.⁴⁹¹

In den meisten Fällen konnte das Vereinigte Königreich ökonomisch mehr aus einer kolonialen Herrschaft herausholen als aus einer kooperativen postkolonialen Beziehung. Tanganjika galt

⁴⁸⁴ Vgl. Cooper: 2013, S. 531.

⁴⁸⁵ Vgl. ebd., S. 532.

⁴⁸⁶ Vgl. ebd., S. 541.

⁴⁸⁷ Vgl. Burton: 2021, S. 42.

⁴⁸⁸ Vgl. Westad: 2017, S. 106.

⁴⁸⁹ Vgl. Burton: 2021, S. 42.

⁴⁹⁰ Vgl. Altmann: 2005, S. 71 f.

⁴⁹¹ Vgl. UK Parliament: 1962, 1012.

dafür 1957 aus britischer Sicht zu rückständig.⁴⁹² Clark erklärte im Jahr 1962 im *House of Commons*, dass er sich gewünscht hätte, dass sich Tanganjika langsamer in die Unabhängigkeit begeben hätte.⁴⁹³ Zwar sollte den Menschen, die in Ostafrika leben, selbst überlassen sein in welcher Form sie zukünftig mit dem Vereinigten Königreich zusammen arbeiten wollen, doch empfahl Kolonialminister Reginald Maudling in seiner Rede eine enge Zusammenarbeit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht.⁴⁹⁴ Dabei zeigte die langsame Anpassung an eine Welt nach dem *Empire* die langwierigere Natur der britischen Dekolonisation.⁴⁹⁵ Die britische Regierung tendierten dazu, vorkoloniale Machtstrukturen zu erhalten, wo immer es möglich war.⁴⁹⁶ Die Fortführung von wirtschaftlichen Verflechtungen und Zusammenarbeit sollte zum Vorteil aller beitragen. Unter dieser Prämisse wurde das *Commonwealth* gegründet. Dies wurde in einer anderen Parlamentssitzung aufgegriffen: Die Verbindung zwischen den verschiedenen Mitgliedern des *Commonwealth* war nicht nur vom Handel abhängig. Donald Wade merkt an, dass die britische Regierung dem Handel einen besonderen Stellenwert zugestanden und damit seine Bedeutung überschätzt hätte.⁴⁹⁷ Hier wurde argumentiert, dass Verwaltungsarbeiter*innen und Personal vor Ort weitaus wichtiger für den Aufbau und Bestand eines Staates sind. Tanganjika war eines der ersten Gebiete, das unter das Treuhandsystem der Vereinten Nationen gestellt wurde.⁴⁹⁸ Am Ende des Krieges, 1945, lebten nach James Griffiths über 600 Millionen Menschen im britischen *Empire* unter kolonialer Herrschaft.⁴⁹⁹ Der Einfluss der britischen Treuhänder hielt etwas über 40 Jahre an,⁵⁰⁰ in so einer Zeitspanne ließen sich einige Projekte realisieren. Wenn über eine so lange Zeit allerdings wenig investiert und abgeschlossen wird, sind die Auswirkungen langfristig kontraproduktiv. Im März des Jahres 1961 gab es eine, wie der Kolonialminister Maudling nannte „erfolgreiche“ Konferenz in Dar es Salaam sowie im Juni eine in London, die den Weg in die Unabhängigkeit bestimmten und auf der das Datum der Unabhängigkeit vom 28. Dezember auf den 9. Dezember vorverlegt wurde.⁵⁰¹ Vor Beendigung des Treuhandabkommens durch die Unabhängigkeit Tanganjikas musste die britische Regierung die Zustimmung der UNO einholen.⁵⁰² Griffiths

⁴⁹² Vgl. Cooper: 2013, S. 546.

⁴⁹³ Vgl. UK Parliament: 1961, 1002.

⁴⁹⁴ Vgl. ebd., 988.

⁴⁹⁵ Vgl. Stockwell: 2018, S. 137.

⁴⁹⁶ Vgl. Julian Wucherpfennig, Philipp Hunziker, Lars-Erik Cederman: Who Inherits the State? Colonial Rule and Postcolonial Conflict, *American Journal of Political Science*, Band 60 (4), S. 885, 03.12.2015, online verfügbar unter: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1111/ajps.12236> zuletzt besucht: 19.02.2022.

⁴⁹⁷ Vgl. UK Parliament: 1962, 913.

⁴⁹⁸ Vgl. UK Parliament: 1961, 986.

⁴⁹⁹ Vgl. ebd., 991.

⁵⁰⁰ Vgl. ebd., 986.

⁵⁰¹ Vgl. ebd., 987.

⁵⁰² Vgl. ebd., 989.

war der Meinung, dass das Vereinigte Königreich die Pflicht der Treuhandschaft gut erfüllt habe. Tanganjika sei ein gutes Beispiel für einen friedlichen Übergang von Abhängigkeit zu Unabhängigkeit.⁵⁰³ Es lässt sich nicht abstreiten, dass die zugewiesene Aufgabe Tanganjika als Treuhandgebiet zu verwalten und in die Unabhängigkeit zu begleiten erfolgreich erfüllt wurde. Der friedliche Übergang vom abhängigen zum unabhängigen Gebiet sowie eine weitgehende friedliche Politik lassen sich nachweisen. Allerdings lassen sich in dieser Arbeit einige aufgezeigten Aspekte anführen, dass die Verwaltung noch mehr auf die Bedürfnisse der Bevölkerung hätte abgestimmt sein können.

Die ersten Schritte zu einem unabhängigen Staat waren, wenn die lokalen Regierungen Amtspflichten übernahmen und wenn Formalitäten unter internationalem Recht und unter symbolischem Charakter durchgeführt wurden.⁵⁰⁴ Im Fall Tanganjikas erinnerte sich John Tilney in der Sitzung des *House of Commons* am 6. November 1962 an die Unabhängigkeit:⁵⁰⁵ Bei der Ausarbeitung der Vorschläge für eine republikanische Verfassung hatte die Regierung versucht folgende Grundprinzipien zu verwirklichen: Die Exekutive muss über die notwendigen Befugnisse verfügen, um die Aufgaben eines modernen Staates zu erfüllen; das Parlament musste souverän bleiben; und die Rechtsstaatlichkeit musste gewahrt bleiben.⁵⁰⁶ Die Verfassung Tanganjikas war zum Sitzungszeitpunkt am 6. November noch nicht veröffentlicht worden. Die ersten Präsidentschaftswahlen hatten gerade stattgefunden.⁵⁰⁷ Nach der Unabhängigkeit lag es an Nyerere den Weg zu wählen den der Staat ökonomisch und politisch einschlagen sollte.⁵⁰⁸ Allerdings konnten die Stellen in Wirtschaft, Verwaltung sowie in Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen nicht sofort von Kolonialbeamten an Bürger*innen des neuen Staates übergeben werden.⁵⁰⁹ Im Jahr 1962 war die Frage um Beamte weiterhin Thema, wie die Quellen aus dem britischen Parlament zeigten. Patrick Wall betonte wie wichtig ausgebildete britische Verwaltungsbeamte auf dem Weg der Länder in die Unabhängigkeit und kurz danach waren.⁵¹⁰ Kolonialminister Maudling erklärte, wie wichtig die Wertschätzung der britischen Mitarbeiter*innen in Tanganjika bis zur Unabhängigkeit war. Maudling meinte, dass dieses Kapitel eine schöne Bilanz der Verwaltung der überseeischen Gebiete darstellte. Er nannte es eine Freude, dass viele

⁵⁰³ Vgl. ebd., 991.

⁵⁰⁴ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 2.

⁵⁰⁵ Zit. n. UK Parliament: 1962, 905.

⁵⁰⁶ Zit. n. ebd., 907.

⁵⁰⁷ Vgl. UK Parliament: 1962, 907.

⁵⁰⁸ Vgl. Matthes: 2009, S. 56.

⁵⁰⁹ Vgl. Burton: 2021, S. 1.

⁵¹⁰ Vgl. UK Parliament: East Afrika (Civil Servants): HC Deb 26 January 1962 vol 652 cc662-72, 662, online verfügbar unter: <https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1962/jan/26/east-afrika-civil-servants> zuletzt besucht: 23.03.2022.

britische Beamt*innen und Berater*innen der Regierung von Tanganjika noch nach der Unabhängigkeit zur Verfügung stehen würden, und zwar durch die Unterzeichnung eines Abkommens im Rahmen des *Overseas Services Aid Scheme*.⁵¹¹ Dabei handelt es sich um finanzielle Unterstützung für Dienstleistungen.

Neben den Beamt*innen, die das Vereinigte Königreich in die Treuhandgebiete entsandte, stand Tanganjika als Treuhandgebiet in Austausch mit der internationalen Organisation der UNO. Die Entsendung von Expert*innen in die Treuhandgebiete drängten die britische Treuhand sich mit Missständen auseinanderzusetzen und stießen Verbesserungen an. Die Besuchermissionen führten zu Entwicklungen, die ohne die Aufmerksamkeit von Experten und Beobachtern aus der ganzen Welt auf das Gebiet vielleicht nicht stattgefunden hätten. Laut Skeffington gab es Diskrepanzen zwischen dem, was die Gebietsregierungen präsentierten und dem, was die Delegationen feststellten. Die Delegationen waren nicht immer zufrieden mit dem, was sie vorfanden. Die Menschen vor Ort hatten dadurch die Möglichkeit Einspruch zu erheben, wenn sie sich ungerecht behandelt fühlten. Die Entwicklungsprogramme von 1945 bis 1950 standen im Kontrast zu dem, was zwischen den Kriegen in den Gebieten geschehen war.⁵¹² Im Verlauf seines Plädoyers würdigt Maudling Menschen außerhalb des Landes, die sich für das Wohlergehen Tanganjikas eingesetzt hatten. Dabei schloss er vor allem die Mitarbeiter*innen der UNO ein, die die Besuchsmmissionen vor Ort gebildet hatten und sich damit konkret mit der Entwicklung des Landes auseinander- und dafür eingesetzt hatten.⁵¹³ Im Fall der britischen Treuhandverfügung wirkten exogene Faktoren auf die Kolonialpolitik ein. Die USA und UNO drängten das Vereinigte Königreich zu einer differenzierteren Auseinandersetzung mit ihren Kolonien und Treuhandgebieten. Die UNO-Generalversammlung fungierte als Podium für antikoloniale Rhetorik. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges ab 1947 legten Mandatsmächte in erheblichem Umfang Rechenschaft für die Entwicklung von Tanganjika und Kamerun ab. Zudem waren Kolonialmächte durch die UNO-Menschenrechtskonvention 1948 dazu verpflichtet regelmäßig über die ökonomisch-soziale Situation in sämtlichen abhängigen Gebieten zu berichten.⁵¹⁴ Nach seiner Unabhängigkeit wurde Tanganjika als Mitglied in die UNO aufgenommen.⁵¹⁵ Ab sofort saß der ehemalige Treuhänder mit dem Treuhandgebiet gemeinsam im internationalen Rat zusammen. Wie sich dieses Verhältnis vor Ort auf Verhandlungen und Entscheidungsfindungen auswirkte wäre in einem weiteren Rahmen zu analysieren.

⁵¹¹ Vgl. UK Parliament: 1961, 986.

⁵¹² Vgl. UK Parliament: 1962, 1013.

⁵¹³ Vgl. UK Parliament: 1961, 987.

⁵¹⁴ Vgl. Altmann: 2005, S. 61.

⁵¹⁵ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 2.

Die Kolonialmächte und deren Strukturen verschwanden nicht durch die formale Unabhängigkeit eines Staates. Die von der Dekolonisation tangierten Bereiche waren soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle. Viele politische und verwaltungstechnische Strukturen blieben vorerst erhalten. Besitzverhältnisse waren zum Teil ungeklärt, genauso wie die Staatsbürgerschaft und Regelungen für verschiedene ethnische Gruppen.⁵¹⁶ Im Fall Tanganjikas waren nach der Unabhängigkeit Bürger*innen Tansanias keine britischen Staatsbürger*innen mehr.⁵¹⁷ In den postkolonialen Staaten und Gesellschaften blieb die koloniale Vergangenheit zurück, die Auswirkungen auf die Identität der Menschen dort hatte. Zudem verblieben internationale Hierarchien,⁵¹⁸ die häufig wirtschaftliche Ursprünge hatten und nicht so schnell beseitigt werden konnten. Nach dem Historiker Prasenjit Duara ging es bei der Dekolonisation eher um einen lokalen Machtwechsel, eingebettet in einen globalen Wertewandel.⁵¹⁹ Mit dem Auflösen der Kolonien kam es zu einem Machttransfer zum Nachteil von Europa.⁵²⁰ Das Verschwinden der Kolonialmächte bedeutet das Ende der Überseeherrschaft. Es entstanden neue Machtstrukturen innerhalb Europas und die internationalen Beziehungen zwischen Europa und anderen Staaten veränderten sich.⁵²¹ Das Vereinigte Königreich unterhielt die weltweit stärkste Flotte, also militärische Ressourcen zur Weltmacht und ökonomische Stärke, besonders im Finanzsektor.⁵²²

6.3 Die Unabhängigkeit aus britischer Perspektive

Der junge Staat startete mit einigen Herausforderungen in die Unabhängigkeit. Die anstehenden Aufgaben, um den Lebensstandard zu verbessern waren vielschichtig und intensiv. Der Name des Staates Tanganjika bedeutete „Ort der Vermischten“.⁵²³ Hier zeigte sich die Herausforderung des Vielvölkerstaats, die zwar bestand, laut der untersuchten Quellen aus der britischen Perspektive wurde allerdings vor Ort gut damit umgegangen. Laut Griffiths gebe es in Tanganjika eine enge und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den Ethnien. Nyerere sollte für seine herausragende Rolle als Führungsstärke gelobt werden.⁵²⁴ Der Name der Hauptstadt Dar

⁵¹⁶ Vgl. ebd., S. 15.

⁵¹⁷ Vgl. UK Parliament: 1961, 989.

⁵¹⁸ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 12.

⁵¹⁹ Vgl. ebd., S. 7.

⁵²⁰ Vgl. Crowder: 1984, S. 29.

⁵²¹ Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 6.

⁵²² Vgl. ebd., S. 8.

⁵²³ Zit. n. UK Parliament: 1962, 1008.

⁵²⁴ Vgl. UK Parliament: 1961, 992.

es Salaam stammt aus dem Arabischen und bedeutet so viel wie "Hafen des Friedens". Griffiths hoffte, dass Tanganjika weiterhin dieser „friedliche Hafen“ bleiben werde.⁵²⁵

In der Quelle vom 8. November 1961 im *House of Commons* wurde eine Hungersnot thematisiert.⁵²⁶ Während des Wortbeitrags von John Dugdale wurde dazu ein Brief Nyereres, adressiert an die britische Regierung, vorgetragen.⁵²⁷ Dort hieß es, der Ernst der Hungersnot in Tanganjika sei von der britischen Regierung nicht ausreichend erkannt worden. In einer Provinz seien fast 300.000 Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Die Lage würde sich vor der nächsten Ernte noch verschlechtern. Die USA hatten in den Häfen kostenlos Mais zur Verfügung gestellt. Bei der Verteilung fehlte es jedoch an Unterstützung. Die Kosten für die Verteilung von Nahrungsmitteln wurden auf 250.000£ geschätzt. Die zusätzlichen Kosten für die Sofortmaßnahmen zur Aufrechterhaltung zur Sicherung eines Mindesteinkommens für die Bedürftigen würden sich auf weitere mindestens 750.000£ belaufen, meint Nyerere in seinem Schreiben. Dugdale forderte nun eine Untersuchung in dieser Angelegenheit durch das Außenministerium.⁵²⁸ Dann kritisierte er, dass die Kolonie Kenia im Vergleich zum Treuhandgebiet Tanganjika mehr Hilfeleitungen erhalten würde.⁵²⁹ Der Abgeordnete, Arthur Skeffington, stimmte in seinem Beitrag dem Ernst der Lage zu und fügte hinzu, dass nicht nur die Ernte durch ausbleibenden Regen betroffen sei, sondern auch das Vieh, das von einem Parasiten angegriffen werde. Er rechnete damit, dass 500.000 Rinder vor Ende des Jahres 1961 verenden würden.⁵³⁰

Die Hungersnot an sich hatte unterschiedliche Aspekte der Herausforderung. Ausbleibende Regenfälle schienen der offensichtliche Auslöser einer solchen zu sein, da durch ausbleibenden Regen die Ernte schlechter ausfiel. Hinzu kam die Plage des Viehs durch einen Parasiten, die nachhaltigen Folgen für die wirtschaftliche Lage hatte. Hugh Fraser, Unterstaatssekretär für die Kolonien, meinte, es bestehe kein Mangel an Nahrungsmitteln in Tanganjika, sondern es gebe ein Problem der Verteilung.⁵³¹ Dies deutete auf strukturelle Probleme hin, welche für den jungen Staat durchaus bestanden. Ein Ankauf von zusätzlichen Nahrungsmitteln aus dem Ausland wäre aus heutiger Sicht die erste Maßnahme. Diese Möglichkeit wurde in den Quellen nicht erwähnt. Der Ministerpräsident Nyerere wand sich 1961 schriftlich an die britische Regierung

⁵²⁵ Vgl. UK Parliament: 1962, 998.

⁵²⁶ Vgl. UK Parliament: 1961, 994.

⁵²⁷ Vgl. ebd., 1000.

⁵²⁸ Vgl. ebd.

⁵²⁹ Vgl. ebd., 1001.

⁵³⁰ Vgl. ebd., 1015.

⁵³¹ Vgl. ebd., 1040.

und erbat Unterstützung. Damit zeigt sich die Abhängigkeit Tanganjikas vom Treuhänder. Sobald es ein Problem gab, suchte die Regierung des Staates Hilfe bei seinem Treuhänder. Wie weit reichte die Verantwortung des Treuhänders über die Unabhängigkeit hinaus? Begab sich Tanganjika durch die Anfrage auf Unterstützung an das Vereinigte Königreich selbst in eine Abhängigkeit oder fehlte es schlicht an alternativen Möglichkeiten? Die untersuchten Reden stammen aus dem Jahr 1961. Zu dem Zeitpunkt befand sich das Land gerade an der Schwelle zur Unabhängigkeit. In den Reden wurde genau das thematisiert: Inwiefern war das Vereinigte Königreich verantwortlich für eine Hungersnot in Tanganjika, nachdem das Land ein unabhängiger Staat geworden war?

Fraser fügte in seinem Wortbeitrag hinzu, dass mit der Unabhängigkeit eine neue Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und Tanganjika aufgebaut werden musste. Die Fortsetzung von Zahlungen, die kolonialen Charakter hatten, wären seiner Meinung nach falsch und nicht willkommen.⁵³² Hier ging es um die akute Hilfeleistung durch Spenden, oder wie es vorgeschlagen wurde, durch „Geschenke“.⁵³³ An dieser Stelle argumentierte Joan Vickers, dass ein Staat, der unabhängig wird, einem Kind ähnelt, das erwachsen wird und auf diesem Weg Geschenke erhalten sollte. In diesem Fall schlug er vor, andere *Commonwealth* Staaten sollten Tanganjika zur Unabhängigkeit etwas schenken, das sie gegen die Hungersnot verwenden könnten. Dieser Vergleich impliziert das abhängige Verhältnis in dem Tanganjika zum Treuhänder und dem *Commonwealth* System steht. Solche Formulierungen erinnern an die Hochzeit des Kolonialismus, als Staaten und ethnische Gemeinschaften vollkommen entmündigt wurden. In diesem Kontext zeigte sich, dass die Dekolonisation 1961 noch am Anfang stand und Politiker unterschiedliche Meinungen zu dem Thema vertraten.

Ein weiterer Aspekt, der in den Wortmeldungen vom 8. November 1961 angesprochen wurde, war der Vergleich zwischen Hilfeleistungen für die britische Kolonie Kenia und jenen für das Treuhandgebiet Tanganjika. Der Vergleich zwischen diesen beiden Staatsgebieten war nicht der Schwerpunkt dieser Arbeit. Doch die These, dass es Unterschiede in der politischen Vorgehensweise britische Kolonien gegenüber den Treuhandgebieten gab, ist damit bestätigt.

Aus den untersuchten Quellen lässt sich zudem nicht schließen, welche weiteren Maßnahmen Nyerere veranlasst und welche weiteren Staaten er bezüglich Hilfe kontaktiert hatte. Von britischer Seite seien im Februar 1962 Hilfeleistungen gegen die Hungersnot geplant gewesen.⁵³⁴ Die USA wurde als Spender von Mais erwähnt, was im Kontext des Kalten Krieges und der

⁵³² Zit. n. ebd., 1040.

⁵³³ Vgl. ebd., 1011.

⁵³⁴ Vgl. ebd., 1000.

globalen Entwicklungspolitik nennenswert ist. Diese Geste ist im Kontext des Kalten Krieges als eine Ausweitung der Einflusszone zu werten. Die USA nutzten und demonstrierten ihre wirtschaftliche Stärke und ihre militärischen Fähigkeiten in Form der Mobilmachung und Auslieferung von humanitären Hilfsgütern.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Tanganjika zum Zeitpunkt des erwähnten Schreibens 1961 wirtschaftlich nicht in der Lage war, die Hungersnot allein zu überwinden. Eine Notlage stellte zudem eine Ausnahmesituation dar, weswegen dies weniger als eine Aktion aus Gewohnheit zu bewerten ist. Am naheliegendsten war es, den ehemaligen Treuhänder zu kontaktieren, da dieser offiziell für die Unterstützung des Staates zuständig war.

6.4 Ausblick: Die Dekolonisation hält an - Vom *Empire* zum *Commonwealth*

Zwischen 1945 und 1955 wurde das britische *Empire* in ein *Commonwealth* umgewandelt.⁵³⁵ Kolonialminister Maudling stellte zu Beginn der Sitzung im *House of Commons* am 8. November 1961 klar, dass Tanganjika das erste ostafrikanische Gebiet sein würde, das innerhalb des *Commonwealth* am 9. Dezember 1961 als Monarchie die Unabhängigkeit erlangt hatte.⁵³⁶ Am 15. Februar 1962 verabschiedete die Nationalversammlung von Tanganjika einen Antrag, die Verfassung zu ändern, um Tanganjika in eine Republik innerhalb des *Commonwealth* umzuwandeln.⁵³⁷ Dieser lange Weg Tanganjikas zur Unabhängigkeit bis hin zum souveränen, komplett selbstverwalteten Tansania war damit abgeschlossen. Mit diesem politischen Schritt war Tansania auf dem Papier gleichberechtigt mit anderen Staaten innerhalb des *Commonwealth*. Wie sah die geopolitische Realität aus? War das ehemalige Treuhandgebiet als ebenbürtiges Mitglied in die internationale Staatengemeinschaft aufgenommen worden?

Die Dekolonisation ist im Jahr 2022 noch immer nicht abgeschlossen. Das gilt für Verhaltens- und Denkmuster genauso wie für kulturelle, ethnische und sprachliche Anerkennung- und Gleichstellungsprozesse. Konkrete Gebietsansprüche, die in militärischen Stützpunkten noch heute bestehen, gibt es ebenso. Beispielsweise gibt es eine US-amerikanische Militärbasis auf dem britisch verwalteten Gebiet des Chagos-Archipel im indischen Ozean. Das vom Vereinigten Königreich als *British Indian Ocean Territory* verwaltete Gebiet unterstand seit 1814 britischer Souveränität. Erst im Jahr 1965 wurde das Gebiet aus der Kolonialverwaltung von Mauritius herausgelöst und erhielt 1968 die Unabhängigkeit. Die UNO-Generalversammlung hatte

⁵³⁵ Vgl. ebd., 991.

⁵³⁶ Vgl. ebd., 986.

⁵³⁷ Zit. n. UK Parliament: 1962, 905.

sich 2019 für eine Rückgabe der Inseln an Mauritius ausgesprochen. Der Internationale Seegerichtshof der Vereinten Nationen in Hamburg entschied nun, dass das Vereinigte Königreich keine Souveränität über die Inselgruppe zustehe. Für die Errichtung der militärischen Basis waren Einwohner der Atolle zwischen 1967 und 1973 vertrieben worden. Seit Generationen fordert die Bevölkerung Entschädigungszahlungen.⁵³⁸ Dieses Beispiel macht deutlich, wie lange der Prozess der Dekolonisation anhält und dass noch heute Menschen nicht in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren können, da sie aus kolonialen Gründen vertrieben wurden. Die Thematik um Heimatverlust, Zwangsumsiedlung und die Legitimitätsfrage nach kolonialem Landbesitz zieht sich in anderen britischen Einflussgebieten somit bis heute.

Des Weiteren ist die Betrachtung des *Commonwealth of Nation* relevant, da es sich hier um eine Verbindung von Staaten handelt, die mehrheitlich britische Gebiete waren. Das *Commonwealth of Nation* wurde im Jahr 1931 gegründet und ist ein freiwilliger Zusammenschluss von souveränen Staaten, gebildet aus dem Vereinigten Königreich, Nordirland und dessen ehemaligen Kolonien. Das britische *Commonwealth* besteht heute aus 2,5 Milliarden Menschen und 54 Staaten. Darunter sind ehemalige afrikanische Kolonien wie Kenia, Nigeria oder Kamerun. Staaten von allen Kontinenten sind Mitglieder, beispielsweise Indien, die Malediven und Malaysia aus Asien, Kanada, Jamaica und die Bahamas aus Amerika und der Karibik, neben dem Vereinigten Königreich Zypern und Malta in Europa und einige Inselstaaten im Pazifik, wie Fidschi, Samoa und Tonga sowie Australien und Neuseeland.⁵³⁹ Mit Ruanda und Mosambik sind Staaten vertreten, die keine britischen Kolonien, Mandats- oder Treuhandgebiete waren. Tansania ist kein Mitglied des *Commonwealth*.

Aus welchen Gründen entstand das *Commonwealth of Nation* und warum ist es bis heute attraktiv? Das zentrale Problem des britischen *Empires* im 19. Jahrhundert war das Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und den Gemeinschaften britischer Siedler*innen in Übersee. Die Unabhängigkeit der USA zeigte, dass Kolonien nicht auf Dauer von London aus verwaltet werden konnten. Sobald die Bürger*innen Anspruch auf Selbstverwaltung stellten blieb nur der Versuch, zum rechten Zeitpunkt nachzugeben, um die Siedlerautonomie zu befriedigen und trotzdem die Einheit des *Empires* zu bewahren. Wenn die volle staatenrechtliche

⁵³⁸ Vgl. Michael Vosatka: Seegerichtshof spricht Chagos-Inseln samt US-Basis „Diego Garcia“ Mauritius zu, 29. Januar 2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.de/story/2000123727770/seegerichtshof-spricht-chagos-inseln-mauritius-zu> zuletzt besucht: 11.03.2022.

⁵³⁹ Vgl. The Commonwealth, online verfügbar unter: <https://thecommonwealth.org/our-member-countries> zuletzt besucht: 11.03.2022.

Eingliederung mit Repräsentation im britischen Parlament ausfiel, gab es das Konzept des *Commonwealth*, wie bei Australien und Neuseeland.⁵⁴⁰ Das Konzept des *Commonwealth* sollte dem Anspruch der Bürger*innen auf Selbstverwaltung nachgeben und die Staaten trotzdem weiterhin an sich binden. Die Mitgliedstaaten haben sich auf eine Reihe allgemeiner Grundsätze etwa zur Sicherung des Friedens, Freiheit, Gleichberechtigung und Bekämpfung von Rassismus geeinigt. Die Mitglieder profitieren wirtschaftlich und politisch, beispielsweise durch Handelsabkommen.⁵⁴¹ Die Idee eines Zusammenschlusses von britischen und ehemals britischen Gebieten zum gegenseitigen Profit könnte als postkolonialistisches Modell für fortlaufenden Austausch und gegenseitige Stärkung der Wirtschaft und ideellen Grundwerten angesehen werden. Die ursprüngliche koloniale Version war einseitig gerichteter Profit von den Kolonien, Mandats- bzw. Treuhandgebieten für das Vereinigte Königreich, wie das Beispiel des Erdnussanbaus in Tansania zeigte. Hier sollte ein bestimmtes Produkt im Treuhandgebiet kostengünstig produziert werden, um der Bevölkerung im Vereinigten Königreich zugutezukommen. Das *Commonwealth* hingegen ist nicht nur eine freiwillige Verbindung von Staaten, sondern besteht aus souveränen Staaten, die ihre eigenen innen- wie außenpolitischen Interessen im *Commonwealth* Rat vertreten können. Der Anspruch der Gemeinschaft, ist sich gegenseitig zu unterstützen und Herausforderungen gemeinsam anzugehen, statt ungleiche wirtschaftliche und politische Verhältnisse zu fördern. Nach dem Ende des britischen *Empires* bleibt das *Commonwealth* weiterhin bestehen. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts gegründet, befinden sich noch immer Gebiete in der letzten Phase der Emanzipation von Europa.⁵⁴²

⁵⁴⁰ Vgl. Rudolf von Albertini: England als Weltmacht und der Strukturwandel des Commonwealth, in: Historische Zeitschrift, 01.02.1969, Band 208(1), S. 53.

⁵⁴¹ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Commonwealth of Nations: Die Staatenfamilie, 07.10.2014, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/192621/commonwealth-of-nations-die-staatenfamilie/> zuletzt besucht: 11.03.2022.

⁵⁴² Vgl. Jansen; Osterhammel: 2017, S. 20.

7. Conclusio

Diese Masterarbeit befasste sich mit der Rolle des Treuhandrats während der britischen Verwaltung Tanganjikas bis zur Unabhängigkeit im Jahr 1961. Genauer wurde Schriftverkehr zwischen dem Treuhandrat und Einheimischen aus Tanganjika 1951 bis 1960 sowie Parlaments-sitzungen aus dem *House of Commons* 1961 und 1962 untersucht.

Die zentrale Fragestellung befasste sich mit den damaligen Wirkmöglichkeiten einer internationalen Organisation und deren Interaktion mit der Bevölkerung im Kontext der globalen Dekolonisation. Neben den Weltkriegen war die Dekolonisation eines der folgenreichsten Ereignisse des letzten Jahrhunderts. Neben Kolonien gab es abhängige Gebiete in Form von Mandats- bzw. Treuhandgebieten, die unter internationalem Recht standen und vom Treuhandrat der UNO verwaltet wurden. Der Treuhandrat wählte ein Mitglied als sogenannten Treuhänder, der das unabhängige Gebiet verwalten und in die Unabhängigkeit begleiten sollte. Im Fall von Tanganjika war es das Vereinigte Königreich. In dieser Arbeit wurde am Beispiel Tanganjikas untersucht, wie effizient diese Unterstützung war. Tanganjika vereinte einige Aspekte, die eine Betrachtung von Dekolonisation, der postkolonialen Situation im neugegründeten Staat sowie den Kontext internationaler Organisationen in diesem Prozess zusammenfasst.

Als Handelsstützpunkt im indischen Ozean waren die Insel Sansibar und die Küste des heutigen Tansanias seit der Zeit des europäischen Mittelalters relevant. Das preußisch-deutsche Kaiserreich initiierte ab 1884 und realisierte bereits ein Jahr später auf dem Festland eine deutsche Kolonie. Mit dem Versailler Vertrag wurde dieser Gebietsanspruch beendet und Deutsch-Ostafrika als Mandatsgebiet vom Vereinigten Königreich als Mandatar des Völkerbunds verwaltet. Dieses Mandat wurde nach dem Zweiten Weltkrieg vom Treuhandrat abgelöst. Somit war Tanganjika nicht nur eine Kolonie, sondern unterstand ab 1920 internationalem Recht. Kolonien wurden von ihren Kernländern unabhängig, während Tanganjika vom Treuhandrat in die Unabhängigkeit entlassen wurde.

Um die Fragestellung, der Rolle des Treuhandrats während der britischen Verwaltung Tanganjikas bis zur Unabhängigkeit 1961, zu beantworten, kann die Frage zerlegt und in mehreren Schritten bearbeitet werden. Was genau war die Rolle des Treuhandrats während der britischen Verwaltung Tanganjikas? Der Treuhandrat war eine bürokratische Institution, die weit entfernt vom eigentlichen Geschehen in New York ihren Sitz hatte. Der Rat nahm Petitionen von Bewohner*innen der Treuhandgebiete an, bearbeitete sie in Form von Debatten und reagierte dann darauf. In den meisten Fällen fand eine Reaktion schriftlich statt. Eine geforderte Maß-

nahme wurde an den Treuhänder das Vereinigte Königreich weitergeleitet, der sie vor Ort ausführen sollte. In seltenen Fällen wurden UN-Delegierte direkt nach Tanganjika entsandt, um sich vor Ort über bestimmte Forderungen oder Missstände zu informieren. Die Bearbeitung der jährlichen Berichte der Treuhänder über ihre Gebiete fiel ebenfalls in den Geschäftsbereich des Treuhandrats. Durch diese jährliche Rechenschaftspflicht der Treuhänder gegenüber dem Treuhandrat änderte sich der Charakter der Kolonialisierung, die nun einer Legitimation bedurfte. Der Treuhandrat legitimierte somit als international anerkannte Institution diese Art von abhängigen Gebieten.

Wie lässt sich die Rolle des britischen Verwaltung, des Treuhänders, beschreiben? Die britische Verwaltung Tanganjikas begann unter dem Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Vereinigte Königreich Treuhänder für das abhängige Gebiet. Im Verlauf der Arbeit zeigte sich, dass die tatsächliche Verwaltung des Treuhänders, dem Vereinigten Königreich, nicht erheblich von der Verwaltung einer Kolonie unterschied. Das Vereinigte Königreich hatte für Tanganjika das deutsche Steuersystem übernommen, in der Praxis wurde das Mandatsgebiet, später Treuhandgebiet vom Vereinten Königreich wie eine Kolonie verwaltet. Zudem bestand eine Zurückhaltung seitens der britischen Regierung sowie internationalen Geschäftsleuten für Investitionen, da das Gebiet nur auf Zeit unter britischer Verwaltung stand und neue Beschlüsse unvermittelt folgen konnten. Das führte dazu, dass wenig in Infrastruktur und lokale, vornehmlich wirtschaftliche, Projekte investiert und bestehende Strukturen, insbesondere in der Landwirtschaft, nicht reformiert wurden. Das führte zu der Frage, ob Tanganjika als britische Kolonie mehr Zuwendung oder Investition erfahren hätte als mit Treuhandstatus. Diese Arbeit stellte keinen Vergleich dar, weshalb sich dies nicht mit Gewissheit feststellen ließ. Es ließ sich ermitteln, dass Tanganjika während der britischen Verwaltungszeit wenig Investitionen von Seiten der britischen Regierung erfuhr, besonders im Bereich Bildung. Warum genau das Vereinigte Königreich Tanganjika verwaltete und nicht beispielsweise Frankreich oder Belgien wird aus der behandelten Literatur nicht ganz ersichtlich. Möglicherweise erschien es dem Völkerbund, bei der erstmaligen Vergabe, praktikabel, da das Nachbarland Kenia bereits britische Kolonie war und es einige Gemeinsamkeiten zwischen den Kulturen gab, beispielsweise wird in beiden Ländern unter anderem Swahili gesprochen. Eine weitere These ist, dass das Vereinigte Königreich seinem Gebietsanspruch auf Tanganjika gerecht wurde, nachdem sie dort 1918 gegen das Deutsche Heer gewonnen hatten. Mit dem Verlieren des Ersten Weltkriegs setzten die Siegermächte im Versailler Vertrag fest, dass das Deutsche Reich keine Kolonien mehr besitzen sollte. Die Kolonien sollten jedoch nicht auf andere Kolonialmächte aufgeteilt werden. Gemäß Artikel 22 des Versailler Vertrags wurden diese Gebiete,

in der Zwischenkriegszeit Mandatsgebiete genannt, einzelnen damit beauftragten Mächten, den Mandataren, zur Verwaltung übergeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung der UNO wurde das Mandatssystem 1947 in das Treuhandsystem umfunktioniert. Hier war es nur Formsache, dass das bestehende britische Mandats- in ein Treuhandgebiet umgewandelt wurde. Tanganjika als ehemalige deutsche Kolonie fiel unter diese abhängigen Gebiete und wurde bis zu seiner Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich verwaltet. Damit endete die Treuhandschaft des Vereinigten Königreichs im Jahr 1961.

In der Charta der Vereinten Nationen heißt es, das Ziel sei, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle Menschen weltweit zu fördern und zu festigen. Das schließt im weiteren Sinne den Dekolonisationsprozess mit ein. Die UNO wurde nicht für die Dekolonisation gegründet, aber für die zwischenstaatliche Debatte in dem Bereich ist sie ein wichtiges Forum und eine Plattform. Probleme, die dort diskutiert wurden, gingen nicht an der Öffentlichkeit vorbei. Damit hatten Treuhandgebiete einen besonderen Status in der Öffentlichkeit der ganzen Welt. Die UN-Delegierten, die in Treuhandgebiete entsandt wurden, waren damit Akteure, die die Werte der UNO in die Treuhandgebiete brachten oder sich für eine Annäherung an diese einsetzten. Das Werkzeug der Bewohner*innen auf dem Weg zur erfolgreichen Dekolonisation und Unabhängigkeit vom Vereinigten Königreich und nicht zuletzt, um konkret auf akute Missstände aufmerksam zu machen waren schriftliche Petitionen, die Bewohner*innen verfassten und beim Treuhandrat einreichen konnten.

Dekolonisation meint nicht nur die Unabhängigkeit von Kolonien und anderen abhängigen Territorien, sondern schließt eine Umstrukturierung bestehender Hierarchien in Politik und Wirtschaft mit ein. Es zeigte sich, dass sich bei ehemals abhängigen Gebieten häufiger wirtschaftliche Defizite im internationalen Vergleich feststellen lassen. Heute werden dafür die Begriffe „Globaler Süden“ oder die Bezeichnung „Länder des Globalen Südens“ verwendet. Diese Strukturen lassen sich zwar nur indirekt der Dekolonisation zuordnen, weisen aber darauf hin, dass die koloniale Vorgeschichte dieser Staaten einen erheblichen Einfluss auf ihre Entwicklung hatte.

Nach dem Entstehen der UNO und der Neuorganisation von politischen Strukturen und Nationalgrenzen nach dem Zweiten Weltkrieg, beschäftigten sich die Gründungsmitglieder der UNO im Treuhandrat mit der Legitimation der Kolonien. Kolonialismus an sich wurde immer weiter in Frage gestellt, dies wurde im letzten Drittel der Arbeit aufgegriffen. Mit der Aufteilung der

Treuhanderschaft zwischen den großen Mächten wurde die Dekolonisation in eine neue Phase eingeleitet. Die Intention dieser Aufteilung war, die unabhängigen Gebiete in die Unabhängigkeit zu begleiten, was sie damit von der ursprünglichen Aufteilung unterschied. Mit dem Konzept der Treuhanderschaft entstand eine neue Form der legalen Verwaltung eines Staates über ein anderes Staatsgebiet. Allerdings nahm die gesamtgesellschaftliche und mehrheitlich politische Zustimmung nach dem Zweiten Weltkrieg für das Innehaben von Kolonien immer mehr ab. Im Zuge der Dekolonisationsdebatte wurde nicht nur das Thema der politischen Abhängigkeit behandelt, sondern darüber hinaus die Legitimationsfrage nach dem „Besitz“ eines Staates über ein anderes Land und dessen Ethnien neu gestellt. Der Begriff Mutterland, der in der Literatur verwendet wird, scheint heute nicht brauchbar, da das Verhältnis eines Staates zu einer Kolonie nicht vergleichbar ist, mit der Abhängigkeit eines Säuglings zu seiner Mutter, ohne die es kaum lebensfähig wäre. Im Kontext der Zeit wurde mit diesem Terminus die Identität des Imperialismus weitergegeben und bestehende Strukturen aufrechterhalten.

Für die Beantwortung der Fragestellung wurden im Verlauf der Arbeit mehrere Thesen behandelt, die Herausforderungen betreffen, die mit der Treuhandverwaltung und mit der folgenden Unabhängigkeit Tanganjikas einhergingen. Ein allgemeineres Problem war die geographische Distanz zwischen den Bewohner*innen Tanganjikas und dem Sitz der UNO bzw. des Treuhandrats in New York. Im Vergleich zu Kolonien hatten Bewohner*innen aus einem Treuhandgebiet die Möglichkeit, mit sogenannten Petitionen auf Missstände oder Probleme aufmerksam zu machen. Dadurch bestand für die Bevölkerung eine enorme Handlungsmöglichkeit. Der Schriftverkehr ging direkt an den Treuhandrat. Dieser beschäftigte sich in der Zeit zwischen 1947 und 1961 mit schätzungsweise mehr als 21.000 Petitionen. Bis zum Jahr 1961 mit der Unabhängigkeit hatte die UNO 355 Petitionen aus Tanganjika bearbeitet. Allen Bewohner*innen in Treuhandgebieten stand diese Möglichkeit gleichermaßen zu. Allerdings nahmen sicher Menschen diese Möglichkeit aus unterschiedlichen Gründen nicht wahr. Die Verhandlungen und das Warten auf Entscheidungen und Antworten dauerten lange, denn für die Masse an Petitionen die eingereicht wurden, stand nicht genügend Personal und Zeit zur Verfügung. Die Bürokratie dahinter war zum Teil schwerfällig, verlangsamte den Austausch und konnte akute Probleme nicht lösen.

Die Petition die die meiste Aufmerksamkeit erlangte, war jene der ethnischen Gruppe Wa-Meru. Die Wa-Meru verfassten in den Jahren zwischen 1949 und 1951 eine Reihe von Petitionen an den Treuhandrat mit dem konkreten Anliegen bei der Landverteilung die Position der Bewohner*innen zu berücksichtigen. Der Konflikt begann bereits mit der Bekanntmachung der

Pläne im Jahr 1949 und der Schriftwechsel diesbezüglich zog sich bis ins Jahr 1952. Noch im Jahr 1960 war der Fall präsent, da die vertriebenen Menschen dieses Gebiet zurückverlangten. Aus der Analyse des Schriftverkehrs wird ersichtlich, dass die Verteilung von Land emotional aufgeladen war. Der Heimatverlust konnte in einzelnen Fällen zu psychischen Beeinträchtigungen führen. Belege dafür konnten allerdings nicht ermittelt werden.

Ein anderes Beispiel aus Songea, wo an die Stelle eines Wohnorts einer indigenen Gemeinschaft ein neues Wasser und Wald Reservat gebaut werden sollte und dafür 146 afrikanische Familien umgesiedelt wurden, zeigt, wie wenig die Pläne und Projekte der Treuhändischen Verwaltung mit den Interessen der Einheimischen übereinstimmte. An der Art und Weise, wie die britische Regierung Tanganjika verwaltete, kann kritisiert werden, dass wenige Investitionen in Infrastruktur und Bildung erfolgten. Jene Projekte die umgesetzt wurden, wie in Songea, scheinen willkürlich. Der Fall der Wa-Meru zeigt die absolute Haltung der britischen Regierung und die Grenzen der Einflussphäre des Treuhandrats. Es zeigte sich, dass der Treuhandrat gegenüber dem Vereinigten Königreich wenig Einfluss ausübte. Der Treuhandrat ist in diesem Fall zu schwerfällig und wird nicht aktiv in dem Umfang wie die Bewohner*innen Tanganjikas erhofften. Insgesamt kann die Rolle des Treuhandrats nach der Analyse des Schriftverkehrs, mit folgenden Ausnahmen, als passiv beschrieben werden.

Es zeigte sich allerdings an anderer Stelle, dass der Treuhandrat durchaus Autorität besaß und sie einsetze. Als Maßnahme auf die Petitionen wurden im Jahr 1948 erstmals UN-Delegierte nach Ostafrika entsandt, um die Treuhandgebiete zu besuchen. Diese wurden entsandt, um vor Ort die sozialen, gesellschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen zu begutachten und ihre Erfahrungen in Berichten zu veröffentlichen. Dafür trat der Treuhandrat zusammen, um gemäß Art. 87 der UNO-Charta, die von den Treuhändern vorgelegten Berichte zu prüfen. Durch die internationale Aufmerksamkeit, die ein solcher Besuch auslöste, wurden einige Projekte durchgesetzt, die anderweitig vielleicht nicht umgesetzt worden wären. Hier wirkte der Treuhandrat als Plattform Missstände global sichtbar zu machen, zu diskutieren und Unterstützer zu finden. Die erste Mission in Tanganjika dauerte 44 Tage und war damit die längste.

Die Unabhängigkeit wurde mit weniger Waffengewalt erlangt als in anderen abhängigen Gebieten. Dafür war wohl auch der internationale Fokus durch den Treuhandrat mitverantwortlich. Trotzdem war das Erlangen der Unabhängigkeit für Tanganjika kein einfaches Unterfangen, begleitet von Streiks, dem Fehlen von Presse und nationalen Kommunikationswegen bis hin zur Einschränkung von Wahlen. Das Mobilisieren der breiten Bevölkerung unter dem Leitsatz „Freiheit und Einheit“ hat diese Entwicklung maßgeblich vorangetrieben. Die Leitung der TANU unter Julius Nyerere brachte früh das Potenzial zur Veränderung mit sich. Die TANU

hatte es geschafft verschiedenen Interessensgruppen innerhalb des Landes mit dem Ziel der Unabhängigkeit zu vereinen. Mit der Unabhängigkeit ergaben sich ganz neue Herausforderungen für Nyerere. Die unterschiedlichen Interessensgruppen galt es weiterhin vereint zu halten und nach der erreichten Unabhängigkeit mussten neue Ziele für die Partei gesetzt werden. Akut galt es Hunger und Elend zu bannen. Außerdem musste der neue Staat strukturell, wirtschaftlich, politisch und kulturell aufgebaut werden, um eine eigene Identität auszuhandeln. Die Themen Bildung, Vielvölkerstaat sowie die Verteilung und Nutzung von Land spielten auch nach der Unabhängigkeit innenpolitisch eine große Rolle und stellen für den neuen Staat eine Herausforderungen dar. Da das Vereinigte Königreich während seiner Verwaltungszeit wenig in Bildung investiert hatte, fehlte es nun an ausgebildeten Verwaltungsmitarbeiter*innen, die den neuen Staat aufbauen konnten. Nur 6000 Schüler*innen besuchten um 1961 eine Oberschule und das Land hatte keine Universität. Der Vielvölkerstaat stellte insofern eine Herausforderung dar, als dass es damit einhergehend unterschiedliche Interessengruppen gab. Um das Land zu regieren, benötigte es einiges an innenpolitischer Veränderung. Nyerere etablierte mit der neuen Verfassung ab 1965 einen Einparteienstaat in Tansania.

Daraufhin wurde im letzten Teil der Arbeit die internationale Perspektive auf Tanganjikas Unabhängigkeit eingenommen und die sozialistische Entwicklung des Treuhandgebiets im Kontext des Kalten Krieges näher betrachtet. Der Kalte Krieg ist in Verbindung mit der Dekolonisation relevant, da die beiden Supermächte darum wetteiferten, die neu entstandenen Staaten ihren jeweiligen ideologischen und damit wirtschaftlichen Systemen zuordnen zu können. Der international wirkende Konflikt des Kalten Krieges zwischen den beiden Supermächten den USA und der UdSSR hätte durch finanzielle Unterstützung Einfluss auf die sozialistische Entwicklung Tansanias nehmen können. Die sozialistische Grundlage Tansanias entstand als eine politische Philosophie und wurde in den 1960er Jahren zur Staatsdoktrin. Die besondere und gemäßigte Form des in Tansania praktizierten Sozialismus wies zwar Ähnlichkeiten mit dem ursprünglichen Kommunismus auf, allerdings lässt sich nach der historischen Analyse und dem Blick auf die internationale Wirkmächtigkeit des Kalten Krieges feststellen, dass es Unterstützung von beiden Systemen gab. Die finanzielle Unterstützung führte demnach nicht zu einer Entwicklung in eine bestimmte politische Richtung.

Die Rolle des Treuhandrats endete mit der Unabhängigkeit Tanganjikas. Allerdings stand das Vereinigte Königreich im engen Austausch mit dem Treuhandrat über den Zeitpunkt und die genaue Umsetzung. Dazu wurde zum Schluss dieser Arbeit die Rolle des Vereinigten Königreichs genauer beleuchtet und der Umgang der britischen Regierung mit der Auflösung des

Empires. Die Analyse der Reden aus dem *House of Commons* zeigte nicht nur, wie unterschiedlich die Unabhängigkeit aufgenommen wurde, sondern legt die Entscheidungsfindung der britischen Regierung offen. Diese war teilweise schleppend oder stimmte nicht mit den Wünschen der Bewohner*innen Tanganjikas überein. Etwa gab es unterschiedliche Herangehensweisen an das Problem der Hungersnot im Jahr 1961. Einige Abgeordnete waren für Hilfeleistungen, während andere die Ansicht vertraten, dass das Land nun unabhängig und damit auf sich gestellt sei. Dabei ließ sich die Mentalität in Form von einem Verantwortungsgefühl für das Treuhandgebiet ablesen. Tanganjika war zum Zeitpunkt des erwähnten Schreibens 1961 wirtschaftlich nicht in der Lage, die Hungersnot allein zu bewältigen. Eine derartige Notlage stellt eine Ausnahmesituation dar, weswegen dies weniger als eine Aktion aus Gewohnheit zu bewerten ist. Unmittelbar nach seiner Unabhängigkeit stand Tansania vor großen Herausforderungen. Die Verbindung zum Vereinigten Königreich bleibt jedoch bestehen. Die Dekolonisation hält weiter an. Das gilt für Verhaltens- und Denkmuster genauso wie für kulturelle, ethnische und sprachliche Anerkennung- und Gleichstellungsprozesse. Das britische *Empire* wurde bis 1955 in ein *Commonwealth* umgewandelt. Das Konzept des *Commonwealth* sollte den Anspruch der Bürger*innen auf Selbstverwaltung nachgeben und die Staaten trotzdem weiterhin an sich binden. Die Idee der Gemeinschaft von britischen und ehemaligen britischen Gebieten zu gegenseitigem Profit, könnte als postkoloniales Modell für fortlaufenden Austausch und gegenseitiger Stärkung der Wirtschaft unter den gleichen ideellen Grundwerten gelten.

8. Bibliographie

8.1 Quellenverzeichnis:

- Die Charta der Vereinten Nationen 2020, online verfügbar unter: <https://un-ric.org/de/charta> zuletzt besucht: 19.02.2022.
- T/PET.2/99/Add.2/ 8. Oktober 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha. 12. September 1951.
- T/Pet.2/142/ 8. Oktober 1951, Native Court Poli, Arusha, 13. September 1951.
- T/Pet.2/142/14. September 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha. T.T. 23. August 1951.
- T/PET.2/99/Add.1/ 20. September 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha. 12. September 1951.
- T/PET.2/99/Add.2/ 8. Oktober 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha. 12. September 1951.
- T/PET.2Add.3/10. November 1951, P.O. Ngare Nanyuki, Via Arusha T.T. 16. Oktober 1951.
- T/953/11. Januar 1952, (T./Pet.2/99).
- T/Pet.2/164/12. Oktober 1953.
- Report of the United Nations Mission to Trust Territories in East Africa, 1960, on Tanganyika (T/), 31. May 1960.
- UK Parliament: Tanganyika Independence Bill: HC Deb 08 November 1961 vol 648 cc986-1041, online verfügbar unter: <https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1961/nov/08/tanganyika-independence-bill> zuletzt besucht: 19.03.2022.
- UK Parliament: East Afrika (Civil Servants): HC Deb 26 January 1962 vol 652 cc662-72, online verfügbar unter: <https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1962/jan/26/east-africa-civil-servants> zuletzt besucht: 23.03.2022.
- UK Parliament: Tanganyika Republic Bill: HC Deb 06 November 1962 vol 666 cc905-19, verfügbar unter: <https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1962/nov/06/tanganyika-republic-bill> zuletzt besucht: 23.03.2022.

8.2 Sekundärliteratur:

- Abendroth, Wolfgang: Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate, Breslau 1936.
- Altmann, Gerhard: Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945-1985, Göttingen 2005.
- Amrith, Sunil; Sluga, Glenda: New Histories of the United Nations, in: University Hawaii Press, Journal of world history, 1.9.2008, Band 19 (3).
- Bausinger, Hermann: Heimat und Identität, in: Köstlin, Konrad/Bausinger, Hermann (Hrsg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, Neumünster 1980, S. 9-24.
- Bausinger, Hermann: Heimat und Identität, in: Köstlin, Konrad; Bausinger, Hermann (Hrsg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur, S. 9-24. Neumünster 1980.

- Buchmann, Bertrand Michael: Die Entstehung der Menschenrechte. Textbeispiele von der Antike bis zur Gegenwart, Wien 2018.
- Bundeszentrale für politische Bildung: 4. April 1949: Gründung der NATO, 02.04.2012, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/126264/4-april-1949-gruendung-der-nato/> zuletzt besucht: 04.03.2022.
- Bundeszentrale für politische Bildung: Commonwealth of Nations: Die Staatenfamilie, 07.10.2014, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/192621/commonwealth-of-nations-die-staatenfamilie/> zuletzt besucht: 11.03.2022.
- Bundeszentrale für politische Bildung: Dekolonisation im 20. Jahrhundert, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/postkolonialismus-und-globalgeschichte/219139/dekolonisation-im-20-jahrhundert/>, zuletzt besucht: 08.05.2022.
- Burton, Eric: In Diensten des Afrikanischen Sozialismus. Tansania und die globale Entwicklungsarbeit der beiden deutschen Staaten, 1961-1990, Oldenburg 2021.
- Chidzero, Bernard T.G.: Tanganyika and international trusteeship, London 1961.
- Cooper, Frederick: Modernizing Bureaucrats, Backward Africans, and the Development Concept, in: Sarah Stockwell (Hrsg.): The Rise and Fall of Modern Empires, Band 3, Economics and Politics, Farnham u. a. 2013, S. 531-558.
- Crowder, Michael (Hrsg.): The Cambridge history of Afrika, Band 8, Cambridge 1984.
- Dülffer, Jost: Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1991, hrsg. v. Jochen Bleicken, Lothar Gall, Karl-Joachim Hölkeskamp und Hermann Jakobs, Band 18, München 2004.
- Eckel, Jan: Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2014.
- Eckert, Andreas: Spätkoloniale Herrschaft, Dekolonisation und internationale Ordnung, S. 3-20, in: Anja Kruke (Hrsg.): Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen 1945-1990, Bonn 2009.
- Erneuerte Vereinte Nationen: Der Treuhandrat, in: Charta der Vereinten Nationen, online verfügbar unter: <https://united-nations.org/de/treuhandrat/>, zuletzt besucht: 29.06.2022.
- Furtak, Florian T.: Internationale Organisationen. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen in der Weltpolitik, Wiesbaden 2015.
- Goldsmith, Edward: Der Weg. Ein ökologisches Manifest, München 1996.
- Graichen, Gisela: Deutsche Kolonien. Traum und Trauma, Berlin 2007.
- Halpern, Alexander: Neuere Geschichte Tansanias, Diplomarbeit zur Erlangung des akademischen Grades Magister Phil. An der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, 1991.
- Harari, Yuval Noah: 21 Lektionen für das 21. Jahrhundert, München 2018.
- Hasse, Dag Nikolaus: Was ist europäisch? Zur Überwindung kolonialer und romantischer Denkformen, Ditzingen 2021.
- Heinemann-Grüder, Andreas: Russland und die Vereinigten Staaten, 12.06.2019, in: Bundeszentrale für politische Bildung, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/283698/russland-und-die-vereinigten-staaten/> zuletzt besucht 12.07.2022.

- Herren-Oesch, Madeleine: Introduction: Towards a Global History of International Organization, in: Herren-Oesch, Madeleine (Hrsg.): Networking the International System. Global Histories of International Organizations, Basel 2014, S. 1-12.
- Herzog, Jürgen: Geschichte Tansanias. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Berlin 1986.
- IOM: Definition of Migrant online verfügbar unter: <https://www.iom.int/who-is-a-migrant> zuletzt besucht: 04.02.2021.
- Jansen, Jan C.; Osterhammel Jürgen: Dekolonisation. Das Ende der Imperien, München 2013.
- Jansen, Jan C.; Osterhammel, Jürgen (Hrsg.): Kolonialismus. Geschichte, Formen, Folgen, 6. Aufl. München 2009.
- Jansen, Jan C.; Osterhammel, Jürgen: Decolonization. A short history, Oxford 2017.
- Kerner, Manfred: Kalter Krieg, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 271-273.
- Knapp, Manfred; Krell, Gert (Hrsg.): Einführung in die internationale Politik 2. Auflage. München, Wien, Oldenburg 1991.
- Knoch, Habbo: Heimat. Konjunktoren eines politischen Konzepts, Indes 1.11.2018, Band 7 (4), online verfügbar unter: https://go-gale-com.uaccess.univie.ac.at/ps/retrieve.do?tabID=T002&resultListType=RESULT_LIST&searchResultsType=SingleTab&hitCount=1&searchType=AdvancedSearchForm¤tPosition=1&docId=GALE%7CA589377811&docType=Article&sort=RELEVANCE&contentSegment=ZONE-MOD1&prodId=AONE&pageNum=1&contentSet=GALE%7CA589377811&searchId=R1&userGroupName=43wien&inPS=true zuletzt besucht: 04.02.2021.
- Koch-Baumgarten, Sigrid: Internationale Organisationen, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 245-250.
- Köstlin, Konrad: Heimat denken. Zeitschriften und Perspektiven. In: Seifert, Manfred (Hrsg.): Zwischen Emotionen und Kalkül. „Heimat“ als Argument im Prozess der Moderne, Leipzig 2010, S. 23-38.
- Köstlin, Konrad; Bausinger, Hermann (Hrsg.): Heimat und Identität. Probleme regionaler Kultur. 22. Deutscher Volkskunde-Kongress in Kiel vom 16. Bis 21. Juni 1979. Neumünster 1980.
- Krol, Beate: Die Strategie der Großmächte, 17.01.2019, in: planet wissen, online verfügbar unter: <https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/politik/geopolitik/strategien-der-grossmaechte-100.html> zuletzt besucht: 12.07.2022.
- Levy, Michael: Trusteeship Council. UN, in: Britannica, online verfügbar unter: <https://www.britannica.com/topic/Trusteeship-Council> zuletzt besucht: 21.08.2021.
- Lohrmann, Ullrich: Voices from Tanganyika. Great Britain, the United Nations and the Decolonization of a Trust Territory, 1946-1961, Berlin 2007.
- Luard, Evan: A History of the United Nations, Band 2: The Age of Decolonization, 1955-1965, Houndmills, Basingstoke, Hampshire u. a., 1989.
- Marx, Christoph: Geschichte Afrikas. Von 1800 bis zur Gegenwart, Paderborn, Wien u.a. 2004.

- Matthes, Helmut: Zur Entwicklung außenpolitischer Grundlagen der Beziehungen zwischen der Demokratischen Republik und der Vereinigten Republik Tansania bis Mitte der siebziger Jahre, in: Ulrich van der Heyden, Franziska Benger (Hrsg.): Kalter Krieg in Ostafrika. Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania, (3), Berlin 2009, S. 55-98.
- Mazower, Mark: No Enchanted palace. The End of Empire and the ideological origins on the United Nations, Princeton, NJ, u.a. 2009.
- Mbogoni, Lawrence E.Y.: Aspects of Colonia Tanzania History, Dar es Salaam 2013.
- Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.): Das Ende der Kolonialreiche. Dekolonisation und die Politik der Großmächte, Frankfurt am Main 1990.
- Muschik, Eva-Maria: Managing the world: the United Nations, decolonization, and the strange triumph of state sovereignty in the 1950s and 1960s, in: Journal of Global History 2018, Band 13.
- Pennycook, Alastair: English and the Discourses of Colonialism, London 1998.
- Peters, Dominik; Pitzke, Marc: Probleme bei den Vereinten Nationen, 07.06.2018, online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/vereinte-nationen-mit-problemen-die-vielen-krisen-der-uno-a-1211440.html> zuletzt besucht: 14.02.2022.
- Petritsch, Wolfgang: Epochenwechsel. Unser Digital-Autoritäres Jahrhundert, Wien 2018.
- Reinhard, Wolfgang: Kleine Geschichten des Kolonialismus. Stuttgart 2. Auflage 2008.
- Schentker, Wolfgang: Globalisierung und Geisteswissenschaft. Themen, Methoden und Kritik der Globalgeschichte, in: Grandner, Margarete; Rothermund, Dietmar und Schentker, Wolfgang (Hrsg.): Globalisierung und Globalgeschichte, Wien 2005, S. 36-59.
- Schentker, Wolfgang: Globalisierung und Geisteswissenschaft. Themen, Methoden und Kritik der Globalgeschichte, in: Margarete Grandner; Dietmar Rothermund; Wolfgang Schentker (Hrsg.): Globalisierung und Globalgeschichte, Wien 2005, S. 36-59.
- Schneck, Ulrike: Therapie und Beratung im Kontext von Flucht und Trauma, in: Bröse, J.; Faas, S.; Stauber B. (Hrsg): Flucht. Herausforderungen für Soziale Arbeit. Wiesbaden, 2018, S. 173-190.
- Schreiber, Wilfried Eckart: Heimat verorten: Heimat aus der Sicht eines Geographen, in: Neue Didaktik (2012) 1-6 online verfügbar unter: https://www.pedocs.de/volltexte/2015/10068/pdf/NeueDidaktik_1_2012_Schreiber_Heimat_verorten.pdf zuletzt besucht: 12.05.2021.
- Scott, Linda: Das weibliche Kapital, München 2020.
- Smith, Steve; Hadfield, Amelia; Dunne, Tim: Foreign Policy: Theories, Actors, Cases, Oxford 2012.
- Statista: Internationale Länderdaten: Tansania: Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in jeweiligen Preisen von 1980 bis 2020 und Prognosen bis 2026, online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/372316/umfrage/bruttoinlandsprodukt-bip-pro-kopf-in-tansania/> zuletzt besucht: 16.03.2022.
- Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Berlin 2002.
- Stockwell, Sarah: The British End of the British Empire, Cambridge 2018.
- Taylor, James Clagett: The political development of Tanganyika, Stanford 1963

- The Commonwealth, online verfügbar unter: <https://thecommonwealth.org/our-member-countries> zuletzt besucht: 11.03.2022.
- Vogler, Helmut: Vereinte Nationen – Treuhandrat, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 524-526.
- Volger, Helmut: Blöcke/Blockbildung/Bewegung der Blockfreien Staaten, in: Ulrich Albrecht; Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 75-79.
- Volger, Helmut: Dritte Welt, in: Ulrich Albrecht, Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 109-112.
- Volger, Helmut: Imperialismus, in: Ulrich Albrecht; Helmut Volger (Hrsg.): Lexikon der Internationalen Politik, Berlin, Bosten, Oldenburg 2019, S. 217-220.
- Von Albertini, Rudolf: England als Weltmacht und der Strukturwandel des Commonwealth, in: Historische Zeitschrift, 01.02.1969, Band 208(1), S. 52-80.
- Vosatka, Michael: Seegerichtshof spricht Chagos-Inseln samt US-Basis „Diego Garcia“ Mauritius zu, 29.Januar 2021, online verfügbar unter: <https://www.derstandard.de/story/2000123727770/seegerichtshof-spricht-chagos-inseln-mauritius-zu> zuletzt besucht: 11.03.2022.
- Weeber, Vera Maria; Gögercin, Süleyman: Traumatisierte minderjährige Flüchtlinge in der Jugendhilfe. Ein interkulturell- und ressourcenorientiertes Handlungsmodell, Herbolzheim 2014.
- Wehler, Hans-Ulrich: Nationalismus: Geschichte, Formen, Folgen. München 2016.
- Wendler, Eugen: Friedrich List und die Dritte Welt. Grundzüge der Entwicklungspolitik, Wiesbaden 2019.
- Wesel, Reinhard: Die UNO, Aufgaben und Arbeitsweisen, Wien, Köln, Weimar u. a. 2019.
- Westad, Odd Arne: The Cold War, New York 2017.
- Wucherpennig, Julian; Hunziker, Philipp; Cedemann, Lars-Erik: Who Inherits the State? Colonial Rule and Postcolonial Conflict, American Journal of Political Science, Band 60(4), S. 882-898, 03.12.2015, online verfügbar unter: <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1111/ajps.12236> zuletzt besucht: 19.02.2022.
- Zirnig, A.: Internationale Organisationen. UNO, Wien 1999.

9. Anhang

9.1 Zusammenfassung

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit der Rolle des UNO-Treuhandrates während der britischen Treuhandsverwaltung bis zur Unabhängigkeit Tanganjikas im Jahr 1961. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt wie einflussreich die internationale Organisation im Prozess der Dekolonisation war. Die These, dass der Einfluss der internationalen Organisation eher gering blieb, wird am Fallbeispiel Tanganjika untersucht. In Ostafrika gab es einige Gebiete, die durch den Treuhandrat verwaltet wurden, weshalb der geographische Fokus auf dieser Region liegt. Tanganjika unterstand bis zu seiner Unabhängigkeit im Jahr 1961 der Treuhandschaft des Vereinigten Königreichs und damit internationalem Recht.

Ein weiteres Ziel dieser Forschungsarbeit ist es, die Einflussmöglichkeiten der Bewohner*innen in einem abhängigen Gebiet auf die innenpolitischen Zustände zu analysieren. Dies geschieht am Beispiel von Schriftverkehr zwischen Einheimischen Tanganjikas und dem Treuhandrat mit Hauptsitz in New York. Die Möglichkeit Missstände auf diesem Weg aufzuzeigen, unterscheidet das Treuhandgebiet damit elementar von einer Kolonie. Untersucht werden Quellen aus den Jahren 1949 bis 1951 zu den Themen Landverteilung und Bildung in Tanganjika. Die mangelnde Bildung der Bevölkerung stellte eine Herausforderung für den Aufbau eines selbstbestimmten Verwaltungsapparats dar. Die Verteilung von Land war überdies für die Bewohner*innen emotional aufgeladen. Der Prozess der Dekolonisation geht einher mit dem Verständnis von Imperialismus und Kolonialismus, weshalb die Arbeit sich mit der Frage nach der Legitimation von kolonialem Besitz und den Nutzungsrechten von Land für die Einheimischen während der Treuhandschaft auseinandersetzt.

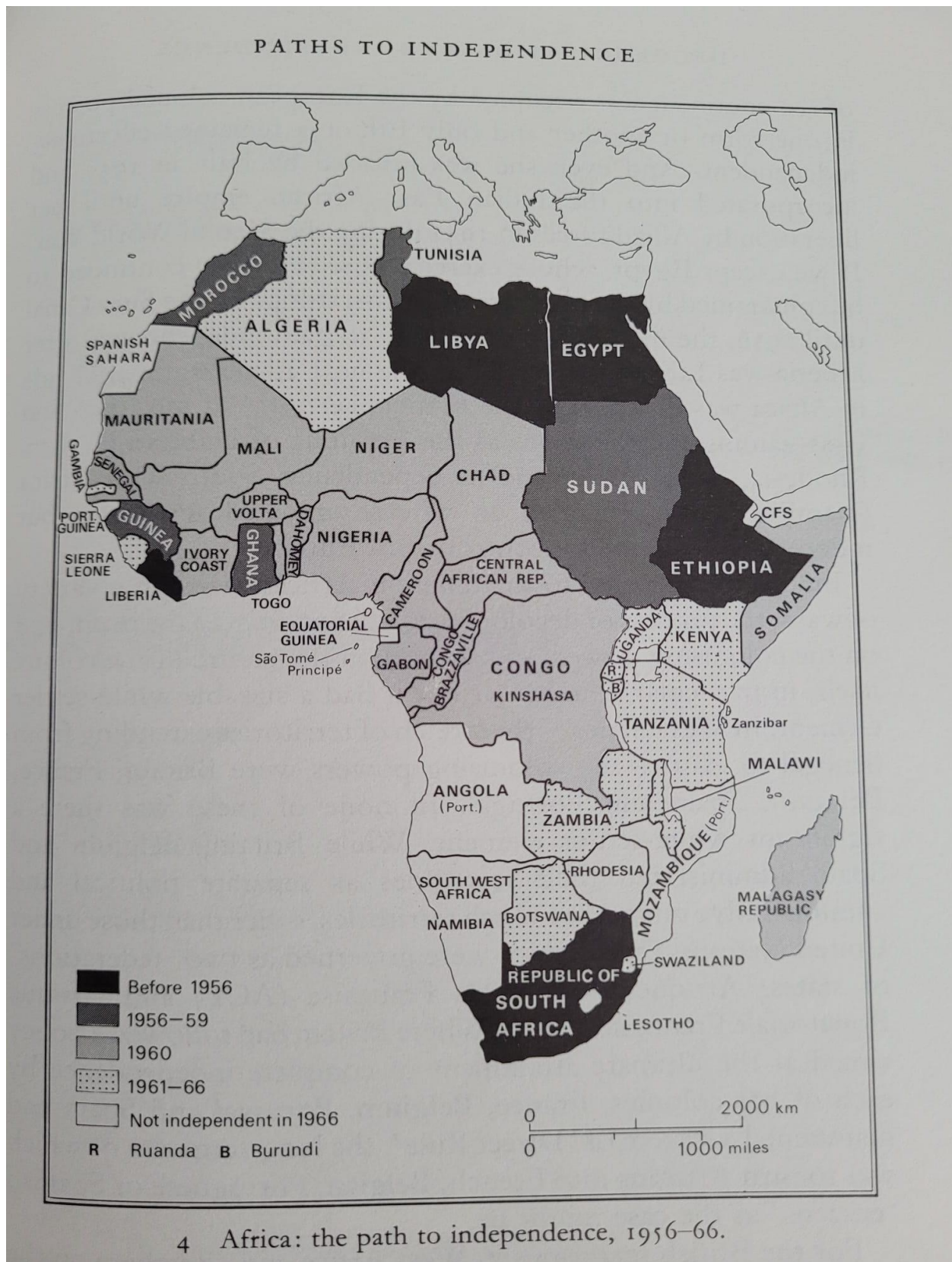
Im letzten Teil der Arbeit wird eine globale Perspektive eingenommen und die Unabhängigkeit Tanganjikas aus der Sicht des Treuhänders des Vereinigten Königreichs untersucht. Der historische Rahmen hierbei ist der Kalte Krieg. Vor diesem Hintergrund wird die sozialistische Entwicklung Tanganjikas und deren Besonderheiten erläutert.

9.2 Abstract

This Master's thesis deals with the role of the Trusteeship Council during the British trusteeship administration until Tanganyika's independence in 1961, focussing on the question of how influential an international organisation was in the process of decolonisation. In this paper, the thesis that the influence remained rather low is examined using the example of the UN Trusteeship Council. In East Africa, there were some areas that were administered by the Trusteeship Council, which is why the geographical focus is on this region. Tanganyika was trust territory of the United Kingdom until its independency in 1961 and was thus subject to international law. The aim of this research is to analyse the influence of international organisations during decolonisation. This is done using the example of correspondence between Tanganyika natives and the UN-Trusteeship Council with its headquarters in New York City. Pointing out grievances in this way distinguishes the trust territory elementarily from a colony. Sources from the years 1949 to 1951 on land distribution and education are examined. These issues had already existed before independence and remained central afterwards. The lack of education among the Tanganyika population posed a challenge to the establishment of a self-determined administrative apparatus. The distribution of land posed a central challenge, emotionally charged for the inhabitants. The process of decolonisation goes hand in hand with the understanding of imperialism and colonialism and here addresses the question of the legitimacy of colonial ownership and the rights to use land for the indigenous people during the Trusteeship period. Furthermore, this thesis takes the global perspective and examines the British side in relation to independence in the context of the Cold War. Against this background, the socialist development of Tanganyika and its particularities are explained.

9.3 Karte: Africa: Paths to Independence, 1965-66.

Michael Crowder: The Cambridge history of Afrika, Band 8, Cambridge 1984, S. 55.



9.4 Karte: East and central Africa

Michael Crowder: The Cambridge history of Afrika, Band 8, Cambridge 1984, S. 384.

